

**Soziologisch-philosophische Betrachtungen
zum Problem der Schweizerischen
Bergtäler**

DISSERTATION

zur Erlangung
der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel
vorgelegt

von

BRUNO GISI



JURIS-VERLAG ZÜRICH

1960

1979

**Soziologisch-philosophische Betrachtungen
zum Problem der Schweizerischen
Bergtäler**

DISSERTATION

zur Erlangung
der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel
vorgelegt

von

BRUNO GISI



JURIS-VERLAG ZÜRICH

1960

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen
Fakultät auf Antrag der Herren:

Prof. Dr. E. Salin und

Prof. Dr. H. Guth

Basel, den 23. Juni 1959

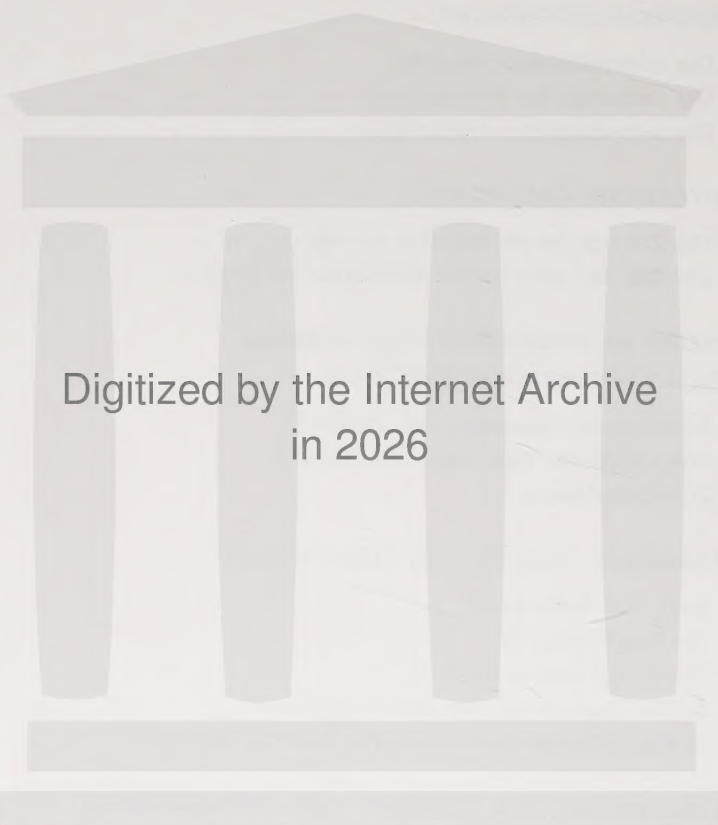
Prof. Dr. D. van Berchem
Dekan



MEINEN ELTERN

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	7
I. BEGRIFFSABGRENZUNGEN	9
1. Die schweizerischen Bergtäler	9
2. Der soziologische Problemkreis	11
3. Der wirtschaftliche Problemkreis	13
II. HISTORISCHE GRUNDLAGEN	18
1. Die Zeit vor der industriellen Revolution	19
2. Die Zeit der industriellen Revolution bis heute	23
III. SPEZIFISCHE EIGENARTEN UND PROBLEME	
DER SCHWEIZERISCHEN BERGTÄLER	31
1. Soziologische Eigenarten und Probleme	31
2. Wirtschaftliche Eigenarten und Probleme	47
3. Zusammenfassung	64
IV. STAATLICHE GRUNDLAGEN UND PROBLEME	68
1. Staat und Individuum	68
2. Der Freiheitsbegriff	77
3. Der Staatsinterventionismus	81
A. Die Begründung des Interventionismus	81
B. Die Grenzen eines sinnvollen Interventionismus	88
V. BETRACHTUNG DER PROBLEME VON VERSCHIEDENEN	
STANDPUNKTEN	95
1. Eine ethische Betrachtung	95
2. Der schweizerische Standpunkt	98
3. Die internationale Sicht	101
LITERATURVERZEICHNIS	105



Digitized by the Internet Archive
in 2026

EINLEITUNG

Wie kommt es, dass in einem industriell hochentwickelten Land weite Gebiete einen wirtschaftlichen Rückstand aufweisen? Welche Ursachen, Beweggründe und Zusammenhänge liegen diesem Rückstand zu Grunde? — Solche Fragen waren es, die mich bewogen, mich mit dem vorliegenden Thema näher zu befassen.

Dabei will ich nicht auf einzelne, örtlich bedingte Probleme eintreten, sondern vielmehr versuchen, die grossen, grundlegenden Tendenzen aufzudecken und ihre Beziehungen zueinander und zum Erkenntnisobjekt im Speziellen zu untersuchen.

Bei einer solchen Betrachtungsweise zeigt es sich, dass die zu behandelnden Probleme einen Zusammenhang besitzen, dem in doppelter Weise Rechnung getragen werden soll. Nicht nur horizontal, sondern auch vertikal bestehen unzählige Abhängigkeiten und Wechselwirkungen.

Die vertikalen Abhängigkeiten werden dadurch berücksichtigt, dass zu Beginn ein kurzer geschichtlicher Überblick über Herkunft und Entwicklung der Problematik orientieren wird; denn, so schreibt Ortega y Gasset, «was für die reine Vernunft unklar ist, wird vor einer erzählenden Vernunft klar, und dies ist die historische Vernunft»¹. Ausserdem habe ich mich bemüht, eine dynamische Betrachtungsweise anzuwenden, welche auch die voraussichtliche Weiterentwicklung, besonders den Aspekt eines integrierten Europas kurz ins Auge fassen wird.

Die horizontalen Abhängigkeiten sehe ich im Ineinander- und Aufeinanderwirken der einzelnen wirtschaftlichen und sozialen Äusserungen. Obschon bisweilen einzelne Vorgänge herausgegriffen werden müssen, soll deren Bedingtheit durch andere, sowie deren Koordination und Subordination die nötige Beachtung geschenkt werden. Selbst die Tatsache, dass durch die Einschränkung, wie sie durch das Thema gegeben ist, ein Erkenntnisobjekt aus einem weit grösseren Zusammenhang herausgegriffen wurde, soll, wo immer möglich, nicht unbeachtet bleiben.

Aus dieser Einsicht wird nirgends von absoluten Ergebnissen die Rede sein können. Es wird sich im konkreten Fall viel eher um ein «sowohl als auch» denn um ein «entweder oder» handeln.

¹ Ortega y Gasset «Über das römische Imperium» Stuttgart 1942, S. 63.

Bei einer solchen, allgemeinen Betrachtungsweise muss aus Gründen, die später noch dargelegt werden, dem Staat und seinen Äusserungsweisen ein ganz besonderes Gewicht beigemessen werden. Er ist es, der auf weite Sicht mit seinem Interventionismus, mit seiner Innenpolitik als teilweise Existenzgrundlage der schweizerischen Bergbevölkerung überhaupt betrachtet werden muss. Aus diesem Grunde scheint es mir nicht nur gerechtfertigt, sondern auch notwendig, diese Probleme in der vorliegenden Arbeit besonders zu berücksichtigen.

Ausserdem habe ich mich bemüht, einer, wie mir scheint bedeutenden Tatsache gerecht zu werden: In der Sozialökonomie führt nicht selten eine zu geringe Bewertung des Faktors «Mensch» zu Überraschungen; Überraschungen in dem Sinne, als eine Theorie, die unter ungenügender Faktorenkenntnis und deshalb falscher Faktorenwertung Schlüsse zieht, die von der Praxis in solcher Weise abweichen, dass ihr Erkenntniswert geradezu in Frage gestellt werden muss. — Psychologische, und im Speziellen massenpsychologische Wirkungen sollen deshalb nach Möglichkeit gewürdigt werden.

Aus ähnlichen Gründen ist zu verstehen, dass ich statistisches Material nur sehr vorsichtig und mit einer gewissen Abneigung handhabte. Es birgt die Tendenz nach Verallgemeinerung und nach Unterdrückung des Individuellen in sich. Ein Beispiel möge das verdeutlichen: Statistische Mittelwerte formulieren einen idealen Durchschnitt, welcher alle Ausnahmen nach unten und oben auslöscht und durch eine abstrakte Mitte ersetzt. Ein solcher mittlerer Wert braucht in der Wirklichkeit nicht einmal vorzukommen. Die wirklichen Tatsachen zeichnen sich gerade durch ihre Eigenart aus. — Wird mit solchen, wirklichkeitsabstrahierenden Werten gearbeitet, so sind die negativen Folgen der so gewonnenen Erkenntnisse oft sehr gross, zumal sie mittelbar in einer zusätzlichen Vermassung, deren Tendenz sie in sich tragen, bestehen².

Sinn und Zweck der ganzen Untersuchung soll endlich der sein, in die Mannigfaltigkeit der Probleme, die sich in reichem Ausmasse stellen, einiges Licht zu werfen. Sie kann und will in keiner Weise den Anspruch erheben, abschliessend zu sein.

2 Vgl. dazu: C. G. Jung «Gegenwart und Zukunft», Zürich, 1957, S. 7 f.

I. BEGRIFFSABGRENZUNGEN

Das Erkenntnisobjekt und die eigentlichen Problemkreise sollen so umschrieben werden, dass für das Verständnis eine gemeinsame Ebene geschaffen wird. Dies soll jedoch nicht konsequent, in Form scheinbar abschliessender Definitionen erfolgen, denn an Stelle eines definierten Wortes pflegt sich sonst ein ganzer Strauss von undefinierten einzustellen. Genaues Umschreiben ist nur bei solchen Wissenschaften möglich, die sich ihren Gegenstand selber machen¹.

1. Die schweizerischen Bergtäler

«Der landschaftliche Charakter der Schweiz wird durch ihre Berge und Gewässer bestimmt. Nach ihnen gestalten sich die Formen unseres Lebens und unseres Landes. Als schmale Bänder laufen die Gewässer in engen Talrinnen und sammeln sich gelegentlich in Seen, deren Gestalt durch die Wände der Talsohle, darin sie liegen, bestimmt ist»².

In europäischer Sicht nimmt sich die Schweiz als ausdrückliches Gebirgsland aus, zumal doch die Hälfte des Territoriums auf über 1200 Meter über Meer liegt. Trotzdem, und vielleicht gerade deshalb, sind die topographischen und klimatischen Verhältnisse innerhalb des Landes ausserordentlich verschieden. Während Alpen, Voralpen und Hochjura als eigentliches Berggebiet angesprochen werden müssen, liegt zwischen den letzten beiden ein breiter, relativ flacher Streifen, das Mittelland.

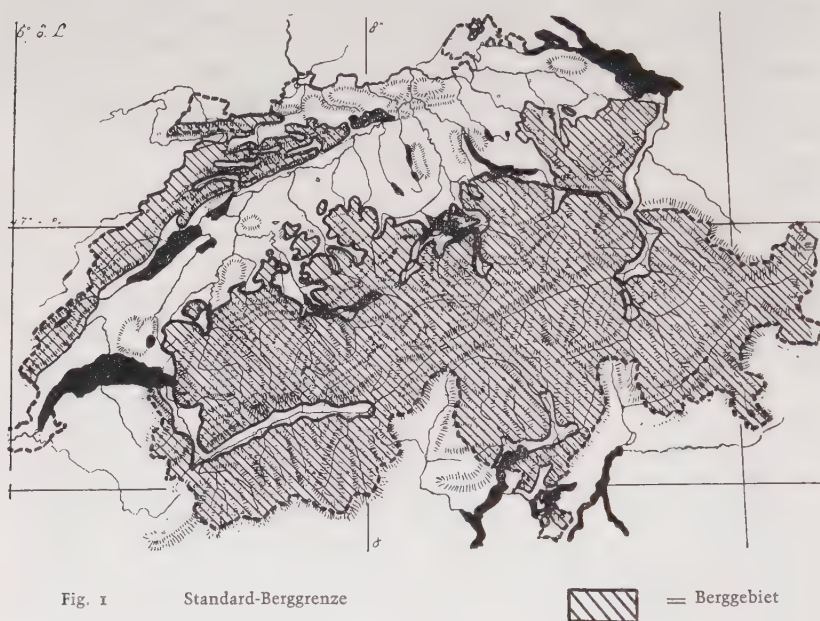
Die Abgrenzung der eigentlichen Bergtäler aus diesem Landschaftsganzen soll in zwei Stufen erfolgen. Einmal wird das Berggebiet als solches umschrieben; zum andern soll aus dem so erhaltenen Territorium alles wieder ausgegliedert werden, was nicht mehr unter den Begriff «Bergtal» fällt.

a) Eine Untersuchung nach der Höhenlage allein, vermag den Ansprüchen offensichtlich nicht zu genügen. Als günstiges Kriterium für eine, den Problemen gerecht werdende Abgrenzung erweist sich der Einbezug von standorts- und produktionserschwerenden Faktoren. Dabei fallen vor allem Niederschlags- und Bodenverhältnisse, die Dauer der Vegetationszeiten, sowie die Verkehrslage in Betracht. Unter Berücksichtigung dieser Kriterien ist auf der Abteilung für Landwirtschaft des

¹ Vgl. H. Guyer «Über die Dummheit», Göttingen, 1955, S. 32.

² E. Ermatinger «Das Schicksal der Schweiz» in: Münchner neueste Nachrichten vom 21. und 22. 8. 1928.

EVD (Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement), auf Grund des eidgenössischen, landwirtschaftlichen Produktionskatasters, die sogenannte Standardgrenze entwickelt worden³.



Diese Grenze soll, obwohl sie auf landwirtschaftlichen Voraussetzungen fusst, auch als Grundlage für diese Arbeit dienen, zumal in der Praxis wirtschafts- und sozialpolitische Massnahmen danach getroffen werden.

b) Den gesamten Jura schliesse ich aus meinen Betrachtungen aus. Folgende Überlegungen haben mich zu diesem Schritt bewogen: Der östliche Teil dieses Gebirges ist wirtschaftlich recht gut erschlossen und unterscheidet sich oft nur geringfügig vom wirtschaftlich hochentwickelten Mittelland. Dadurch aber sind die zur Diskussion stehenden Probleme diesem Gebiet nur noch bedingt eigen; es bedürfte einer gesonderten Behandlung. Ähnliches gilt für den westlichen Teil des Jura. Dadurch, dass er einen ganz bestimmten, für die schweizerische Wirtschaftstradition bedeutenden Industriezweig, die Uhrenindustrie, beherbergt, wird auch er zum Sonderfall.

³ Vgl. Handb. d. schw. V. W., Band I, Bern, 1955, S. 220 f.

Es bleibt nun noch ein letzter Schritt, nämlich diejenigen Teile auszugliedern, die nicht mehr Bergtäler (bis jetzt war die Rede stets von Berggebiet) im eigentlichen Sinne sind. Gänzlich unbewohnte, bisher unerschlossene oder unproduktive Gebiete der obersten Höhenlagen fallen somit ausser Betracht..

Dieser Umschreibung des Erkenntnisobjektes könnte entgegengehalten werden, sie berücksichtige wohl wirtschaftliche, kaum aber soziologische Kriterien. Einem solchen Einwand kann insofern begegnet werden, als soziologische Merkmale sich grösstenteils von wirtschaftlichen herleiten, somit gewissermassen Wirkung der wirtschaftlichen Voraussetzungen sind. Freilich kann man diese Abhängigkeit auch umkehren, doch wäre uns damit weit weniger gedient, zumal die Wirtschaft eine der fassbarsten Äusserungsweisen soziologischer Gegebenheiten ist.

2. Der soziologische Problemkreis

«Und der Mensch vereinigt sich zur Gemeinschaft, um den endlosen Kampf aller gegen alle einzuschränken und am Ende auszuschalten; in gegenseitiger Hilfe will er Sicherheit gewinnen»; aber, «kein Staat, keine Kirche, keine Gesellschaft schützt absolut. Solcher Schutz war die schöne Täuschung ruhiger Zeiten, in denen die Grenze verschleiert blieb»⁴.

Damit wäre der soziologische Problemkreis recht eigentlich in seinem Urproblem umschrieben. — Es wird sich also darum handeln, das menschliche Zusammenleben zu untersuchen; anhand einer utopischen Idealvorstellung, wie sie dem vorgängigen Zitat zu Grunde liegt, zu erwägen, wo und wie stark die Wirklichkeit abweicht, und welches die Ursachen dieser Abweichungen sind.

Dabei dürfen die Ursachen nicht nur beim menschlichen Individuum gesucht werden. So wie dieses nicht allein, sondern nur in Gesellschaft existieren kann, so bestehen Wechselwirkungen zwischen ihm und der Gesellschaft einerseits, zwischen ihm und der Natur, der materiellen Umgebung, andererseits. Es gilt, insbesondere in unserem Fall der Bergtäler, diesen letzten Zusammenhang speziell zu berücksichtigen.

Bei Max Weber findet sich folgende Umschreibung des Begriffs «Soziologie»: Soziologie ist «eine Wissenschaft, welche soziales Handeln

4 K. Jaspers «Einführung in die Philosophie», Zürich, 1953, S. 22.

deutend verstehen und dadurch in seinem Ablauf und in seinen Wirkungen ursächlich erklären will. ‚Handeln‘ soll dabei ein menschliches Verhalten (einerlei ob äusseres oder innerliches Tun, Unterlassen oder Dulden) heissen, wenn und insofern als der oder die Handelnden mit ihm einen subjektiven Wert verbinden. ‚Soziales Handeln‘ aber soll ein solches Handeln heissen, welches seinem, von dem oder den Handelnden gemeinten Sinn nach, auf das Verhalten anderer bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist⁵.

Dabei darf nun freilich nicht die Meinung entstehen, dass der Begriff des «sozialen Handelns» ethisch höher stehe als der des blossen «Handelns», denn eine ethische Komponente kann diesen beiden Begriffen nicht zu Grunde liegen. Es scheint vielmehr so, dass jedes «soziale Handeln», ob psychisch bewusst oder unbewusst, sich egoistisch motivieren lässt. Selbst dann scheint dem so, wenn ein Charakter altruistische Handlungen nötig hat, um sein Gleichgewicht zu bewahren.

Es wird darum gehen, zuerst das «Handeln» zu untersuchen, seine Interdependenzen aufzuzeigen, um dann das soziale Handeln der Öffentlichkeit in bewusst sinnvolle Bahnen zu lenken. Dabei ist dem «wert-rationalen» Handeln wenn immer möglich der Vorzug zu geben, wobei die Tradition stark in Betracht gezogen werden muss⁶. — Im Rahmen unseres Erkenntnisobjektes wickelt sich das soziale Handeln in Form einer «legalen Herrschaft» ab⁷.

Bei sozialem Handeln soll das individuelle Moment, soweit eine Möglichkeit dazu besteht, betont werden; denn, so meint C. G. Jung, «das Gemeinschaftsideal macht seine Rechnung ohne den Wirt, das heisst, es übersieht den Einzelmenschen»⁸. Je weniger dieser Tatsache Rechnung getragen werden kann, je mehr verallgemeinert und typisiert wird, desto mehr ebnet sich der Weg zur Bildung von Massen. «Massen entstehen, wo Menschen ohne eigentliche Welt, ohne Herkunft und Boden verfügbar und auswechselbar werden. Das ist als Folge der Technik heute in wachsendem Ausmass geschehen. ‚Die Masse‘ ist ungeliedert, ihrer selbst unbewusst, einförmig und quantitativ, ohne Art und ohne Überlieferung, bodenlos und leer. Sie ist Gegenstand der Propaganda und Suggestion, ohne Verantwortung, lebt auf tiefstem Bewusstseinsniveau»⁹.

5 Max Weber «Grundriss der Sozialökonomie», Tübingen, 1922, 3. Abteilung, Seite 1.

6 Vgl. dazu Max Weber, a. a. O., S. 12.

7 Vgl. dazu Max Weber, a. a. O., S. 124 f. (legale Herrschaft bedeutet: Glaube an die Legalität gesatzter Ordnungen und Unterstellung unter die, zur Ausübung Berufenen).

8 C. G. Jung, «Gegenwart und Zukunft» a. a. O., S. 18.

9 K. Jaspers «Vom Ursprung u. Ziel der Geschichte», Frankfurt, 1956, S. 125.

Wohl ist, wie noch zu zeigen sein wird, diese Gefahr in unserem Erkenntnisobjekt noch nicht so gross, doch ist sie latent vorhanden, und jede weitere Aktivierung sollte, soweit möglich, vermieden werden.

Die Soziologie als Ganzes ist ein gewaltiges Gebiet und hat eine Fülle von Aspekten. So kann zum Beispiel die Bevölkerung rein zahlenmässig erfasst werden, sie kann in ihrer raummässigen Zusammensetzung untersucht werden, sie kann auch in Hinsicht auf Alter, auf Gruppen und Stände und noch nach vielen anderen Gesichtspunkten analysiert werden. In dieser Arbeit sollen nur Erscheinungen behandelt werden, die direkt oder indirekt Rückwirkungen auf die Wirtschaft zeitigen. Damit ist nun aber keine Abgrenzung getroffen, denn im weitesten Sinne ist es wieder das ganze Gebiet, das solche Rückwirkungen zeitigt. Was aber damit, so glaube ich, angegeben ist, ist die Richtung, die die soziologischen Betrachtungen einschlagen werden.

3. Der wirtschaftliche Problemkreis

Ausgangspunkt und Grundlage dieser Arbeit ist eine gebundene Marktwirtschaft, wie wir sie heute sowohl in der Schweiz, als auch im überwiegenden Teil der westlichen Welt kennen und täglich neu kennen lernen. Ihr zu Grunde liegt das liberale Prinzip der Konkurrenz. Nachdem aber die Fehler einer möglichst uneingeschränkten Anwendung dieses Prinzips eingesehen und in der Praxis erlebt wurden, nahm die Entwicklung einen stark einschränkenden Verlauf. Die preisbildenden Faktoren, Angebot und Nachfrage, werden in den meisten Fällen von Gruppeninteressen vertreten, was einen, über weite Sektoren oligopolistischen Markt zur Folge hat, dessen Zusammenhänge interdependenten Charakter haben. Ausserdem wurde die «freie Marktwirtschaft» im Laufe der Entwicklung vom Nachtwächter- zum Sozialstaat an systematische, politische Grundsätze gebunden. — Diese Bindung lässt sich am ehesten an Hand der Zielsetzungen der modernen Wirtschaftspolitik erläutern:

Die Wirtschaft als solche hat letzten Endes keinen eigenständigen Wert. Sie ist Teil eines weit umfangreicheren Problemkreises, der Soziologie, und befasst sich innerhalb dieser mit den Problemen der Bedürfnisbefriedigung. Wenn aber die Wirtschaft nur Mittel ist, dient sie gleichzeitig der Erfüllung kultureller Bedingungen schlechthin¹⁰. Damit fliesst ein ethisches Moment in jede ökonomische Betrachtung ein. «Gewiss soll

¹⁰ Vgl. J. Werner «Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit», Zürich und St. Gallen, 1951, S. 12 f.

der Nationalökonom nicht ethische Theorie oder theologische Dogmatik betreiben. Aber den materiellen ethischen Problemen, die sich im Umkreis des von ihm erforschten Lebensgebietes stellen, kann er sich nicht ungestraft entziehen»¹¹. Alles menschliche Handeln richtet sich bewusst oder unbewusst auf Ziele aus, und ist deren notwendiger Bestandteil. So muss die Nationalökonomie, und mit ihr alle Sozialwissenschaften, wenn sie überhaupt fruchtbare Ergebnisse zeitigen wollen, die Ziele des menschlichen Handelns in ihre Betrachtungen einschliessen¹².

In unserem Fall besteht die Aufgabe darin, die Ziele zu finden, die der gegenwärtigen Kultur, Gesellschaft und Zeit am ehesten entsprechen, und unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik beeinflussen.

Nun ist aber jedes Ziel zugleich ein Wertträger. Die Wertung erfolgt auf Grund der individualmenschlichen Charaktere auf einer ersten Stufe, und durch eine, nach demokratischer Mehrheit erfolgten Koordination der Individualziele auf einer zweiten Stufe. Damit wird der Werturteilsstreit in unsere Diskussion hereingezogen und stellt uns vor beinahe unlösbare Probleme. Sie werden desto schwieriger, je uneinheitlicher die ihnen zu Grunde liegende Weltanschauung ist. Dies ändert jedoch nichts daran, dass in der Politik eine bestimmte Richtung eingeschlagen und eingehalten werden soll. Ein Beispiel soll verdeutlichen, dass sich ein häufiger Haltungswechsel als Trugschluss erweisen würde:

Wenn jemand sich in einem Wald verirrt, wird er schwerlich aus ihm herausfinden, wenn er, momentanen Einfällen und Anhaltspunkten gehorchend, seine Marschrichtung häufig ändert. Er wird aber zum Ziele kommen, wenn er eine bestimmte Richtung einschlägt und einhält. Selbst dann wird er so eher an sein Ziel gelangen, wenn die Richtung eine falsche war und als solche erkannt wurde; denn wenn er an einem unerwünschten Ort zum Walde heraus findet, so wird er sich dort immer noch besser orientieren können als im Walde selbst, wo er auf reine Zufälligkeiten angewiesen wäre.

Die gewonnenen Zielsetzungen lassen sich vorerst in zwei Gruppen gliedern, in wirtschaftliche und ausserwirtschaftliche Ziele. Die Priorität steht den ausserwirtschaftlichen Zielen zu, aus denen sich die wirtschaftlichen erst herleiten. — Im Folgenden sollen die allgemein anerkannten Ziele schweizerischer Politik hervorgehoben werden, Ziele, die auf Grund erfolgter, politischer Massnahmen als wegweisend gelten dürfen¹³.

¹¹ J. Werner, a. a. O., S. 18.

¹² Vgl. auch J. Werner, a. a. O., S. 15.

¹³ Alle diese Zielsetzungen lassen sich auf das Grundproblem «Individuum und Gemeinschaft» mittelbar oder unmittelbar zurückführen. Ich verweise dazu auf das entsprechende Kapitel.

In erster Linie sind Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu nennen, drei Postulate, deren Inhalt sehr fragwürdig ist. Gerechtigkeit und Freiheit sind Zielsetzungen, die nur dann einigermaßen grundlegenden Charakter haben, wenn ihnen eine gemeinsame weltanschauliche Grundhaltung vorangeht. — Wohl könnten wir mit Sigmund Freud annehmen, dass Gerechtigkeit die Versicherung sei, dass die einmal gegebene Rechtsordnung nicht wieder zu Gunsten eines Einzelnen durchbrochen werde¹⁴; doch wäre damit, und darin liegt das Trügerische, nicht nur die ethische Wertung, sondern auch der Erkenntniswert überhaupt ausgeschlossen. — Wenn man die Weltanschauung als wesentlich erachtet, so werden diese Postulate in der heutigen Welt allerdings in einer bedenklichen Weise relativiert. Man muss deshalb einen Spielraum der Ansichten anerkennen, doch immerhin feststellen, dass in Grenzsituationen einigermaßen objektiv geurteilt werden kann. Ich glaube, dass diese Uneinheitlichkeit noch keinen Weg zum Opportunismus öffnet. — Über den Begriff der Freiheit wird in einem späteren Kapitel noch mehr zu sagen sein.

Eine Klärung des Wohlstandsbegriffes ist für dieses Thema sehr wichtig, denn mit seiner Hilfe werden im Einzelfall viele Probleme gemessen. Als leicht verwendbares Schlagwort und Allgemeingut, vermag dieser Begriff nur sehr undurchsichtige, verschwommene und subjektive Vorstellungen zu wecken. — Als ökonomischer Begriff eignet ihm ein nur materieller Charakter. Kreislaufmässig gesehen, wird der Wohlstand durch die Breite eines Güterstromes dokumentiert. Damit ist jedoch erst wenig erreicht, denn über den Volkswohlstand ist erst dann etwas ausgesagt, wenn auch die Verteilung des Güterstromes analysiert wird. Hinzu kommt nun noch dessen bereits sehr schwer erfassbarer qualitativer Charakter, sowie dessen Zusammensetzung nach Gütern.

Kann aber, so muss man sich fragen, eine rein materielle Interpretation dieses Begriffes genügen? Mensch und Wirtschaft stehen zueinander in einem Verhältnis der Interdependenz. Der Mensch als Träger der Wirtschaft ist aber nicht nur materiell bedingt, er ist nicht ein rein rationaler «Homo oeconomicus», sondern vielmehr ein Wesen aus Fleisch und Blut, das von Fall zu Fall seinen eigenen Charakter hat, das Stimmungen, Gefühlen und Trieben unterworfen ist. Als solches Wesen trifft es seine wirtschaftlichen Dispositionen. — Wenn nun aber bei der umgekehrten Wirkweise, Wirtschaft—Mensch, nur die rein materielle Seite des Wohlstandsbegriffes angewandt wird, so bedeutet das nichts anderes als eine sträfliche Vereinfachung des Tatbestandes. Mehr noch: Da der Zustand der Interdependenz vorhanden ist, muss das auch seine Rückwirkungen

¹⁴ Vgl. S. Freud «Das Unbehagen in der Kultur», Frankfurt und Hamburg, 1955, S. 130.

auf den Menschen selbst haben. Es muss ihn und seine Haltung vermaterialisieren, es muss seine geistigen, moralischen und seelischen Werte verkümmern lassen. «Darum sehen wir uns heute, uns missverstehend, im Technischen als Schöpfer des Heils auf Erden ohnegleichen, — oder wir sehen uns in unserer geistigen Verlorenheit ebenso ohnegleichen»¹⁵.

Dieser Auffassung kann Folgendes entgegengehalten werden: Eine ethische Komponente wäre weder messbar, noch hätte sie wirtschaftlichen Charakter; ja, was wäre überhaupt darunter zu verstehen?

Aber hat überhaupt der wirtschaftliche Wohlstandsbegriff ohne ethische Komponente den ihm zuerkannten Erkenntniswert? Werden sich nicht trotz steigendem materiellem Wohlstand stets wieder neue Bedürfnisse finden, die ausserhalb des Grenznutzens des Einzelnen liegen, die so den individuellen Wohlstand als gering erscheinen lassen, Anlass genug zu reichlicher Unzufriedenheit? «... und wenn jeder Arbeiter sein eigenes Automobil hat, so ist er eben doch ein am Leben verkürzter Proletarier, denn andere haben zwei und ein Badezimmer mehr»¹⁶. Man könnte noch weiter gehen und die These aufstellen, dass die Unzufriedenheit mit steigendem Wohlstand (im wirtschaftlichen Sinne) wachse, da die Reife des Geniessenden hinter der Entwicklung der Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten zurückbleibe, zumal, wenn man sich das menschliche Beharrungsvermögen in einem gegebenen Zustand vor Augen hält.

Aus all diesen Überlegungen lässt sich der Schluss ziehen, dass es sich bei rein materieller Betrachtung des Wohlstandsbegriffes zum Mindesten um eine tragische Vereinfachung handelt. Die wirkliche Sinngebung erfolgt erst bei Berücksichtigung des existentiellen, innermenschlichen Momentes¹⁷.

Wohlstand, sowie auch Freiheit und Gerechtigkeit sind in erster Linie geistige Kategorien. Es sind auf demokratischer, rechtsstaatlicher Grundlage zustande gekommene, allgemeingültige Prinzipien des momentan Richtigen und Guten¹⁸.

Zu diesen grundlegenden Zielsetzungen kommen noch weitere, abgeleitete Ziele hinzu. Die bedeutendsten unter ihnen sind: Vollbeschäftigung, Sicherheit, Erhaltung des Bauernstandes, des Mittelstandes und

¹⁵ K. Jaspers, *Geschichte*, a. a. O., S. 97.

¹⁶ C. G. Jung, a. a. O., S. 19.

¹⁷ Dies ist für uns von Bedeutung, denn wie mancher Bergbauer vertauscht, grob ausgedrückt, durch die Abwanderung seine innere Zufriedenheit mit einem vermeintlichen Wohlstand?

¹⁸ Vgl. A. Moser «Das Rätsel des Wohlstandes» in: *Agrarpolitische Revue*, 5. Jg., Nr. 39, S. 170 ff.

der Wehrbereitschaft¹⁹. Auch ihr Charakter ist zeit- und ortsbedingt und könnte, insbesondere vom Standpunkt einer europäischen Integration, seinen Gehalt wechseln.

Damit ist der wirtschaftliche Hintergrund dieser Arbeit — im Gegensatz zu der totalen Planwirtschaft — in grossen Zügen entworfen, doch möchte ich diese Ausführungen nicht schliessen, ohne vorher noch eine allgemeine Bemerkung einzuschieben:

Die Massnahmen, die innerhalb eines solchen Wirtschaftssystems getroffen werden, haben in einem doppelten Sinn spekulativen Charakter. Jede wirtschaftspolitische Aktion bedingt eine vorstellende Vorwegnahme der Zukunft. Die Zukunft aber kann von uns nicht gewusst werden, sondern unterliegt vielmehr den oft erstaunlichsten Wechselfällen der Natur. — Es wird ausserdem nie möglich sein, alle bedingenden Faktoren einer wirtschaftlichen Äusserung zu kennen, und doch wird in der Praxis auf Grund der bekannten Faktoren entschieden. Alle Unbekannten aber, deren Gewicht nicht bekannt ist, und die möglicherweise recht ursächlich sein können, bleiben dadurch unberücksichtigt. — Daraus liesse sich ein guter Teil der recht wechselvollen Geschichte der Volkswirtschaftslehre erklären.

Ich entnehme dem Gesagten, dass nur eine Politik befürwortet werden kann, die sich dieser, ihrer Relativität in vielfacher Hinsicht voll bewusst ist. Als Folge muss sich eine sehr grosse Toleranz gegenüber anderen Ansichten einstellen.

19 W. A. Jöhr «Theoretische Volkswirtschaftslehre», Vorlesung der HHS St. Gallen, WS 1956/57, 4. Kapitel.

II. HISTORISCHE GRUNDLAGEN

Sinn und Zweck dieses Kapitels ist es, einerseits, soweit dies möglich ist, die Herkunft der heute bestehenden Probleme zu erhellen. Andererseits soll es zeigen, dass unmittelbare Unterbrechungen bestehender Traditionen, organisch herangewachsener Lebensweisen, stets Haltlosigkeit und Unsicherheit gegenüber dem neuen Zustand, und damit beträchtliche Schwierigkeiten in ihrem Gefolge hatten.

Dem Zweck dieses historischen Überblickes entsprechend, wird es sich also nicht um eine lückenlose Darstellung der geschichtlichen Begebenheiten handeln. —

In einer soziologischen Arbeit über die Alpen wird festgestellt, dass die Schweiz nur geschichtlich begriffen werden könne¹. Freilich kann man diesen Standpunkt auf alles sich äussernde Leben erweitern. Jede momentane Lebensäusserung ist nicht aus sich selbst heraus das geworden, was sich uns darbietet, sondern ist vielmehr der gegenwärtige Stand einer langen Entwicklung, und zugleich wieder Ausgangspunkt einer zukünftigen Periode. Trotzdem tritt diese historische Gebundenheit, bedingt durch eine relativ gleichmässige Entwicklung und durch die geographische Kleinheit des Gebietes, in der Schweiz stärker zu Tage als anderswo.

Bei solchen Annahmen ist grosse Vorsicht geboten. Es muss vermieden werden, nur das zu suchen und zu finden, was der im voraus gefassten Meinung dienlich sein kann. Auch muss «bei aller Heranziehung historischer Parallelen zu unserem Zeitalter . . . immer die Frage bleiben, ob der radikale Unterschied, der die Folge unserer Technik ist, berücksichtigt wurde»².

Im Zentrum der Darstellung steht deshalb der Begriff der industriellen Revolution. Durch die gewaltige Entwicklung sowohl der Technik, als auch der Wissenschaften seit dem 18. Jahrhundert, hat das Wirtschaftsleben, und damit das Leben überhaupt, einen Fortschritt zu verzeichnen, der nicht mehr gemeinhin als Evolution, sondern vielmehr als Revolution bezeichnet werden muss. So handelt es sich denn dabei um einen Markstein in der Wirtschafts- und Menschheitsgeschichte überhaupt.

¹ Vgl. A. Günther, «Die alpenländische Gesellschaft», Jena, 1930, S. 302.

² K. Jaspers, Geschichte, a. a. O., S. 99.

1. Die Zeit vor der industriellen Revolution

Menschen, die in der Situation vor der eidgenössischen Staatsgründung — in einem rauen Gebirge, wie es die Alpen verkörpern — lebten, waren einem grossen äusseren Druck ausgesetzt. Die Natur bedeutete für sie ständige Gefahr und Bedrohung. Ihren Unbilden zu begegnen, nahm einen weit grösseren Teil des Existenzkampfes in Beschlag, als dies bei den Bewohnern des Flachlandes der Fall war. Aus diesem ständigen Kampf, der nicht nur ein starkes Lebensgefühl, sondern auch ein gewisses Unabhängigkeitsbedürfnis bewirkte, mag der tiefe Wille zur Freiheit kommen, der diesem Schlage eigen war und noch ist. Zurückgedrängt auf einen letzten Bereich bewohn- und bebaubaren Bodens, konnte wenig verloren, wohl aber vieles gewonnen werden.

Individualistisches Leben war in jenem Kampf zum Untergang verdammt. Die Existenzerhaltung forderte ein ausgeprägtes Solidaritätsgefühl. Nur vereint war es möglich, den Anforderungen zu genügen. Daraus lässt sich unter anderem das Bedürfnis nach Verbindung erklären. Interessante Zeugen davon waren die schon längere Zeit vor 1291 bestehenden Talgenossenschaften, wie zum Beispiel die des Urserentales. Ihr Zweck war allerdings ein vornehmlich wirtschaftlicher.

Zu dieser raumbedingten Druckwirkung kam aber noch der Autoritätsanspruch Dritter hinzu. — Die Passtrassen, vor allem die Gotthardstrasse, waren für die Fürsten jener Zeit von grosser wirtschaftlicher Bedeutung. Auch ihr strategischer Wert war so gross, dass es galt, dieses Gebiet dem feudalherrschaftlichen Reich zu sichern. Von grosser Einsicht in die Art jener Menschen mag es zeugen, wenn dies von Kaiser Friedrich II. durch die Ausstellung von Freibriefen versucht und auch erreicht wurde. Kaum wäre es in jenem Zeitpunkt zur Gründung eines souveränen Staates gekommen, hätte nicht der spätere König Rudolf von Habsburg dieses Gebiet 1273 gekauft und dessen Freibriefe missachtet, indem er die Urschweiz als Vogtei der habsburgischen Hausmacht anzugliedern suchte³. In dem nun folgenden Kampf gegen die unerwünschte Obrigkeit bot dieselbe Natur, die sonst nur Mühsal brachte, ihre Hand, indem sie Schutz vor allzustarker Einmischung Dritter gewährte.

Etwa so, als raum- und autoritätsbedingte Druckwirkung, in Verbindung mit einem naturbedingten Unabhängigkeits- und Solidaritätsbedürfnis, hat man sich die Thematik der ursprünglichen, staatsbildenden Kraft dieses Gebietes vorzustellen⁴.

3 Vgl. K. Schib, «Schweizergeschichte», Zürich, 1944, S. 40 f.

4 Vgl. A. Günther, a. a. O., S. 294 ff.

Diese Zusammenhänge setzen uns in die Lage, auf die heute noch lebendige Charakteristik dieser Bergbewohner ein Licht zu werfen. — Geblieden sind die Unbilden der Natur. Wenn auch die moderne Technik bedeutende Fortschritte zu deren Erleichterung erzielt hat, so ist doch das Verhältnis zum Mittelland in produktiver Hinsicht ein ähnliches geblieben, ja, der Unterschied tritt noch deutlicher zu Tage. Die staatliche Autorität ist, obwohl demokratisch begründet, die Mehrheit des Mittel-landes, die nur zu oft ungenügendes Verständnis für die Belange der Bergtäler aufzubringen vermag. Die Wechselwirkung Mensch-Umwelt, ein bedeutender Faktor, bestimmt noch immer wesentlich die Äusserungsweise, wobei die Umwelt in einem weit grösseren Masse ihr ursprüngliches Wesen beizubehalten vermochte, als dies im industrialisierten Mittel-land noch der Fall ist. — Die geschilderte Grundcharakteristik, und diese fällt heute, im Zeitalter der Massen mehr denn je in die Waagschale, ist somit im grossen und ganzen nur unwesentlich verändert. —

Machtansprüche der Grossen einerseits, und Freiheitsansprüche einer kleinen, aber gleichgesinnten Minderheit andererseits, bildeten also die treibende Kraft der ersten, bedeutenden Staatsgründung, des Bündnisses der drei alten Orte, von 1291. Um dieses Ereignis zu würdigen, muss man sich das damals feudalistisch geordnete Europa vor Augen halten. Man muss sich vergegenwärtigen, dass diese Ordnung als natürlich empfunden wurde, und dass der Gedanke an ein, auch nur halbwegs demokratisches System ein schlechthin revolutionärer Gedanke war. Andererseits war der demokratische Gedanke keineswegs das treibende Element; er war vielmehr ein, mehr oder weniger unbewusstes, notwendiges Ergebnis, diejenige Gesellschaftsform, die dem, aus dem Bündnis deutlich ersichtlichen Solidaritätsmoment am besten zu entsprechen vermochte. Jedenfalls ist in Bezug auf die Motivationen deutlich zu unterscheiden zwischen der Zeit dieses ersten Bündnisses und der viel späteren Zeit der Aufklärung und deren Folgen.

Die Staatsordnung war ihrer Natur nach demokratisch, doch war diese Demokratie, wie es in der damaligen Umgebung und Tradition kaum anders möglich war, äusserst stark feudalistisch beeinflusst. Die Führung lag beim einheimischen Adel und muss als dessen beinahe unbestrittenes Recht angesehen werden. Diese Tatsache zeigt, wie schwer es hält, durch Generationen verwurzelte Institutionen zu ersetzen; wie das Neue vorerst nur Oberfläche bleibt und lange Zeit benötigt, um zur Selbstverständlichkeit zu werden. — Aus dieser Sicht lassen sich auch spätere Gebilde wie Aristokratien, kirchenfürstliche Monarchien und gemeine Herrschaften besser verstehen.

Eine wirkliche, in sich und aus sich lebensfähige Gemeinschaft wurde

die Eidgenossenschaft erst, als sich in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts die alten Orte mit dem «Flachland», mit den Städten verbündeten. Ich weiss nicht, ob dieser Erweiterung des Bundes auch schon die politische Einsicht zu Grunde lag, dass das Gebirge wirtschaftlich auf das Mittelland angewiesen ist, und umgekehrt? Jedenfalls zeitigte diese Entwicklung eine grosse Umwälzung, die man heute als Auswirkung des «Gesetzes der komparativen Kosten» verstehen könnte. Die Folgen dieser Gesetzlichkeit konnten aber nicht bewusst erstrebt worden sein. Es wird sich vielmehr um eine Begleiterscheinung handeln, zumal die Wirtschaft damals noch eindeutig Mittel, ohne jeden Autonomieanspruch war.

Der Verkehr auf den Passtrassen liess zu Ungunsten der bisher fast ausschliesslich gepflegten Landwirtschaft eigene Handwerke, Gewerbe und Einkommensmöglichkeiten entstehen. Dank der günstigen Verkehrslage wurden die, in den Bergen nur mühsam zu produzierenden Früchte des Ackerbaus aus dem Mittelland eingeführt. — Diese Strukturänderung der damaligen Bergwirtschaft wurde durch den Umstand unterstützt, dass das Angebot an Arbeitskräften nicht kontinuierlich war, da die männliche Bevölkerung nur zu oft in den Kriegsdienst zur Wahrung der jungen Unabhängigkeit zu ziehen hatte⁵. — Als günstigste landwirtschaftliche Tätigkeit in den Bergtälern erwiesen sich die Viehhaltung und die Viehaufzucht, die denn auch in der Folge eine Blütezeit erlebten⁶.

Es war diese Umschichtung, die in die bisherige wirtschaftliche Kontinuität eine Zäsur einschob. Etwas wurde aus dem herangewachsenen Gleichgewicht einer weitgehenden Selbstversorgung gebracht. Ein Pendel begann zu schwingen und sollte lange Zeit nicht mehr zur Ruhe kommen.

Diese Wandlung in der Wirtschaft wiederum war es, die zur Folge hatte, dass es bis zur ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts so weit kam, dass das gesamte Berggebiet der Urschweiz, und zum Teil auch das dazugehörige Grenzgebiet gänzlich von der Getreideeinfuhr aus dem Mittelland abhängig wurden. Wohl gehörten die Lieferanten dem gleichen Bund an, doch waren die Bande noch reichlich lose und boten den Städten, vorab Bern und Zürich, Gelegenheit, einen ständigen Druck auf die Bergtäler auszuüben. Die dominante Stellung dieser Städte war denn auch stark darin bedingt⁷.

5 Schlachten bei Sempach, Laupen, Näfels, später die Appenzellerkriege und der Walliser Freiheitskampf.

6 Vgl. H. Zopfi, «Das Bauerntum in der Schweizergeschichte», Zürich, 1947, Seite 23 f.

7 Vgl. H. Zopfi, a. a. O., S. 25 / Möglicherweise liessen sich hier Analogiegedanken zu negativen Aspekten einer europäischen Integration anknüpfen. Auch mit solchen Bedenken muss gerechnet werden, zumal sie in der breiten Masse noch heute bestehen.

Im Laufe der Zeit sammelte sich bei den sogenannten Herren ein beträchtlicher Reichtum an, der seine Schattenseite in der Armut des breiten Volkes fand. Die sozialen Gegensätze wuchsen gleichzeitig mit dem Gedeihen des Staatswesens (doch war ihr Charakter noch ein grundlegend anderer als derjenige der Zeit nach der industriellen Revolution). Nicht nur auf ungenügende Arbeitsgelegenheiten und kriegerisches Wesen an sich, sondern auch auf diese Wurzel sind Soldzwang und Reisläuferei zurückzuführen⁸.

In der Eidgenossenschaft und insbesondere in den Bergtälern herrschte vom 15. bis in das 18. Jahrhundert ein dauernder Bevölkerungsdruck. Eine Innenkolonisation im heutigen Stil war der damaligen Politik fremd. Die «Auswanderung» in Form des Reislaufens wurde von Staates wegen in grossem Stil betrieben, und das in einer Zeit, in der man in anderen Ländern begann, eine möglichst grosse Bevölkerungszahl als Reichtum einer Nation anzusehen. Einerseits wurde dadurch ein dauerndes Missverhältnis zwischen Bevölkerungsgrösse und Bevölkerungskapazität gemildert, und andererseits brachte diese Politik bedeutende Mengen von Geld ein. Der Höhepunkt des Reislaufens wurde nach den Burgunderkriegen, gegen Ende des 15. Jahrhunderts erreicht. Sogenannte Militärkapitulationen mit ausländischen Mächten waren damals an der Tagesordnung und erinnern beinahe an Handelsverträge. Die Rechtfertigung war einfach: Die ständig drohende Arbeitslosigkeit wurde beseitigt, die Armenkosten verringert, und zudem war die ganze Lösung recht einträglich. — Eine erste deutliche Opposition bildete sich in der Reformationszeit, zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Ihr Wortführer war Ulrich Zwingli, doch zeigte er keinen Weg, der Überbevölkerung zu steuern, auch waren die Einnahmen zu angenehm, als dass solche moralischen Einwände bei den massgebenden Stellen Gehör gefunden hätten. Aus dem «Söldnerexport» nach Frankreich resultierten darüber hinaus Vorrechte, die selbst den späteren Reformen eines Colbert zu widerstehen vermochten⁹. Es wurde erst möglich, dieser «unschönen Sitte» zu steuern, als die aufkommende Industrie in der Lage war, die Überbevölkerung zu kompensieren. —

In dieser Entwicklung mag eine Wurzel für die grosse Zahl der Binnenwanderer der Gegenwart liegen, zumal der ständigen Abwanderung aus den Bergtälern. Wohl sind die Ursachen heute anders gelagert, vor allem dort, wo nicht ein echter Bevölkerungsdruck die Triebkraft ist, doch war und ist das Wandern diesen Menschen so selbstverständlich geworden, so in ihren Lebensformen verankert, dass diese Vermutung nicht übersehen werden darf. —

⁸ Vgl. dazu H. Zopfi, a. a. O., S. 25.

⁹ Vgl. dazu: W. Bickel, «Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik der Schweiz», Zürich, 1947, S. 88 ff.

Die Tagsatzung der Eidgenossenschaft vor dem 15. Jahrhundert scheint, entgegen den idealisierenden Darstellungen verschiedener Mittelschullehrbücher, mehr eine Oligarchie denn eine Demokratie gewesen zu sein¹⁰. Legislative, Exekutive und richterliche Gewalt waren nicht, oder nur andeutungsweise getrennt. Zudem waren sie das Werkzeug der damaligen «Aristokraten». Wenn ursprünglich die Führung noch primär bei den ehemals staatsbildenden Gebirgsorten lag, so wurde sie bald von den Aristokraten Berns und den Zünften Zürichs übernommen¹¹. Allmählich, Hand in Hand mit dieser Entwicklung geschah das, was als dunkler Punkt in dieser Geschichte bezeichnet werden muss. Die Ansprüche, welche ursprünglich lediglich dem Selbstschutz, oder positiv ausgedrückt, der Selbsterhaltung dienten, wurden mehr und mehr autonom, und damit in Macht- und Geltungsansprüche umgewandelt. Dabei wurden nur zu oft die Prinzipien der so sehr geschätzten Freiheit missachtet. Von solcher Haltung zeugen die Eroberung des Aargau 1415, die Eroberung des Livinentales 1403–1478 und die Eroberung des Thurgau 1460. Die Blicke richteten sich, durch den bisherigen militärischen Erfolg geblendet, nach Süden und in das Mittelland.

Mit der Niederlage bei Marignano war jedoch der Traum der Grossmachtstellung endgültig ausgeträumt. In dieser Niederlage sind, nach E. Ermatinger¹², Ursprung und Grundgedanken der späteren Neutralität zu suchen. Eine eigentliche Aussenpolitik gab es nicht mehr. Die Eidgenossenschaft wurde abhängig vom Sieger Frankreich. Die einzelnen Orte waren zu lose verbunden um gemeinsam auftreten zu können und hatten dazu sehr unter der inneren Religionsspaltung zu leiden. — Aus dieser Not wurde allmählich eine «Tugend», diejenige der Neutralität.

Und so zeigen sich nach und nach auch in der Eidgenossenschaft die Auswirkungen dieser einmaligen Umwälzung, in der wir heute noch begriffen sind, der industriellen Revolution.

2. Die Zeit der industriellen Revolution bis heute

Die ersten, sichtbaren Ursachen dieses Ereignisses liegen in der Zeit der Aufklärung. Der Fortschritt der Naturwissenschaften übersteigt seit jener Zeit alles bisher Dagewesene. Eine neue Denkweise bemächtigt sich der Menschen. Die bisherige Traditionsgebundenheit musste einem

¹⁰ Als Beispiel: Die Tagsatzung von Stans, 1481.

¹¹ Vgl. H. Zopfi, a. a. O., S. 37 ff.

¹² E. Ermatinger, a. a. O.

ungeahnten Fortschrittsglauben das Feld räumen. Der Begriff des «Modernen» gewann zu jener Zeit erst seinen heutigen Inhalt. — In solcher Umgebung werden die technischen und geistigen Voraussetzungen der industriellen Revolution geschaffen. — Naturwissenschaft und Erfindergeist führten zur Entwicklung von Werkzeug- und Kraftmaschinen. Als Institutionen zur Umsetzung dieser Ergebnisse in die Praxis, trugen die freie Marktwirtschaft und die Ausweitung des Kredites das ihre bei¹³.

Der Mensch ist aber ein Gewohnheitswesen. Diese Entwicklung ging für ihn zu rasch vor sich, er konnte sie nicht verarbeiten. Die Folge davon war, und ist heute noch eine dauernd sich steigernde Überwertung der Technik und damit des Materiellen schlechthin. Aber «wie die Natur durch die Technik des Menschen aussieht, und wie sein technisches Verfahren auf den Menschen zurückwirkt, das heisst, wie die Art seiner Arbeit, seiner Arbeitsorganisation und seiner Umweltgestaltung ihn selber verändert, das ist eine Grundlinie in der Geschichte»¹⁴. Die industrielle Revolution hat also zwei Seiten, die auseinandergehalten werden müssen, und die, wie mir scheint, sich zueinander antinomisch verhalten. Einmal besteht die Wirkweise Mensch—Natur, die, wie vorhin festgestellt, überwertet wird. Sie hat Gewaltiges zur Erleichterung des physischen, menschlichen Daseins beigetragen, und muss gewiss als solche bejaht werden. Sie zeitigte aber auch ihre Rückwirkungen in der Richtung Natur—(Technik)—Mensch, und diese Seite wurde anfänglich durch den bedingungslosen Fortschrittsglauben übersehen; denn, so sagt Karl Jaspers, «die Natur wird durch die Natur des technisch arbeitenden Menschen erst recht zum Tyrannen des Menschseins»¹⁵. Das Bedürfnis des Menschen nach Befreiung aus seiner Naturgebundenheit wird in dieser Sicht zum blossen Wahn, denn seine Abhängigkeit von der Natur wird durch diese Entwicklung nur noch eindrücklicher offenkundig, freilich in einer anderen Spielart. Ein Wahn ist es deshalb, «weil das Letzte für den Menschen der Mensch und nicht die Technik ist, die Technik im Dienste des Menschen und nicht der Mensch im Dienste der Technik»¹⁶.

Auf Grund solcher Überlegungen ist der nun zu betrachtende Abschnitt ein katastrophales Hingehen zur Armut an Geist, Menschlichkeit und Liebe. Es scheint, dass sogar der menschliche Geist in den technischen Prozess hineingezogen wird¹⁷. Das individuelle Leben wird durch den naturwissenschaftlichen Rationalismus vermasst, denn er beraubt es seiner Grundlagen und damit, dass er es in einen Irrtum stürzt, seiner

13 Vgl. dazu: K. Jaspers, *Geschichte*, a. a. O., S. 101 ff.

14 und 15 K. Jaspers, *Geschichte*, a. a. O., S. 97.

16 K. Jaspers, *Geschichte*, a. a. O., S. 104.

17 Vgl. K. Jaspers, *Geschichte*, a. a. O., S. 96 f.

Würde. Als soziale Einheit hat der Mensch seine Individualität verloren und ist zu einer abstrakten Nummer in der Statistik einer Organisation geworden¹⁸.

Vor diesem Hintergrund will ich nun die geschichtliche Weiterentwicklung innerhalb unseres Erkenntnisobjektes betrachten.

Während der Zeit der Aufklärung war die Eidgenossenschaft nichts weniger als eine politische Einheit. Jeder Ort trieb seine eigene Aussenpolitik, ein Anlass zu ständigen Streitigkeiten¹⁹. So war zum Beispiel der korrupte Adel der bündnerischen «Demokratie» das willige Werkzeug des Geldes und deshalb fremden Mächten hörig. Die Landsgemeinde war praktisch weder an Verfassung noch an Gesetz gebunden²⁰. Es ist denn auch nicht verwunderlich, dass dieser Zustand endlich in die Bündnerwirren ausartete.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts traten die meisten Kantone auf Grund verspäteter und vermengter merkantilistischer und physiokratischer Anschauung für eine möglichst hohe Bevölkerungszahl ein, was natürlich dazu angetan war, den Bevölkerungsdruck in den Bergtälern zu vergrössern²¹.

Unter solchen Voraussetzungen mag es nicht erstaunen, dass die Eidgenossenschaft durch die französische Revolution und ihr Nachspiel arg in Mitleidenschaft gezogen wurde. Verzweiflungskämpfe in der Inner- und Aussen- schweiz änderten nichts daran, dass unser Land zum Kriegsschauplatz fremder Heere wurde. — Die Feldzüge der Franzosen, Österreicher und Russen spielten sich vor allem in der alpinen und voralpinen Schweiz ab. Die Folgen waren Elend, Verzweiflung, Hunger und Armut. Die damalige Situation bewog viele Bergbewohner, in das Mittelland oder nach Amerika abzuwandern, von wo sie nicht mehr oder nur selten wieder nach Hause kehrten²².

Immerhin resultierte aus dieser ganzen Bewegung eine Befreiung von grundherrlichen Rechten und von städtischer Obrigkeit. — Während der Mediationszeit herrschte Friede, doch wurde die gesamte schweizerische Wirtschaft durch Arbeitermangel, verursacht durch die Abwesenheit Tausender, die gezwungenermassen Kriegsdienst zu leisten hatten, heimgesucht²³.

18 Vgl. C. G. Jung, *Gegenwart und Zukunft*, a. a. O., S. 11.

19 Vgl. auch H. Zopfi, a. a. O., S. 14 f.

20 Vgl. H. Zopfi, a. a. O., S. 18.

21 Z. B.: 1758 Gründung der oeconomischen Gesellschaft Bern. — Noch 1775 predigte Johann Heinrich Waser, dass der Reichtum eines Landes nur an der Grösse seiner Bevölkerung gemessen werden könne. Vgl. dazu: W. Bickel, a. a. O., S. 31 ff.

22 Vgl. W. Bickel, a. a. O., S. 98; und H. Zopfi, a. a. O., S. 88 f.

23 Vgl. auch H. Zopfi, a. a. O., S. 90.

Die darauf folgende Zeit der Restauration (1815–1830) war wiederum eine Zeit politischer Vielfalt. Jeder Staat (Kanton) trieb auf eigene Rechnung und Gefahr Wirtschaftspolitik und Aussenhandel²⁴. — Es scheint, als ob das durch die Revolution einmal in Schwung geratene Pendel nicht wieder zur Ruhe kommen wollte. — So folgte dem ehemaligen Staatenbund der Einheitsstaat der Helvetik, der in der Restauration wiederum durch einen losen Staatenbund abgelöst wurde. — Waren die ersten Restaurationsjahre Hungerjahre²⁵, so folgte langsam eine wirtschaftliche Blüte. Der Lebensmittelmangel nach den napoleonischen Kriegen führte zu einer Reagrarisierung. Diese Erscheinung erstreckt sich über die Zwanzigerjahre des 19. Jahrhunderts und ist vor allem im Glarner- und Bündnerland anzutreffen. Eigenartigerweise nahm die Urschweiz daran kaum Anteil²⁶. — In unvergleichlich grösserem Masse aber wuchs die Industrie.

Regeneration und Liberalismus trugen das ihrige zur Zerstörung der alten, aristokratischen Staatsformen bei, und 1848 kam es zur Gründung des heutigen Bundesstaates. Die Abschaffung von kantonalen Post-, Zoll- und Münzhoheiten war dazu geeignet, die Zunahme der Industrialisierung zu fördern²⁷. Als Folge davon ist eine Beschleunigung des schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts relativ grossen Bevölkerungswachstums festzustellen, das erst mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges eine Unterbrechung erfuhr²⁸. Am geringsten war die Zunahme in der Innerschweiz, in Graubünden, in Glarus und in den beiden Appenzell, also in Bergorten. Es scheint jedoch, dass dieser Rückstand weniger auf eine abnehmende Zuwachsrate, als vielmehr auf die Abwanderung, begünstigt durch Verkehrstechnik, Industrie und Niederlassungsfreiheit, zurückzuführen ist²⁹.

Das Reislaufen wurde nach 1815 fast nur noch von wirtschaftlich rückständigen Kantonen getätigt, also von den Bergkantonen, wie zum Beispiel von der Innerschweiz und vom Wallis. Erst der Bundesstaat von 1848 räumte damit, abgesehen von wenigen Ausnahmen, die zum Teil noch bis heute erhalten sind, endgültig auf³⁰. Andererseits war man damals, bestärkt durch den Malthus'schen Gedanken, diesen Abwanderungen gar nicht sehr abgeneigt³¹.

24 Vgl. H. Zopfi, a. a. O., S. 93 f.

25 Vgl. auch H. Zopfi, a. a. O., S. 94 f.

26 Vgl. H. Zopfi, a. a. O., S. 34 f.

27 Möglicherweise könnten aus den Erfahrungen jener «Integration» wertvolle Rückschlüsse auf diejenige im europäischen Rahmen gezogen werden. Jedenfalls wäre es eine Untersuchung wert.

28 Vgl. W. Bickel, a. a. O., S. 113 f.

29 Vgl. auch W. Bickel, a. a. O., S. 136.

30 Eine besondere Form ist die noch heute bestehende Schweizergarde in Rom.

31 Vgl. W. Bickel, a. a. O., S. 160 ff.

Immerhin, so positiv diese ganze Entwicklung für das Wirtschaftsganze gewesen sein mag, so zeitigte sie doch für die Bergtöler problematische Wirkungen. Sie beherbergten nach wie vor als hauptsächlichen Wirtschaftszweig die Landwirtschaft. Bis um 1870, dem Zeitpunkt, da die Eisenbahnen in grösserem Masse aufkamen, genossen Ackerbau und Viehwirtschaft einen Entfernungsschutz. Allmählich wurden jedoch diese Produkte aus komparativ günstigeren Gebieten eingeföhrt, und an eine Schutzzollpolitik war im Zeitalter des Liberalismus nicht zu denken. Auf diese Weise wurde der Konkurrenzkampf der Berglandwirtschaft dermassen hart, dass wir in jener Zeit erneut eine starke Entvölkerung feststellen³². Ackerbau und Alpwirtschaft der Bergtöler beschränkten sich auf das Mass des zur Selbstversorgung Notwendigen.

Bis zum ersten Weltkrieg wurde die Schweiz zu einem kontinentalen Industriestaat von weltweiter Bedeutung. Die Arbeitskräfte wurden dank einer langanhaltenden Friedenszeit nicht mehr durch Kriegsdienste in Anspruch genommen. So nahm in den Jahren nach dem Deutsch-Französischen Krieg die Industrialisierung ein geradezu beängstigendes Tempo an. — Im Taumel des Liberalismus kehrte sich die Schweiz von der Selbstversorgung ab. Die Bergtöler büsstten damit einen grossen Teil ihrer Selbständigkeit und Eigenart ein³³, und ein weiteres Mal, wenngleich diesmal nicht mehr politisch, so doch wirtschaftlich bedingt, beginnen Mittelland und Städte eine dominante Stellung innerhalb des Staatsganzen einzunehmen.

Es muss dies für die Bergtöler eine schlimme Zeit gewesen sein. Der Rest der noch verbliebenen Bevölkerung suchte sich mit allen Mitteln zu halten. In der Verzweiflung stieg in einzelnen Gebirgstälern der Konsum gebrannter Wasser um ein Vielfaches, und richtete die alte Kraft zugrunde³⁴.

Die Urschweiz sonnte sich selbstgefällig im Ruhme längst vergangener Zeiten, nahm keinen Anteil am Fortschritt, wurde wirtschaftliches Zuschussgebiet und entartete bis 1914 zum historischen Museum³⁵.

Allerdings vermochte die Industrie in einigen Bergorten Fuss zu fassen, so zum Beispiel in den Kantonen Appenzell. In Inner-Rhoden fand vor allem die Textil-Heimindustrie Eingang, während sich in Ausser-Rhoden die Stickereiindustrie ansiedelte. Die Landwirtschaft wurde dadurch in diesen Gebieten zum Nebengewerbe. Eine ganz besondere Entwicklung

32 Vgl. dazu: H. Zopfi, a. a. O., S. 150 f.

33 Vgl. G. C. L. Schmidt «Der Schweizer Bauer im Zeitalter des Frühkapitalismus», Bern, 1932, S. 57 ff.

34 Vgl. H. Zopfi, a. a. O., S. 32 f.

35 Vgl. dazu: H. Zopfi, a. a. O., S. 41 f.

ist im Kanton Glarus festzustellen. Schon sehr früh fand sich dort eine arbeitstüchtige Baumwollindustrie mit Exportcharakter. Es war auch Glarus, der als erster Kanton den wirtschaftlichen Liberalismus in Frage stellte, indem auch die bergbäuerliche Wirtschaft auf einem leistungsfähigen Niveau erhalten wurde. Ausserdem fand sich dort bereits im 19. Jahrhundert das erste Fabrikgesetz³⁶. (Wenn die Abgrenzung der einzelnen Gebiete nach Kantonen erfolgt, so nur der Einfachheit halber. Tatsächlich stellen sie natürlich keine in sich abgeschlossenen Wirtschaftsgebiete dar.)

Im Berggebiet hat sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts eine neue Einkommensmöglichkeit entwickelt, der heute eine grosse Beachtung zukommt. Ich meine damit den Fremdenverkehr. Die Ursachen mögen im Bedürfnis nach der Natur, welches durch die Aufklärung geweckt und durch die Industrialisierung gefördert wurde, sowie in der Entwicklung der Transportmöglichkeiten zu suchen sein. Bereits um 1850 galten zum Beispiel Luzern, Interlaken und Zermatt als klassische Kurorte³⁷. Allerdings war dieser Einkommenszweig, und darin liegt sein Nachteil, von Anfang an sehr stark krisen- und konjunkturrempfindlich. —

Angesichts der Entwicklung fanden bald weitere Einschränkungen der freien Marktwirtschaft statt. So wurde bereits um 1900 der Landbau subventioniert. Die Verteilung der Zuschüsse erfolgte jedoch nicht nach der finanziellen Bedürftigkeit, sondern nach der Leistung³⁸, so dass die Bergtäler wiederum ins Hintertreffen gerieten. — Um 1902 sind erste sporadische Schritte zu einer Schutzzollpolitik, unter der Initiative des Bauernverbandes, festzustellen³⁹. Diese Bewegung dokumentierte zugleich die Absage der Bauern an eine arbeitsteilige Weltwirtschaft, deren Auswirkungen bis in die heutige Zeit reichen. Man dürfe, so wurde argumentiert, die Volkswirtschaft nicht von der Willkür der auf dem Weltmarkt dominierenden Agrarstaaten abhängig werden lassen. Andererseits, und das ist eine löbliche Seite, wurde der Wert der Industrie und deren Notwendigkeit nicht verkannt, zumal sie durch ihre Exporte die notwendige Kaufkraft schaffe. Diese Einstellung birgt jedoch eine Antinomie in sich, denn die Abnehmer der Industrieprodukte waren in der Hauptsache Agrarstaaten, die ihrerseits durch die Schutzzollpolitik verärgert wurden⁴⁰.

36 Vgl. H. Zopfi, a. a. O., S. 40 f.

37 Vgl. E. Schütz, «Der luzernische Fremdenverkehr in den letzten 100 Jahren», Luzern, 1952, S. 1 f.

38 Vgl. H. Zopfi, a. a. O., S. 176.

39 Vgl. auch H. Zopfi, a. a. O., S. 173.

40 Vgl. H. Zopfi, a. a. O., S. 200.

Aber auch in anderer Beziehung waren schon vor dem ersten Weltkrieg Anzeichen für eine allmähliche Abkehr vom Liberalismus zu erkennen. — Ein allgemeiner Geburtenrückgang, Hand in Hand mit zunehmender Überalterung und Verstädterung, liessen das Bedürfnis nach bevölkerungspolitischen Massnahmen aufkommen⁴¹. Ein Niedergang in der Stickereiindustrie, der vor allem die ostschweizerischen Kantone traf, liess auch auf industrieller Seite erste Zweifel an der Richtigkeit des wirtschaftlichen Liberalismus aufkommen⁴².

So kam es denn, und es musste nach einer Periode beinahe freier Marktwirtschaft so kommen, dass die Versorgung mit Agrarprodukten während des ersten Weltkrieges äusserst prekär wurde. Die Preise stiegen, und landwirtschaftliche Grundstücke wurden Gegenstand der Spekulation. — Bedingt durch einen verhängnisvollen Preissturz kam es dann in den Zwanzigerjahren zu einer landwirtschaftlichen Krise grossen Ausmasses. — Um die Wende des nächsten Jahrzehnts folgte, verursacht durch die weltumfassende Wirtschaftskrise, ein weiterer Zusammenbruch, in den allerdings in erster Linie die Industrie hineingezogen wurde. — Auf Grund all dieser Erfahrungen bildete sich in der Folge langsam ein rechtlicher Sonderstand der Landwirtschaft heraus. Der landwirtschaftlich genutzte Boden wurde von der freien Marktwirtschaft allmählich losgelöst.

Nun erst wird das Bergproblem, resp. dessen wirtschaftliche Komponente, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich und bekannt gemacht. 1924 führte die Motion Baumberger im Nationalrat zu einer ersten gründlichen Untersuchung⁴³.

Im Wallis, im voralpinen Bernerland sowie in Bünden konnte sich der Ackerbau neben der Viehwirtschaft noch halten, da die konservativen Bauern an einem maximalen Grad von Selbstversorgung festhielten. Als Vorteil erwies sich der in den Bergtälern noch sehr oft vorhandene Gemeinbesitz. Er wurde Voraussetzung der Reagrarisierung der alpinen Schweiz in den Jahren 1939/40⁴⁴. Dies mag unter anderem mit ein Grund gewesen sein, weshalb die schlimme Erfahrung des ersten Weltkrieges sich nicht in ähnlichem Masse auch während des zweiten zeigte⁴⁵.

Durch die neue Etappe der industriellen Revolution, die jetzt im Gange ist, die Automation, werden den Bergtälern wiederum zusätzliche Pro-

41 Vgl. W. Bickel, a. a. O., S. 175 f.

42 Vgl. dazu: W. Bickel, a. a. O., S. 191 ff.

43 Vgl. dazu: Handb. d. schw. V.W., a. a. O., S. 222 f., und: Bericht des Bundesrates zur Motion Baumberger, vom 14. II. 30.

44 Vgl. H. Zopfi, a. a. O., S. 158.

45 Die Erfahrungen der beiden Weltkriege mögen zu der Haltung beitragen, die die schweizerische Landwirtschaft heute gegenüber einer europäischen Integration einnimmt.

bleme erwachsen; doch besteht die Möglichkeit einer günstigeren Politik, indem die erste Etappe und ihre Auswirkungen als Erfahrungsobjekt zur Verfügung stehen. — Diese Entwicklung bietet aber auch Chancen, so zum Beispiel die Möglichkeit der Verlagerung von Industrien in die Bergtäler⁴⁶.

46 Näheres darüber findet sich in Kap. III, 2.

III. SPEZIFISCHE EIGENARTEN UND PROBLEME DER SCHWEIZERISCHEN BERGTÄLER

Erst durch den vorangegangenen, kurzen historischen Überblick können diese Eigenarten und Probleme richtig verstanden werden. Die eigentlichen Schwierigkeiten haben nicht einen kurzen, sporadischen Charakter, sondern sind vielmehr tief verankert. So wird denn eine allfällige Lösung auch nicht von heute auf morgen zu erwarten sein, da Zustände, die in einer langen Tradition gewachsen sind, nur sehr langsam und vorsichtig verändert werden können.

Dieses Kapitel wird zu meinem Hauptanliegen überleiten, dem Anliegen, diejenige Problematik zu analysieren, die diesen spezifischen Fragen vorgelagert ist.

1. Soziologische Eigenarten und Probleme

Nicht nur die soziologischen, sondern auch die wirtschaftlichen Eigenarten, die ein buntes, vielfältiges Bild darbieten, sind letzten Endes durch den Raum bedingt. Allerdings, und diese Tatsache ist kaum zu leugnen, ist diese Vielfalt dem heutigen, umfassenden Nivellierungsprozess unterworfen. Verständlicherweise ist diese Entwicklung überall dort stärker fortgeschritten, wo durch Industrie und Fremdenverkehr grössere Menschenanhäufungen in städtischer Form erfolgt sind.

Die Bergtäler sind an sich für eine Besiedlung recht ungünstig geartet. Die topographische Beschaffenheit des Gebietes erlaubt keine Agglomerationen von Menschen, wie sie im Flachland in Form von Grosstädten möglich sind, und wie es dem heutigen Zeitgeist und der Grossindustrie entspräche. Eine reiche Zahl von Haupt- und Seitentälern zwingt die Menschen vielmehr zur Dezentralisation. Nur in einigen wenigen, grossen Talschaften sind relativ kleine Städte, in den übrigen jedoch nur Dörfer und Weiler, sowie über weite Flächen zerstreute Einzelgehöfte zu finden. In dieser naturbedingten Dezentralisation liegt die Hauptursache des Charakteristikums, dass die Bewohner der schweizerischen Bergtäler keine abgeschlossene, soziologische Einheit bilden. Es sind vielmehr Gruppen, welche durch Berge, durch Täler, Gletscher und Wälder ein voneinander weitgehend getrenntes Dasein fristen, und dabei eine unglaublich vielfältige individuelle Wesensart entwickeln¹.

¹ Vgl. A. Günther, a. a. O., S. 13.

So nennt man beispielsweise den Appenzeller einen Materialisten, einen «Meckerer und Nörgler», während der Bündner ein eher ernstes Naturell habe. Der Glarner gilt als streitlustig und unternehmend, der Berneroberrländer als aufgeschlossen und freimütig, während dem Ur-schweizer ein grosses Mass an Eigenwillen zudedacht wird. Von den Wal-lisern spricht man als von harten und entschlossenen Naturen².

Auch Sprache, Sitte und Kultur weisen durch eine lange, organisch ge-wordene Entwicklung Eigenarten auf. Eine Vielfalt von eigenwilligen Dialekten, von bunten Sitten und alteingeführten Gebräuchen wird er-gänzt durch eine den einzelnen Talschaften charakteristische und eigen-artige Bauweise. — Und doch liegt gerade dieser Mannigfaltigkeit, in ihrem Werden, eine tiefe Gemeinsamkeit zu Grunde.

Ein Merkmal dieser Gemeinsamkeit ist durch die umfassende Dezen-tralisation als allgemeine Erscheinung gegeben. Aber auch andere Kri-terien tragen dazu bei. Eine rauhe, wirtschaftlicher Erschliessung abholde Umwelt schafft durchwegs harte und härteste Lebensbedingungen, was in einer relativ geringen Bevölkerungsdichte seinen sprechenden Aus-druck findet. Die Tabelle 1 vermag das zu bezeugen³.

Gemeinsam ist auch die ständige Bedrohung durch die Naturgewalten. Sei es, dass die in den Talsolen fliessenden Wasserläufe arge Überschwem-mungen verursachen, oder dass Lawinen, Steinschlag und Felsstürze von den umfassenden Berghängen drohen; stets werden diese Menschen an ihre Abhängigkeit von der Natur in eindrucklicher Weise erinnert.

Ganz allgemein lässt sich feststellen, dass mit zunehmender Höhen-lage diese lebenserschwerenden Umweltfaktoren sich in verstärktem Masse geltend machen, was sich darin äussert, dass die ohnehin schon geringe Bevölkerungszahl abnimmt (vgl. Tabelle 1).

Diese äusserst starke räumliche Gebundenheit der Gesellschaft der Bergtäler lässt sich vielleicht nur mit der Gebundenheit der Bewohner von Wüsten vergleichen⁴. Erst wenn man diese Umwelt kennt, wird das Wesen, werden die Eigenarten der Bergbevölkerung verständlich. Erst vor diesem Hintergrund lassen sich ihre Handlungsweisen verstehen und begreifen.

Gemeinsamkeit besteht auch in einem stark verankerten National-gefühl. Dazu mag beitragen, dass alle diese Gebiete, wie es aus dem ge-schichtlichen Teil hervorgeht, eine in ihren grossen Zügen ähnliche Ent-

2 H. Zopfi, a. a. O., S. 43 / Dieser Umstand könnte beispielsweise Variationen ein und derselben Massnahme notwendig machen, nur um der verschie-denen Reaktionsweise gerecht zu werden.

3 W. Ryser, «Gebirgslandwirtschaft in der Schweiz», Brugg, 1954, S. 12.

4 Vgl. A. Günther, a. a. O., S. VIII.

wicklung aufweisen. Es ist wiederum vielsagend und mag das bisher Festgestellte bestätigen, dass die Orte, die die Demokratie in ihrer direkten Form zu erhalten vermochten, Gebirgsorte sind.

Tabelle 1
Bevölkerungsdichte im Jahr 1950*

Gliederung	Einwohner pro km ²		
	Gesamtareal	Produktionsareal	Kulturland i. e. S.
Schweiz	114	149	396
Berggebiet	26	36	196
Unterland	279	332	482
FAO-Gemeinden**			
bis 700 m ü. M.	61	72	250
700–1000 m ü. M.	43	50	190
über 1000 m ü. M.	15	23	167

* Vgl. Sonderheft 66 der «Volkswirtschaft» (EVD) Bern 1959 «Die wirtschaftliche und soziale Lage der schweizerischen Bergbevölkerung». Tab. 15, S. 18. (Später nur noch als Sonderheft 66 der «Volkswirtschaft» zitiert.)

** Unter FAO-Gemeinden sind 55 Alpengemeinden zu verstehen, die nach besonderen Gesichtspunkten ausgewählt wurden und einen repräsentativen Durchschnitt darstellen. Sie wurden nicht nur nach der Höhenlage gegliedert, sondern auch in Landwirtschafts-, Fremdenverkehrs- und Industriegemeinden unterteilt. Vgl. Sonderheft 66 der «Volkswirtschaft», S. 8 f.

Gemeinsam wiederum lebt in diesen Menschen ein überaus grosses Freiheits- und Unabhängigkeitsgefühl. Ihre notgedrungene Bescheidenheit und ein zuweilen grosses Mass an Hauswirtschaft vermindert ihre Abhängigkeit; ihr Kampf gegen und mit der Natur wird zur Quelle ihres Freiheitsdranges.

Es sind dies wohl zugleich Hauptursachen, die ein besonderes Verhältnis gegenüber der Religion bedingen⁵. Die ständig greifbare Nähe der Natur lässt in diesen Menschen das Bewusstsein um etwas Höheres wach werden. Sie können sich nicht mit dem Hier und Jetzt begnügen, sondern brauchen einen Halt, etwas, das ihrem Kampf um das Dasein Sinn und Inhalt verleiht. — Religionen und überlieferte Werte werden denn auch in den Bergen noch stärker geglaubt. Eine echte Gebundenheit an das Jenseits ist noch nicht zu einem Ausnahmefall geworden. Jedenfalls ist sie noch von weit grösserer Bedeutung, als dies bei den Bewohnern des Mittellandes der Fall ist.

⁵ Gemeint ist hier keine besondere Konfession, sondern Religion schlechthin.

So finden zahlreiche öffentliche Prozessionen, spezielle Bettage und andere kultische Handlungen statt, in welchen um Schutz vor schädigenden Naturereignissen oder um reiche Ernte gebeten wird. In Emdb zum Beispiel, einem Bergdorf im Wallis, finden spezielle und ernst genommene Gebetstage mit Prozessionen gegen Lawinen und Steinschlag statt⁶.

All das mag ein Zeugnis dafür sein, daß diese Menschen die Transzendenznähe noch nicht in grossem Masse eingebüsst haben. Ihr Leben bewegt sich in relativ einfachem Rahmen, und es ist weitgehend noch nicht so, dass täglich tausend neue Dinge und Eindrücke, die unverarbeitet bleiben und deshalb eine anonyme Unzufriedenheit schüren, auf sie einströmen.

Als wesentlich erscheint mir auch, dass die Religion noch nicht ein, aus den anderen ausgespartes, besonderes Lebensgebiet geworden ist. Sie lebt vielfach noch in den alltäglichen Verrichtungen und Arbeiten mit, ist mit ihnen eins. Noch ist die fragwürdige Entwicklung nicht so weit fortgeschritten, dass der religiöse Gedanke und die einzelnen Lebensgebiete getrennt sind, und dass dabei vielleicht nur noch eine Stunde am Sonntagmorgen der Besinnung gewidmet wird.

Wenn das über die Religion Gesagte heute auch nicht mehr mit voller Überzeugung für alle Gebiete ausgesprochen werden kann, so steht doch fest, dass die Entwicklung von einer transzendentalen Gebundenheit weg in unserem Erkenntnisobjekt noch weit weniger fortgeschritten ist als im Mittelland, und besonders weniger als in den grossen, industrialisierten Städten.

Aus dieser Haltung heraus lassen sich nun positive und negative Wirkungen erklären:

Das, was einen grossen Teil der Haltlosigkeit unserer Zeit ausmacht, das Hinnehmen der Institutionen des materiellen Wohlstandes mit einer beängstigenden Selbstverständlichkeit; diese Demokratie und Freiheit gefährdende Entwicklung ist weniger ausgeprägt vor sich gegangen. Der Grad der Bewusstseinsentfaltung, des Verantwortlichkeitsgefühls gegenüber Familie und Volk ist stärker. Das demokratische Prinzip ist besser gewahrt, und vor allem wird dadurch die Gefahr der Anfälligkeit für Ideologien herabgemindert. Ihr steht die natürliche Abwehrkraft der Transzendenznähe in Form des Glaubens entgegen⁷.

Ebenso ist dadurch der Vermassung und dem Interventionismus eine Schranke gesetzt. Die notwendigen Gegenkräfte, über die noch zu berichten sein wird, sind in ursprünglicher Weise vorhanden⁷.

6 Vgl. A. Imboden, «Die Produktions- und Lebensverhältnisse der Walliser Hochgebirgsgemeinde Emdb», Brugg, 1956, S. 15.

7 Ich verweise dazu auf das folgende Kapitel, in dem die staatlichen Grundlagen und Probleme eingehend behandelt werden.

Und doch hat diese Gebundenheit, ganz abgesehen von der materiellen Bedürftigkeit der Bewohner dieser Gebiete (die indirekt eine Ursache ist), auch ihre Schattenseiten. Hand in Hand mit dieser Naturnähe und Abhängigkeit geht ein ausserordentlich starker Aberglaube, eine ausgiebige Tabuierung, die für uns oft unverständlich ist. Ich kann hier im einzelnen nicht darauf eingehen, auch fehlen mir die dazu notwendigen Grundlagen, doch muss festgehalten werden, dass diese Unsitten zuweilen eine starke Beeinträchtigung zur Folge haben, dass der Mensch in gewissem Sinne Sklave solcher, eher primitiver Machenschaften wird und darunter unnötigerweise leidet⁸.

Die Mehrheit der Bergtälervölkerung besteht aus Bauern. Abgesehen davon, dass die geschilderten Charakteristika bei ihnen stärker zu Tage treten, muss man sich doch stets vor Augen halten, wie einfach denkend der Bergbauer durchschnittlich ist⁹. «In psychologischer Beziehung bestehen zwischen den Bergbewohnern und der Bevölkerung des Mittelandes, zwischen den Bergbauern und den Mittellandbauern, grosse Unterschiede. Der Gebirgsbauer ist im allgemeinen konservativer und individualistischer als sein Kollege im Flachland, er lässt sich von Aussenstehenden, von Behörden oder Verbänden nicht gerne dreinreden. Technischen und wissenschaftlichen Neuerungen steht er oft zurückhaltend gegenüber und macht davon nur widerwillig Gebrauch»¹⁰. Oft fehlen die geistigen Voraussetzungen, die erforderlich wären um eine betriebswirtschaftliche Schrift oder sonst eine helfende Lektüre zu lesen und zu verstehen. Die Begriffe, die dazu Voraussetzung wären, sind nicht vorhanden noch wird deren Notwendigkeit eingesehen. Dass bei Geistesarbeit der sichtbare Erfolg, der bei körperlicher Arbeit auf dem Fusse folgend sich einstellt, nicht greifbar ist und oft erst nach langer Reifezeit fühlbar wird, wirkt auf die entsprechende Initiative hemmend. Zuweilen wird der Erfolg geistiger Arbeit vom Bergbauern überhaupt in Frage gestellt⁹. Noch eindrücklicher wird diese Tatsache, wenn wir festhalten, dass auch die meisten Bergbewohner, die heute in nicht bäuerlichen Berufen tätig sind, noch in ihrer zweit- oder drittorderen Generation von Bauern abstammen.

Freilich, und das ist das Positive dieses Bedürfnisses nach Handfestem, Konkretem und dieser relativen Ablehnung alles Theoretischen, muss dem gegenübergehalten werden, dass die emotionelle und verstandesmäßige Verbundenheit des Bergbauern mit seiner Arbeit recht beträcht-

8 Vgl. dazu: A. Imboden, Embd a. a. O., S. 14 und 82.

9 Vgl. G. Hüberli, «Voraussetzungen zur erfolgreichen bergbäuerlichen Selbsthilfe», Brugg, 1955, S. 10 f.

10 G. Winterberger, «Die Entvölkerung der Bergtäler und die Bergbauernfrage», in: NZZ v. 25. 3. 56 (Sonntagsausgabe Nr. 860).

lich ist, und nicht, wie das in der im Mittelland vorherrschenden Industrie der Fall ist, auf ein Mindestmass abzugleiten beginnt. — «Aber für das Bewusstsein aller Arbeitenden ist doch entscheidend, was gearbeitet wird, zu welchem Ziel, mit welchem Sinn, und wie dieses dem Arbeitenden in seinem Bewusstsein gegenwärtig wird»¹¹. Bei der heutigen Auflösung der Arbeit in unzählige, eintönige Einzelprozesse wird allzu selbstverständlich vorausgesetzt, es sei lediglich das System der menschlichen Bedürfnisse nach Nahrung, Wohnung und Kleidung, das die Arbeit bestimme¹². Das Negative dieser Nichtverbundenheit mit der Arbeit zeigt sich in den psychologischen Folgeerscheinungen. — Kompensatorisch zu der Verminderung der Konzentration auf, und der Verbundenheit mit der Arbeit, stellt sich die Sucht nach Zeitvertreib ausserhalb der Arbeitsstunden ein. Die Arbeit wird nur noch als notwendige, jedoch unangenehme Beschäftigung zwischen den Freizeiten betrachtet. Es ist dies denn auch der Beginn der Angst vor der Langenweile, der für diesen Typus kennzeichnend ist¹³. — Was das betrifft, scheint es absolut gerechtfertigt, wenn von der Bergbevölkerung zuweilen als von einem Reservoir gesunden Menschentums gesprochen wird.

Eine, wenn auch nebensächliche Eigenart ist die, dass der Bergbauer nicht gerne Almosen annimmt¹⁴. Wohl mag dem ein gewisses Geltungsbedürfnis zu Grunde liegen, und zwar insofern, als er vor seinem Nachbarn nicht gerne als bedürftig erscheinen will. Man mag eine solche Eigenart als rückständig bezeichnen, man mag sie als ungut betrachten; sicher ist jedoch, dass sie der Nivellierungstendenz entgegenwirkt. Aber ebenso sicher ist es, dass dieses Charakteristikum durch die grosse Zahl der kollektiven Hilfsmassnahmen verwässert wird. — Vielleicht deutet die sich anbahnende Selbstverständlichkeit des Nehmens gerade auf ein Zuviel hin?

Aus dieser eigenen Wesensart der Bergtalbewohner, die hier im Vergleich zu den Bewohnern des Mittellandes hervorgehoben wurde, ergibt sich nun aber auch die soziologische Hauptproblematik in Bezug auf unser Erkenntnisobjekt. Gemeint ist die potentielle Spannung zwischen dem industrialisierten Mittelland einerseits und der Bergtalbevölkerung andererseits. Wenn der Bergtalbewohner — und damit ist vor allem die jüngere Generation gemeint — Vergleiche anzustellen beginnt, wenn dadurch seine überkommene Wertauffassung ins Wanken gerät, und wenn er sich, den möglichen materiellen Wohlstand vor Augen, benachteiligt

¹¹ K. Jaspers, *Geschichte a. a. O.*, S. 106.

¹² Vgl. K. Jaspers, *Geschichte a. a. O.*, S. 107.

¹³ Vgl. dazu auch: G. Gorer, «Die Amerikaner», Hamburg, 1956, S. 98.

¹⁴ Vgl. G. Hüberli, *a. a. O.*, S. 9.

fühlt, dann wird diese Spannung aktuell und äussert sich in Form der Abwanderung in die Industrie und in die Grosstädte.

Der so denkende Bergtalbewohner leistet auf diese Weise seinem Bedürfnis nach Aufstieg innerhalb der sozialen Stufenleiter, deren Masstab weitgehend der materielle Wohlstand ist, Folge, und vergisst dabei einen wesentlichen Faktor. Die individuelle Zufriedenheit, die er in seinem Innersten sucht, ist damit keineswegs identisch. Die Ursachen der Unzufriedenheit verschieben sich lediglich auf eine andere Ebene. — Ausserdem ist die Wertung der Sorgen und Nöte ein höchst individueller Vorgang, der sich nach persönlichem Empfinden richtet. Ich will damit sagen, dass Sorgen und Nöte irgendwie analog dem Grenznutzenprinzip aufzufassen sind, dass also ein bestimmtes Mass an Sorgen vom Unbeschwerten härter empfunden wird als von einer an die Sorge gewohnten Person. — Diese Einsicht wäre freilich dazu angetan, die besprochene potentielle Spannung zu vermindern, doch müsste sie, und das scheint mir nahezu unmöglich, bewusst gemacht werden können.

Aus dieser Betrachtung der Eigenarten einer soziologischen Gruppe gegenüber einer anderen mag überhaupt eine, der heutigen Zeit zu Grunde liegende Antinomie zu uns sprechen. Soll letzten Endes der Wohlstand in seiner heutigen begrifflichen Form, mit all seinen bedauerlichen Nebenwirkungen, gefördert werden, oder aber sollen die überlieferten, freiheitsbestärkenden und massenfeindlichen Werte innerhalb einer relativen materiellen Armut erhalten bleiben? — Haben diese beiden Möglichkeiten ausschliesslichen Charakter, oder ist noch eine dritte Lösung möglich? — Die Beantwortung dieser Frage muss der Geschichte überlassen bleiben. —

Die soziologischen Zustände wie sie in den Bergtälern, aber auch, vielleicht mit anderen Akzentuierungen, überall dort herrschen, wo Menschen miteinander in Gemeinschaft leben, sind Zustände, die als Last, zuweilen als Problem empfunden werden. Woher stammt diese Empfindung von etwas Unvollendetem, von etwas zu Besserndem?

Es ist eine gründliche Absage an jegliche Idealisierung, wenn man glaubt, dass alle so gearteten Empfindungen schliesslich auf gegebenen Vergleichsmöglichkeiten beruhen; wenn man annimmt, dass keine absolut richtige Form existiere, noch zu erreichen sei.

Der Arme vergleicht sich innerhalb der Bergtäler mit dem Wohlhabenden und findet dabei, dass ihm recht eigentlich ein hartes Leben beschieden sei. Solche Gedanken konnten sich früher, als die Idee der Gleichheit aller Menschen noch nicht zur Forderung geworden war, nicht zu allgemeinen Problemen auswachsen. Heute hingegen, da weder absolute Standesgrenzen, noch genügende Einsicht in die tatsächlich verschiedenen Voraussetzungen einzelner Menschen bestehen, mischt sich sol-

chen Vergleichen ein neues Element bei, welches sich in vermeintlich legitimen Ansprüchen auf Besser- und Gleichstellung, und, da das nicht möglich ist, in Ressentiments äussert. Es hat sich ein neues Empfinden von «Gerechtigkeit» herangebildet, welches den Vergleich als Motor hat.

Nicht nur vergleicht sich der Arme mit dem Reichen, die Bergtäler als Ganzes werden mit dem Unterland verglichen, was notwendig zur Folge hat, dass jenes Leben als Problem empfunden wird. In gleicher Weise werden Nationen, werden Erdteile, ja sogar Machtblöcke miteinander verglichen. Das stillschweigende *ceteris Paribus* führt dabei natürlich zu bedeutenden Fehlschlüssen.

Mit diesen naheliegenden Vergleichen geht Hand in Hand die Vorstellung einer Idealgesellschaft. Auch sie ist, meist unbewusst, Masstab; aber sie ist es immer in der Weise, dass ein im allgemeinen besseres Leben als wünschenswert betrachtet wird, ohne dass man sich jedoch einen konkreten Zustand vorstellte. Aber auch diese, den Mantel von etwas Absolutem tragende Idee ist, wenn wir ihr auf den Grund gehen, nichts anderes als eine Tatsache rein menschlichen Ursprungs, nichts als ein Bild, das sich im Laufe einer langen Kulturentwicklung, auf Grund einer vorherrschenden Weltanschauung gleichsam eingepägt hat, um später als vermeintliche Wahrheit wieder zum Vorschein zu kommen. Dabei sollte doch schon allein die Tatsache, dass solche Empfindungen ihren Sitz in der Gefühlswelt haben, Misstrauen erwecken. Selbst der Umstand, dass vorherrschende Konfessionen dabei Geburtshelferdienste leisteten, vermag den Ursprung dieser Ideen nicht zu verdecken.

So liegen also den soziologischen Problemen der schweizerischen Bergtäler zwei Ursachen zu Grunde: einmal die gesellschaftliche Wertung unserer Zeit als Vergleichsmasstab, und zum anderen der Vergleich mit dem Unterland als Vergleichsobjekt. Erst nach Kenntnis dieser Ursachen lassen sich die Probleme darstellen.

Die gesellschaftliche Wertung unserer Zeit trägt durchaus materielle Züge. Wird dieser Masstab als Vergleichsbasis zum Mittelland benützt, so darf es uns nicht erstaunen, dass die Gesellschaft der Bergtäler, um die es tatsächlich materiell schlechter bestellt ist, sich als Problem empfindet; als Problem, das auf demokratischer Basis und auf Grund der, in der christlichen Ethik vorhandenen Überzeugung, dass dem Leidenden geholfen, die Armen unterstützt werden müssten, nach einer möglichst guten Lösung drängt.

Freilich — und darin liegt etwas Unangenehmes, etwas Beängstigendes — wird dadurch der Weg einer ausgiebigen Nivellierung beschritten, der Weg einer Gleichschaltung und Gleichbehandlung grundsätzlich verschiedener Menschen. — Es gibt aber tatsächlich von Natur aus, mögen

sie auch in einer grossen Minderheit sein, überragende Menschen. Ebenso gibt es eine grosse Zahl durchschnittlicher und unbedeutender Menschen. Ist es nicht doch so, dass die Gleichschaltung keine Forderung der Natur sein kann, dass diese vielmehr dadurch vergewaltigt wird, dass Überdurchschnittliches dem Unterdurchschnittlichen zum Opfer gebracht wird, auf dass endlich alles gleich sei?¹⁵ Ist es nicht so, dass vielleicht gerade hierin eine Wurzel der Vermassung gesucht werden muss?

Ich frage mich weiter, ob mit diesem Grundproblem, man mag es nennen wie man will, nicht ein Thema angeschnitten wurde, gegenüber dem das Thema dieser Arbeit zur unbedeutenden Frage hinabsinkt; ob es sich nicht um eine Krebskrankheit handelt, die bedrohlich hinter unserer Zeit lauert, und ihr schon heute ihren unverkennbaren Stempel aufdrückt?

Doch ich bin, indem ich nach den Ursachen der zu beschreibenden Problematik fragte, vom eigentlichen Thema abgekommen. — Das wesentlichste soziologische Problem der Bergtäler ist das der Abwanderung, der Entvölkerung. Dessen Bedeutung dürfte aus der Tabelle 2 ersichtlich werden:

Tabelle 2

Entwicklung der schweizerischen Bevölkerung seit 1850 (Index 1850 = 100)*

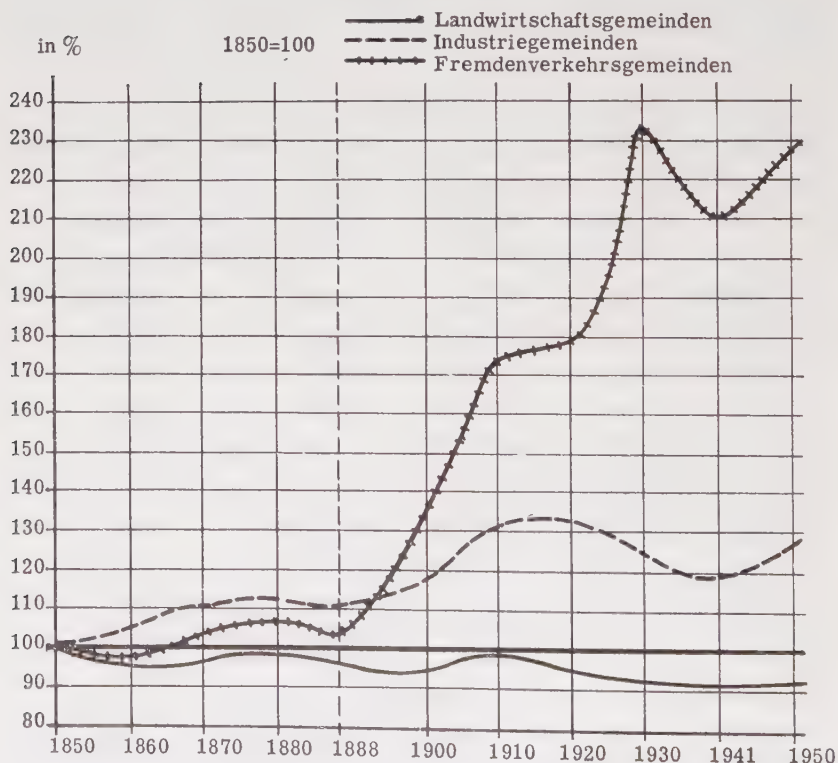
Zähljahr	Schweiz. Gesamt- bevölkerung	Unterland- Bevölkerung	Bergbevölkerung	
			Index	in % der Gesamt- bevölkerung
1850	100	100	100	25,8
1860	104,9	105,5	103,2	25,4
1870	111	112,7	106	24,7
1880	118,3	121,5	109,4	23,9
1888	121,9	126,9	107,7	22,8
1900	138,6	148	111,5	20,8
1910	156,9	171,2	115,7	19,1
1920	162,2	179	114	18,2
1930	169,9	189,8	112,9	17,2
1941	178,3	201,8	110,8	16,0
1950	196,9	226	113,9	14,9

* Vgl. Sonderheft 66 der «Volkswirtschaft», Tab. 16, S. 19.

¹⁵ Karl Löwith «Nietzsche» Fischer-Bücherei, Frankfurt und Hamburg, 1956, Seite 132 ff.

Aus der Volkszählung von 1950 ergab sich, dass rund 50% aller Berggemeinden weniger Einwohner hatten als noch vor 100 Jahren. Diese Tendenz tritt noch eindrucklicher zu Tage, wenn wir folgenden Vergleich anstellen: Während die gesamtschweizerische Bevölkerung, die der Bergtälern also schon eingeschlossen, von 1850 bis 1950, also in 100 Jahren, um fast 100% gestiegen ist, hat diejenige der Bergtälern in der gleichen Zeit einen Zuwachs von nicht ganz 14% zu verzeichnen. Lebten noch 1850 ca. 25% der Gesamtbevölkerung im Berggebiet, so waren es 1950 nur noch rund 15%. Diese Abwanderung war begreiflicherweise in jenen Tälern am stärksten, in denen weder Industrie noch Fremdenverkehr Fuss fassen konnten, oder in denen die vorhandene Industrie nicht mit der Zeit Schritt zu halten vermochte.

Entwicklung der Bevölkerung in den FAO-Gemeinden nach Erwerbsklassen



~ Siehe Sonderheft 66 der «Volkswirtschaft» Graphik Nr. 2, S. 20.

Der Umstand, dass es sich bei den Abwanderern meistens um junge Leute im eigentlichen erwerbsfähigen Alter handelt, ist keineswegs dazu geeignet, das Problem zu dämpfen, zumal eine gewisse Überalterung der zurückgebliebenen Bevölkerung dessen Resultat ist.

Damit wird aber nicht nur, und das scheint mir das Wesentliche, die Altersstruktur verändert, sondern die Entvölkerung erhält einen kumulativen Effekt, da gerade diejenigen Altersstufen, die das Wachstum einer Bevölkerung bestimmen, abnehmen. So kann man zum Beispiel im Kanton Tessin bereits eine negative Geburtenzuwachsrate feststellen¹⁶.

Nicht selten findet man ausserdem die Auffassung vertreten, dass sich im Zuge dieser Wanderung eine negative Auslese bemerkbar mache, d. h., dass vor allem die initiativen und anpassungsfähigeren Elemente wegziehen, die weniger Intelligenten und die Schwerfälligeren aber zurückbleiben. Es ist sehr schwierig zu diesem Punkt Stellung zu nehmen oder ihn gar abschliessend zu beurteilen. Immerhin ist dagegen Folgendes einzuwenden: «Es darf aber festgehalten werden, dass man in vielen Alpentälern einen sehr aufgeweckten und schlagfertigen Menschentypus findet, der bezüglich Intelligenz und Vitalität jeden Vergleich mit der Bevölkerung des Unterlandes aushält. Das demokratische Empfinden und eine in politischer Hinsicht besonders wertvolle Unbefangenheit des Charakters, sowie eine starke Traditionsverbundenheit können gerade in den Angehörigen von Bergbauerngemeinden stärker als bei Stadtbewohnern entwickelt sein. Wirtschaftlicher Erfolg, Reichtum und positive Auslese dürfen einander nicht gleichgesetzt werden!»¹⁷.

Bis jetzt war nur von Abwanderung oder Entvölkerung die Rede. Es wäre eine zu grobe Verallgemeinerung, würde man nicht noch einige wichtige Unterabteilungen dieser Begriffe hervorheben. Die Wanderung von den Bergtälern in das Unterland lässt sich gliedern in Wanderungen in die Städte und in die Industrie, oder in solche auf das Land, d. h. wiederum in die Landwirtschaft. Im ersten Fall sprechen wir von Verstädterung und von Landflucht. Es besteht kein Zweifel, dass diese Spielart der Wanderung die bedeutendere ist. Als Landflucht wird aber auch der Tatbestand bezeichnet, wenn innerhalb eines Bergtales oder innerhalb des Unterlandes Leute von der Landwirtschaft in die Industrie wechseln. So braucht also Landflucht nicht unbedingt das zu sein, was mit unserem Begriff Abwanderung und Entvölkerung gemeint ist; ja, die Landflucht kann sogar als wünschenswert erscheinen, wenn in den Bergtälern Industrien angelegt werden.

¹⁶ Vgl. Handb. d. schw. V. W., a. a. O., S. 222.

¹⁷ G. Winterberger, Entvölkerung a. a. O. (NZZ).

Diese Spielarten der Wanderung können ausserdem auch nur saisonal erfolgen. — Die hier vorgenommene Gliederung wird statistisch nicht erfasst, doch, so scheint mir, vermag die Tabelle 3 einen Eindruck von der Tragweite dieser Tatsache zu vermitteln.

Tabelle 3
Zusammenstellung über die Wanderungen*

Gliederung	Endgültige Abwanderung in den Jahren 1951–55		Saisonwanderung im Jahr 1955			
			Abwanderung		Zuwanderung	
	absolut	auf 1000 Einw.	absolut	auf 1000 Einw.	absolut	auf 1000 Einw.
FAO-Gemeinden	2332	16,3	393	11,4	5288	129,1
Landwirtschaftliche Gemeinden	1924	18,9	332	9,6	1809	88,9
Fremdenverkehrsgemeinden	175	4,2	26	3,1	3301	394,5
Industriegemeinden	233	3,8	35	2,9	178	14,5

* Vgl. Sonderheft 66 der «Volkswirtschaft» Tabelle 29, S. 28.

Die hohe Zuwanderungsquote bei der Saisonwanderung ist in erster Linie durch den Fremdenverkehr bedingt. Bei den Landwirtschaftsgemeinden hat die grosse Zuwanderung ihre Ursache in der Einstellung von landwirtschaftlichen Hilfskräften. Gerade diese hohe Zuwanderungszahl ist nicht zuletzt durch die endgültige Abwanderung bedingt.

Verstädterung einerseits — soweit es sich um mittelländische Städte handelt — und die Landflucht andererseits — soweit sie sich auf Leute bezieht, die aus den Bergtälern abwandern — sind die beiden hauptsächlichsten Aspekte, die uns hier interessieren. Hinzu kommt — jedoch messe ich dieser Erscheinung geringere Bedeutung bei — die landwirtschaftsinterne Wanderung vom Bergtal in das Unterland. Worin liegen die greifbaren Beweggründe dieser Entvölkerung?

Zwischen den Bergtälern einerseits und dem Mittelland andererseits besteht, am Masstab einer durchschnittlichen gesellschaftlichen Wertung gemessen, ein beachtlicher Unterschied. — Sind dort die Einkommensmöglichkeiten quantitativ und qualitativ beschränkt, so sind sie hier im allgemeinen in genügender Zahl vorhanden. Muss dort der Mensch, nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus technischen und naturbedingten

Gründen auf eine ganze Anzahl von Möglichkeiten zur Verbesserung des Lebensstandards verzichten, so bieten sich ihm in der Stadt und in der Masse unzählige Gelegenheiten diesen, seinen Wünschen zu huldigen. — Besteht dieser Potenzunterschied schon an sich, so wird er durch die heutigen Kommunikationsmittel wie Radio, Fernsehen, Telephon, Zeitungen u. a. m., sowie durch eine ausserordentlich grosse Reiselust, verbunden mit einer gewaltigen Erleichterung der Reisemöglichkeiten, noch bedeutend aktiviert. Küng¹⁸ bezeichnet die Blendwirkung, die von der Motorisierung, vom Film, von der Reklame oder von den illustrierten Zeitungen ausgeht, als Demonstrationseffekt. Er demonstriert dem, in irgend einer Weise schlechter Gestellten (also jedermann), wie er es «haben könnte», und dieser Effekt wird desto grösser, je mehr die gesellschaftliche Transparenz zunimmt. — So sind viele technische Errungenschaften dazu angetan, der Bevölkerung der Bergtäler diesen Unterschied schmerzlich bewusst zu machen. Eine bedeutende Rolle — und das möchte ich besonders betonen — spielt dabei die moderne Werbung. Indem sie, die vor nichts Halt macht, auch in die Bergtäler unbegrenzten Eingang findet, hält sie stets ungezählte Möglichkeiten bereit, schon vorhandene Bedürfnisse zu bekräftigen und neue in beliebiger Zahl zu schaffen. Ihre Realisierung erweist sich in den meisten Fällen als unmöglich und erzeugt damit einen unbewussten Hader mit dem Schicksal, eine «Kluft zwischen erreichbarem und erreichtem Lebensstandard»¹⁹, eine stete Quelle der Unzufriedenheit.

Ich will mich hier, obwohl es ein gegebener Zeitpunkt wäre, nicht in ethische Fragen an die Werbung verstricken, sondern einen weiteren Faktor betrachten, der vielleicht nicht wenig dazu beiträgt, den geschilderten Potenzunterschied zu aktivieren.

Die Schönheit der Bergwelt, den Einheimischen oft zum Gewöhnlichen herabgesunken, zieht Fremde an, die ihren relativen Wohlstand sichtbar, und nicht selten sehr offensichtlich in das Milieu der Bergtalbevölkerung hineintragen. Damit wird die Bedrängnis befördert²⁰. Allerdings wäre es schwer, dazu konkrete Angaben zu machen; ich muss mich deshalb begnügen, diese Möglichkeit bloss einzufügen.

Dasselbe gilt für einen ähnlichen Effekt. Wenn die Rückständigkeit der Bergtäler zum Geburtshelfer des vermehrten Staatseingriffes wird, so mag das unter diesem Aspekt zur Folge haben, dass wertvolle Menschen dieser Abhängigkeit durch Abwanderung entfliehen. Die Nivellierung, die als Folge auftritt, verstärkt ihrerseits die vorhandene Tendenz zum Wegzug ebensolcher Menschen.

¹⁸ Vgl. E. Küng, «Die Landflucht», in: NZZ v. 16. 10. 56, Morgenausgabe Nr. 2891.

¹⁹ Vgl. E. Küng, a. a. O. (NZZ).

²⁰ Dies soll in keiner Weise ein Werturteil über den Fremdenverkehr sein.

Als Überreste des Feudalismus mögen auch noch gewisse ständische Vorurteile lebendig sein, «gemäss welchen der Bauer» (und er ist der Haupteinwohner der Bergtäler) «auf der untersten Sprosse der gesellschaftlichen Stufenleiter steht. Damit verbindet sich . . . das bedrückende Gefühl, eine immer kleinere Minderheit in einem vorwiegenden Industriestaat zu werden und in dem allgemeinen Wettlauf nach dem Wohlleben zu kurz zu kommen», zumal «die Masstäbe für die gesellschaftliche Achtung mehr und mehr den Charakter einer Reichumsordnung oder einer Einstufung gemäss der Einkommenshöhe annehmen»²¹.

Unter all diesen Voraussetzungen muss es als durchaus natürlich erscheinen, wenn die Bergtalbevölkerung selbst mehr und mehr materiell zu werten beginnt, wenn sie den Mangel an Befriedigungsmöglichkeiten immer stärker empfindet, und wenn dadurch die jungen Leute dorthin ziehen, wo sich wenigstens Möglichkeiten eröffnen, in die Industrie, in die Wirtschaft des Mittellandes.

Diese Wanderung vom Berg in das Tal, vom Land in die Stadt, wird durch den Umstand begünstigt, dass die Familien der Bergtalbewohner meistens recht hohe Kinderzahlen aufweisen, sodass es praktisch unmöglich wird — obwohl das Motiv, das zu dieser Geburtenzahl führt, das der eigenen und billigen Arbeitskräfte ist — für alle «zu Hause» eine Beschäftigung zu finden. Dieses Problem, soweit es sich um einen echten Bevölkerungsdruck handelt, ist nicht neu, sondern war schon im späten Mittelalter das Hauptmotiv für die Reisläuferei. — Heute ist es aber so, das gerade die alternden, in der Industrialisierung am weitesten fortgeschrittenen Bergkantone wie Appenzell-Ausser rhoden, Glarus oder der Tessin auf Zuwanderung angewiesen sind. Von natürlichem Bevölkerungsdruck kann also hier nicht mehr die Rede sein²². Und doch findet die Abwanderung dauernd statt.

Ziehen wir in Betracht, dass gerade hier durch die vorhandene Industrie Einkommensmöglichkeiten vorhanden wären, so lässt das eine Wertung der Motive zu, die zum Wegzug führen. Ganz offensichtlich sind die herkömmlichen Motive, so zum Beispiel der Bevölkerungsdruck, erst an die zweite Stelle zu setzen, während der gesamte Potenzunterschied mit seinem Drang nach Erleben, mit seinem Drang nach Ausgleich und sozialer Besserstellung die erste Stelle einnimmt.

Diese Vermutung kann aber nicht allgemein gelten, vor allem nicht, oder wenigstens nicht in dem Masse, für die Gebirgskantone mit grossen Geburtenüberschüssen, deren Industrialisierung noch gering und jüngeren Datums ist. An dieser Stelle wären Nidwalden, Obwalden, Uri,

21 E. Küng, a. a. O. [Art. NZZ].

22 Vgl. W. Ryser, Bergbauernproblem a. a. O., S. 312.

Schwyz, das Wallis und zum Teil auch Graubünden zu nennen. Hier ist die Abwanderung vorerst noch eine natürliche Notwendigkeit. Es mag auffallen, doch will ich mich dazu nicht weiter äussern, dass es sich dabei hauptsächlich um konservative, katholische Orte handelt.

Betrachtet man nun denjenigen Teil der Bevölkerung, der im Mittelland eine neue Existenz sucht, so zeigt sich, dass die erste Wander-Generation den Kontakt mit ihrer Heimat infolge familiärer Bindungen, sowie aus Gründen der Tradition noch nicht verliert, ja, zuweilen wieder zurückkehrt. Es handelt sich dabei um im allgemeinen ungelernete Arbeitskräfte, deren Hoffnungen durch die Tatsache eines Hilfsarbeiterdaseins nicht selten enttäuscht werden. — Schon bei der zweiten Generation verhält es sich jedoch anders. Sie hatte und hat Gelegenheit, sich weitgehend zu emanzipieren. Ihr war die Gelegenheit einer Berufslehre geboten. Ihre Startbedingungen sind günstiger und eine allfällige Rückkehr wird durch diesen Umstand zuweilen verunmöglicht²³.

Daraus geht auch hervor, dass die Förderung der beruflichen Ausbildung der Bergjugend, die Ermöglichung von Kursen und Stipendien, die Bergflucht nicht verhindern kann. Solange nicht gleichzeitig die nötigen Arbeitsplätze geschaffen werden, wird dadurch die Wanderung in gewissem Sinne zunehmen²⁴.

Es wäre aber grundfalsch daraus zu schliessen, dass der Wanderung ein Tor verschlossen würde, wenn man die Berufsausbildung nicht beförderte. Nicht nur hiesse das, einen ganzen Bevölkerungsteil auf einem tiefen Niveau zu belassen um dem Staat Schwierigkeiten zu ersparen, es wäre auch ein Trugschluss. Vielmehr gilt es die Ursachen zu beseitigen, indem nicht nur die berufliche Ausbildung gefördert, sondern auch genügend entsprechende Arbeitsplätze geschaffen würden.

Bis jetzt war von der Wanderung immer in Form eines Problems die Rede. Das kommt daher, dass sie es tatsächlich in den meisten Fällen ist, was aber durchaus nicht heissen soll, dass sie es in jedem Fall zu sein braucht. Man kann vereinfachend von drei Fällen sprechen: Von einer übertriebenen, von einer gesunden und von einer zu geringen Wanderung. In der Praxis dürfte es allerdings äusserst schwierig sein, eine entsprechende Erscheinung unter einen dieser Gesichtspunkte einzureihen; zu viele Faktoren und Komponenten wirken hier zusammen. Immerhin ist es möglich, einige Anhaltspunkte zu finden.

Durch Wissenschaft und Technik wurde, und wird es der Landwirtschaft ermöglicht, grosse Produktivitätsfortschritte zu machen. Wenn

23 Vgl. dazu: A. Imboden, *Embd a. a. O.*, S. 24.

24 Vgl. G. Winterberger, *Entvölkerung a. a. O.* (NZZ).

die Bodenfläche konstant bleibt, werden dadurch landwirtschaftliche Arbeitskräfte frei²⁵. Obwohl in den Bergtälern sich diese produktivitätssteigernden Mittel nur beschränkt einsetzen lassen, wird doch dadurch eine gewisse Wanderung ermöglicht, die den wünschenswerten Rahmen nicht zu überschreiten braucht.

Anders verhält es sich, wenn durchaus fruchtbare landwirtschaftliche Güter ungenützt oder unbebaut bleiben. In diesem Fall ist die Wanderung offenbar zu gross. Natürlich gilt das in erster Linie für Böden erster Klasse und nimmt, entsprechend der Bodenqualität, an Bedeutung ab. Dieser Effekt kann deshalb für die Bergtäler nur noch begrenzte Gültigkeit haben. Immerhin war in neuerer Zeit ein Artikel zu lesen, der über eine Verwilderung der Alpen im Wallis zu berichten weiss²⁶. Der Wald, dem nicht nur bedeutende Schutzaufgaben zukommen, sondern der auch durch die Nutzungsmöglichkeit eine wichtige Stellung einnimmt, werde nicht mehr oder nur ungenügend gepflegt. Ähnliches sei von gutem Weideland zu sagen, das sich in Steinwüsten verwandelt habe. Hand in Hand damit werde der Unterhalt von Sennhütten, Alpstallungen und Bewässerungsanlagen vernachlässigt; und all dies, obwohl es sich dabei um adäquate Einkommensquellen der Bergbevölkerung handle. — In solchen Fällen könnte man, wobei allerdings noch eine eingehende Untersuchung, insbesondere des Verhältnisses der Landwirtschaft zu den übrigen Wirtschaftszweigen, vonnöten wäre, von einer zu grossen Abwanderung sprechen.

Es lässt sich, wie nun gezeigt wurde, recht wenig Allgemeines darüber aussagen, inwieweit eine Wanderung wünschbar ist. Von Fall zu Fall, und das scheint mir das einzig Stichhaltige, soll diese Frage abgeklärt werden. — Noch eines ist festzuhalten: Wenn man die Wanderung als durchschnittlich zu gross bezeichnet, so müsste man sich doch einmal die Mühsal vor Augen halten, die mit einem Leben im Bergtal verbunden ist, den Kraftverschleiss des fortwährenden Auf- und Niedersteigens, die oft sehr langen und mühsamen Wege zu den Arbeitsplätzen, die vielen Risiken, die in jeder Jahreszeit vorhanden sind, die Mühsal des Lastentragens und viele andere mehr. Erst damit, mit solchen Überlegungen, wird das nötige Verständnis geschaffen, das diesem Bevölkerungsteil entgegengebracht werden muss. Erst dann wird uns klar was es bedeutet, wenn von 761 Berggemeinden 242 ernstlich von Entvölkerung betroffen sind, und wie schwer es halten wird, dieser Entwicklung zu steuern²⁷.

25 Vgl. dazu: E. Küng, Landflucht a. a. O. (NZZ).

26 Vgl. NZZ vom 11. 7. 1956, Morgenausgabe Nr. 1981, «Alpwanderung im Wallis».

27 Vgl. W. Ryser, Bergbauernproblem a. a. O., S. 313.

Bedeutende Folgen, die einen kumulativen Effekt in sich schliessen, hat die Wanderung auf die öffentlichen Finanzen der Gemeinden. Sie trägt nicht nur Leute, sie trägt auch steuerbares Einkommen und Vermögen fort; sie trägt, um mit Friedrich List zu sprechen, «produktive Kräfte» hinweg. Junge Leute, die auf Kosten des Gemeinwesens ihre Schulbildung genossen, bringen deren Früchte dem Unterland. Wird hingegen ein Abwanderer armengenössig, so hat ihm die Heimatgemeinde die Unterstützung zu entrichten. All das hat zur Folge, dass die Einnahmen der Gemeinwesen schrumpfen, während die öffentlichen Lasten, zum grossen Teil fixe Kosten, konstant bleiben oder nur wenig abnehmen. Diese Last verteilt sich gleichzeitig auf immer weniger Einwohner und wird dadurch für den Einzelnen ständig grösser.

Bei allen bisher gemachten Feststellungen über die Wanderung handelt es sich um momentane Gegebenheiten, die durch einen Blick in die Zukunft stark relativiert werden. So ist es durchaus möglich, dass in den Bergen technische Grund- und Hilfsstoffe, wie zum Beispiel Uranerze, entdeckt werden. Es ist auch wahrscheinlich, dass sich durch die Verwendung von Atomenergie und durch die Automation gewisse Industriestandorte in den Bergen als günstig erweisen werden. — Fände eine solche Entwicklung statt, so wäre das dazu geeignet, die hier behandelten Probleme grundsätzlich zu verschieben und neue aufzuwerfen.

Noch etwas ist zu sagen, damit diese Probleme in das rechte Licht gerückt werden: Beinahe möchte es scheinen, als ob nur in den Bergtälern bedeutende Fragen zu lösen wären. Nicht minder bedeutend — wenn auch anderen Charakters — sind jedoch die Probleme des industrialisierten Mittellandes. Ausserdem sind zu Gunsten der Bergtäler sehr grosse Anstrengungen gemacht worden und werden noch stets gemacht. Bund, Kanton und private Organisationen leisten ihr Möglichstes, um diesen Misständen abzuhelpen²⁸.

2. Wirtschaftliche Eigenarten und Probleme

Vergleichen wir die schweizerische Wirtschaft ausserhalb des Erkenntnisobjektes mit derjenigen der Bergtäler, so stellen wir, wiewohl auch die Gemeinsamkeiten klein sein mögen, eine gewisse Analogie zum Verhält-

²⁸ Vgl. dazu: «Massnahmen des Bundes zugunsten der Bergbevölkerung», Sonderheft 62 der Zs. V. W., Bern, 1956 / «Hilfe an die Bergbevölkerung durch Ansiedlung von Industriebetrieben» K. Krapf u. R. Kunz, Bern, 1955.

nis zwischen hochindustrialisierten Ländern und unterentwickelten Gebieten fest. Aus einer entsprechenden Untersuchung, die hier zu weit führen würde, wären möglicherweise wertvolle Schlüsse zu ziehen.

Die Wirtschaft der Bergtäler weist, wiederum durch den Raum bedingt, eine eigenartige Struktur auf. Dieser Umstand wird ganz allgemein aus der besonderen Charakteristik der Produktionsfaktoren ersichtlich.

In seiner Eigenart und seiner Ursächlichkeit kommt dem Produktionsfaktor Natur²⁹ eine besondere Rolle zu. Wenn schon der prozentuale Anteil produktiver Böden relativ gering ist, so kommt noch hinzu, dass deren Lage und Qualität ihre Nutzung bedeutend benachteiligt.

Tabelle 4 vermag beispielsweise einen rein topographischen Aspekt dieser Nachteile aufzuzeigen, nämlich die Neigung des Kulturlandes:

Tabelle 4
Neigung des Kulturlandes in den FAO-Gemeinden*

Gebiete	Anteil in %			
	Flaches Land (Neigung bis 10%)	Hügeliges Land (Neigung 10–20%)	Hängiges Land (Neigung 20–35%)	Steiles Land (Neigung über 35%)
Alpensüdseite	16	16	17	51
Wallis	12	19	35	34
Graubünden (ohne Südtäler)	15	24	35	26
Übrige Alpennordseite	22	20	35	23

* Vgl. Sonderheft 66 der «Volkswirtschaft» Tabelle II, S. 16.

Die ständige Gefährdung durch Elementarschäden, der nicht nur Kulturen, sondern auch Produktionsanlagen, Heimstätten und Transportwege ausgesetzt sind, wurde bereits früher erwähnt. Die Höhenlage bringt es mit sich, dass die Zeit, in der das Land mit Schnee bedeckt ist, sehr lange dauert. Das Klima erlaubt deshalb meistens nur sehr kurze Vegetationszeiten. Die Bebauung der Böden bietet bedeutende Schwierigkeiten, und nicht selten ist damit lebensgefährliche Arbeit verbunden. Bedeutende Hindernisse erwachsen im allgemeinen aus einer grossen Entfernung vom Markt, welche die Produktion verteuert.

²⁹ Ich setze hier absichtlich an Stelle des konventionellen Begriffes «Boden» den umfassenderen «Natur». Er vermag den besonderen Verhältnissen eher gerecht zu werden.

Die Betrachtung des Produktionsfaktors «Arbeit» lässt uns die wechselseitige Abhängigkeit der Faktoren untereinander inne werden. Die «Arbeit» erhält erst durch die «Natur» ihr eigenständiges Wesen, ihr charakteristisches Gepräge. Versucht man den einzelnen Faktoren ein Gewicht beizumessen, so stellt man fest, dass der Mangel an «Natur» weitgehend durch «Arbeit» kompensiert werden muss und kann. — Charakteristisch ist, dass die Arbeitskräfte über weite Gebiete verteilt sind und sich nicht, oder nur selten, in örtlichen Ansammlungen grösseren Ausmasses finden. Diese geringe Dichte, verbunden mit starker Dezentralisation wird in ihrer Wirkung noch bedenklicher durch die Abwanderung, die in wirtschaftlichen Prosperitätszeiten besonders stark ist. Einen Aspekt des Faktors «Arbeit» möchte ich, obwohl er nicht zu hoch bewertet werden darf, als positiv hervorheben. Dadurch nämlich, dass, wie schon festgestellt, die Entfremdung vom eigenen Tun relativ wenig fortgeschritten ist, kommt dem Bedürfnis nach Zeitvertreib im mittelländischen und grosstädtischen Stil eine geringe Bedeutung zu. Die Vergnügungsindustrie in all ihren Spielarten ist deshalb bescheiden entwickelt und abstrahiert nicht den grossen Teil des Sozialproduktes, wie das in den Städten der Fall ist. Verhältnismässig, auf die Bevölkerungszahl gerechnet, steht also mehr effektive Arbeit zur Verfügung³⁰.

Auch der Produktionsfaktor «Kapital» hat seine eigene Färbung, die er den beiden anderen Faktoren verdankt. Das Kapital hat die Eigenschaft dorthin zu fliessen, wo es am günstigsten angelegt werden kann. Da nun aber die beiden anderen Produktionsfaktoren innerhalb unseres Erkenntnisobjektes eine recht ungünstige Konstellation aufweisen, hat auch der Dritte, das Kapital, wenn man von staatlichen Vergünstigungen und Massnahmen absieht, die Tendenz, diesen Gebieten fernzubleiben. Betrachtet man die Grundrente im Sinne Ricardos als Differentialrente für besser gelegene Böden, so ist sie hier, angesichts der Natur des Landes, von geringer Bedeutung³¹.

Selbstverständlich weist diese Faktorenzusammensetzung und Qualität von Ort zu Ort erhebliche Schwankungen auf. Im allgemeinen kann aber wiederum festgestellt werden, dass ihr Aspekt mit zunehmender Höhenlage ungünstiger wird. Immerhin, nähme man die List'sche Theorie der produktiven Kräfte als Wertgrundlage³², so weitete sich der Horizont zu vielen, bis jetzt noch nicht verwirklichten Möglichkeiten.

Auf Grund der Zusammensetzung der Produktionsfaktoren ergibt sich, dass die primäre Existenzgrundlage der Bergtäler bis jetzt noch die Land-

³⁰ Vgl. dazu: G. Gorer, a. a. O., S. 98 f.

³¹ Vgl. A. Günther, a. a. O., S. 373.

³² Vgl. E. Salin, Geschichte a. a. O., S. 129 f.

wirtschaft ist. Gemäss Tabelle 5 arbeiten z. B. in den FAO-Gemeinden 36,2% aller Erwerbenden ausschliesslich in der Landwirtschaft (Gesamt-schweizerisch 15,2 %). Wesentlich höher, nämlich 57,2 %, ist dieser Anteil in den reinen Landwirtschaftsgemeinden. Bemerkenswert ist der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Frauen, zumal er um rund 4% grösser ist als der schweizerische Durchschnitt.

Tabelle 5

Erwerbende in der Land- und Forstwirtschaft (inkl. Gärtnerei, Jagd und Fischerei), in % aller Erwerbenden (Volkszählung 1950)*

Gliederung	gesamthaft	davon männl. Erwerbende	davon weibl. Erwerbende
Landwirtschaftsgemeinden	57,2	86,5	13,5
Fremdenverkehrsgemeinden	18,4	91,7	8,3
Industriegemeinden	16,8	87,9	12,1
FAO-Gemeinden total	36,2	87,3	12,7
Schweiz	15,2	91,5	8,5

* Vgl. Sonderheft 66 der «Volkswirtschaft», Tab. 32, S. 31.

Wenn man ausserdem bedenkt, dass 35% der Betriebe, d. h. zirka 82000, im Berggebiet liegen³³, so dürfen diese nackten Zahlen doch nicht über- noch unterwertet werden. Selbstverständlich ist einerseits noch ein grosser Teil der verbleibenden Bevölkerung nebenamtlich mehr oder weniger in der Landwirtschaft tätig, und ebenso klar ist es, dass es sich meist um Klein- und Kleinstbetriebe handelt, dass also der flächenmässige Anteil am gesamtschweizerischen Boden kleiner ist, als die Zahlen es vermuten lassen könnten. — Durchschnittlich handelt es sich um Betriebe, die nur durch die Familienmitglieder, ohne fremde Arbeitskraft bewirtschaftet werden³⁴. Die Betriebseinheiten sind mehr-

33 Vgl. Handb. d. schw. V. W., a. a. O., S. 220 ff. und: W. Ryser, «Betriebswirtschaftliche Probleme in der schweizerischen Viehaufzucht», in: Festschrift E. Laur, Brugg, 1951, S. 347.

34 Auf Grund einer Untersuchung im Voralpengebiet beschäftigen nur 10% der Betriebe ständige, fremde Arbeitskräfte. Im Wallis und im Tessin dürfte dieser Anteil sogar noch geringer sein. Vgl. W. Ryser, Bergbauernprobl. a. a. O., S. 313.

gliedrig und betriebswirtschaftlich schwerfällig, «meist bestehend aus Grundstücken im Tale, aus solchen auf einer ersten oder zweiten Bergstufe und schliesslich aus den Alpen (vgl. Tabelle 4). Diese Stufenbetriebe werden in der Regel vom Tal aus bewirtschaftet. ... Sie sind sehr stark mit Gebäudekapital belastet, ebenso mit totem Inventar, da auf jeder Stufe Stall und «Heugaden» stehen. ... In solchen Verhältnissen fallen ca. 60% des Arbeitsaufwandes auf Transport und Marschleistungen. Dazu kommt in den Kantonen Graubünden, Tessin und Wallis eine betriebswirtschaftlich irrsinnige Parzellierung», die zuweilen eine Rendite überhaupt in Frage stellt³⁵.

Tabelle 6
Höhendifferenzen beim Kulturland im engeren Sinn*

Gliederung	Gemeinden mit ... Metern Höhendifferenz zwischen dem obersten und untersten Kulturland					
	bis zu 200	201-400	401-600	601-800	801-1000	über 1000
Gemeinden bis 700 m ü. M.	1	1	2	2	3	—
Gemeinden von 701-1000 m ü. M.	2	6	7	—	—	—
Gemeinden über 1000 m ü. M.	2	7	10	4	5	3
FAO-Gemeinden total	5	14	19	6	8	3

* Vgl. Sonderheft 66 der «Volkswirtschaft», Tab. 4, S. 13.

Eine Mechanisierung und Rationalisierung kommt nur in bescheidenem Ausmass in Frage. In einigen Fällen, so im niederschlagsarmen Wallis, bietet auch die Bewässerung des Kulturlandes Schwierigkeiten. So interessant für den Fremden die oft kilometerweit den Felswänden entlangführenden, primitiven Wasserleitungen sind, so beschwerlich und mühsam ist deren Unterhalt für die einheimische Bevölkerung.

³⁵ W. Ryser, Bergbauernproblem a. a. O., S. 313 f.

Nicht zuletzt, um fremde Arbeitskräfte zu sparen, sind die Familien im allgemeinen sehr kinderreich, doch wird dadurch das mögliche Einkommen oft dermassen beansprucht, dass es nicht einmal den äussersten Lebensaufwand zu decken vermag. In vielen Fällen, und daran ist der wirtschaftliche Rückstand gegenüber dem Mittelland besonders eindrücklich zu erkennen, sind die Betriebe noch beinahe auf der hauswirtschaftlichen Stufe stehengeblieben.

Ein teilweise starker Bevölkerungsdruck, der aus den bisher festgestellten Eigenarten verständlich wird, zwingt einen Teil der Nachkommen jeweils zur Abwanderung. Wohl bietet beispielsweise in den langen Wintermonaten die Forstwirtschaft Arbeitsgelegenheiten, doch wird die Konkurrenzfähigkeit ihrer oft zweit- und drittklassigen Güter durch sehr hohe Kosten beschränkt, wobei nicht vergessen werden darf, dass dem Wald Schutzfunktionen zukommen, die seine Nutzung schmälern³⁶.

Zusammenfassend kann man sagen, dass einem hohen und äusserst arbeitsintensiven Aufwand in der Landwirtschaft ein nur bescheidener Ertrag gegenübersteht, der zuweilen noch von Absatzschwierigkeiten gefolgt wird. —

Der ungünstigen Faktorenkonstellation und den sich daraus ergebenden, bedeutenden Standortproblemen zum Trotz, hat auch die Industrie in den Bergtälern Eingang gefunden. Bevorzugt werden von ihr natürlich die grossen, in der Längsrichtung verlaufenden Täler, wie das Wallis oder das Oberrheintal, sowie die Randgebiete mit offenem Zugang zum Mittelland. Aber auch in den grössten Seiten- und Quertälern vermochte die Industrie, insbesondere in jüngster Zeit, Fuss zu fassen. Wenn wir uns die Eigenarten und die Zusammensetzung der Produktionsfaktoren noch einmal vergegenwärtigen, so können wir daraus folgende Richtlinien und Besonderheiten herleiten: Der Grossindustrie³⁷ war es, von Betrieben mit weitgehender staatlicher Unterstützung abgesehen, bis heute noch gar nicht möglich, Fuss zu fassen. So sind es fast durchaus Mittel- und Kleinbetriebe, denen sich in den Bergtälern Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Dies gilt vor allem, wenn sie nicht arbeitsintensiv sind, da ihre Einzugsgebiete sonst überdimensional und sie damit unwirtschaftlich werden könnten³⁸. Wenn man wiederum an die Eigen-

36 Die Schutzfunktion erstreckt sich auf den Schutz vor Lawinen, sowie auf die Verhütung übermässiger Erosion.

37 Gemeint ist natürlich die Grossindustrie schweizerischer Verhältnisse.

38 Folgende Zahlen mögen die Schwierigkeiten bestätigen, die sich der Industrie in den Bergtälern entgegenstellen: Wenn im gesamtschweizerischen

arten des Verkehrs denkt, so erweist sich der Umstand, dass die benötigten Rohstoffe, sowie auch die hergestellten Fertigfabrikate wenig Transportkosten verursachen, als günstige Voraussetzung. Soweit die wichtigsten Erfordernisse, die sich bei der Standortwahl eines solchen Betriebes geltend machen.*

Als besonders günstig für die Bergtäler hat sich deshalb die Verlagsindustrie in Form der Heimarbeit erwiesen. Auf diese Weise wird es nämlich möglich, der landwirtschaftlichen Bevölkerung einen Nebenverdienst zu schaffen; und nicht zuletzt sind die Voraussetzungen für handwerkliche Heimarbeit beim Bergbauern sehr gut, zumal er der manuellen Arbeit grössten Wert beimisst.

Ein grosser Teil all dieser Besonderheiten ist durch den Verkehr bedingt. Das Bahnnetz ist wenig dicht und beschränkt sich, soweit mittelländische Tarife gelten, auf die grossen Haupttäler. Bei den übrigen Verbindungen handelt es sich meistens um Privatbahnen, deren Betrieb mit zusätzlichen Schwierigkeiten verbunden ist. Ich denke dabei an die kostspieligen Anlagen der Bahnen an sich, dann aber auch daran, dass, um die Steigungen zu überwinden, zuweilen Zahnräder notwendig werden. In letzter Zeit hat sich der Betrieb von Luftseilbahnen als günstig erwiesen, da mit ihnen grosse Höhendifferenzen mit Leichtigkeit und ohne übermässige Baukosten überwunden werden können. Sie dienen jedoch in den meisten Fällen fast ausschliesslich touristischen Zwecken. Ebenso eignet sich der weitverbreitete Postautoverkehr gut für die Personenbeförderung, bringt jedoch für den Gütertransport keine Lösung. — Die Strassen sind, soweit es sich um Durchgangsstrassen oder Zufahrtsstrassen zu Fremdenverkehrszentren handelt, gut ausgebaut, doch ist ihr Netz relativ dünn. Es gibt noch heute Orte, die mit Motorfahrzeugen nicht erreichbar sind. Während den langen Wintermonaten kommt als erschwerender Umstand hinzu, dass ein grosser Teil der Strassen geschlossen bleibt.

Von grösster Bedeutung, jedoch ganz eigenen Gesetzen gehorchend, ist die Elektrizitätsindustrie. Noch heute, und auch in absehbarer Zeit, bilden die Alpen für die Schweiz das bedeutendste Energiereservoir. Der Bau von Staumauern, Elektrizitätswerken und Stollen erfordert bedeutende Kapitalien, doch verursacht deren Beschaffung nicht allzu grosse Schwierigkeiten, da hinter ihr die gesamte Industrie des Mittelandes steht. Sind die Werke erst einmal erstellt, so vermögen sie der

Durchschnitt, die Bergtäler eingeschlossen, auf 100 Einwohner deren 11 unter das Fabrikgesetz fallen, so in Graubünden nur 3, oder in Appenzell-Innerrhoden sogar nur 2. Vgl. Handb. d. schw. V. W., a. a. O., S. 221.

bergwirtschaftlichen Faktorenzusammensetzung sehr gut gerecht zu werden. Nicht nur ist ihr Betrieb arbeitsextensiv, sondern auch die Rohstoffzufuhr sowie die Abfuhr des Fertigproduktes sind relativ billig. All das bringt es mit sich, dass die Nutzbarmachung der Wasserkräfte zu einem bedeutenden Faktor der Bergwirtschaft geworden ist³⁹.

Es kann, nach dem über die Eigenart der Industrie Gesagten nicht verwundern, dass auch für den Grosshandel die Voraussetzungen denkbar schlecht sind, zumal sein hauptsächlichster Aufwand in Transportkosten besteht. Hingegen kommt dem Kleinhandel und dem Gewerbe insoweit Bedeutung zu, als sie die Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung und der Touristen befriedigen.

Wenn von den Eigenarten der Bergtälervirtschaft die Rede ist, so muss nicht zuletzt auf die Naturschönheiten und deren attraktiven Wert hingewiesen werden. Sie vermögen Jahr um Jahr, im Sommer wie im Winter, eine grosse Zahl von Ausländern und Schweizern anzu ziehen. Von ihr erhalten die Hotellerie und das Gastgewerbe direkt, alle übrigen Zweige indirekt einen Antrieb, der nicht nur für das Berggebiet, sondern auch für die schweizerische Zahlungsbilanz, und damit für die ganze Volkswirtschaft, von grosser Bedeutung ist. Das Gewicht, das unserem Erkenntnisobjekt in diesen Belangen beigemessen werden kann, wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass rund 50% der schweizerischen Hotelbetriebe sich in den Bergtälern befinden⁴⁰, und diese Zahl wird noch eindrucklicher, wenn wir uns die Tatsache, dass die Schweiz ein weltbekanntes Ferienland ist, vergegenwärtigen. Es ist auch anzunehmen, dass angesichts der Tendenz zur Arbeitszeitverkürzung, dieser Aspekt noch an Bedeutung gewinnen wird.

Es bleibt noch zu bemerken, dass die hervorgehobenen Besonderheiten keineswegs als unumstössliche Tatsachen betrachtet werden dürfen. Viele zukünftige Möglichkeiten und Aussichten vermöchten die dargestellte Struktur in ihren Grundfesten zu verändern. So besteht heute die Möglichkeit, die Arbeitsintensität von Betrieben durch die Mittel der Automation beträchtlich zu senken. Dadurch könnte neuen Industriezweigen in den Bergen Eingang verschafft werden. Eine solche Entwicklung wäre wünschenswert. Ausserdem bestünde auch die Möglichkeit, oder zum mindesten darf sie nicht gänzlich übersehen werden, dass zukünftige Funde von konventionellen oder neuartigen Mineralien der Bergwirtschaft neue Möglichkeiten eröffnen könnten. —

39 Wie viel die Wasserkraft durch die kommenden Atomkraftwerke an Bedeutung einbüßen wird, lässt sich noch nicht voraussagen.

40 Vgl. Handb. d. schw. V. W., a. a. O., S. 221.

Über die spezifischen wirtschaftlichen Probleme, die sich aus diesen Eigenarten ergeben, finden sich in der Literatur unzählige Spezialschriften und Artikel, die sich mit ebensovielen Sondergebieten befassen. Ich erlaube mir, da es sonst zu weit führte, an dieser Stelle gesamthaft auf diese Spezialliteratur zu verweisen. — Hier sollen nur wesentliche, allgemeine Züge aufgezeigt werden.

Wenn ich früher davon schrieb, dass grosse Teile der Bergtälervirtschaft nur durch öffentliche Massnahmen weiter existieren könnten, so war damit auch schon das, allem anderen vorgelagerte Grundproblem berührt. Nie, oder nur selten, wählt ein Industriebetrieb seinen Standort aus freien Stücken in den Bergen. Nur unter grossen Opfern der Allgemeinheit werden zuweilen die notwendigsten Verkehrswege erschlossen. Nur Mangelhaftes lässt sich durch die private Initiative erreichen, soll die Jugend der Bergtäler von einer Abwanderung in das Unterland abgehalten werden. —

Würden der Liberalismus der Klassik oder die heutige neoliberale Richtung mit ihren Grundauffassungen recht behalten, so wäre aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer bedeutenden Zunahme der heute schon in grosser Zahl vorhandenen Probleme zu rechnen. — So ist das Opfer, das der Bergtalbewohner seiner Existenz zu bringen hat, mag es auch in der heutigen Zeit unvermeidlich sein, sehr gross. Es handelt sich nämlich um nichts weniger als um die Sanktionierung zunehmenden Staatsinterventionismus'. Diese eher tragisch anmutende Antinomie meine ich, wenn ich vom Grundproblem spreche; denn nicht selten wird durch die Lösung von Unzulänglichkeiten irgend welcher Art nichts weiter erreicht, als eine Verlagerung der Probleme. Die vermeintliche Lösung ging nämlich auf Kosten einer Vergrösserung dieses Grundproblems, wodurch sie vom Problem der Bergtäler zum Problem der ganzen Volkswirtschaft wurde. Ob auch dieses seine Lösung finden wird, muss der Zeit überlassen bleiben.

Wenn ich nun die allgemein geläufigen Probleme aufzeige, so muss man sich, und das sei speziell betont, ihrer Relativität bewusst sein. Wenn von den Schwierigkeiten des industriellen Standortes die Rede ist, so schliesst das, wie schon erwähnt, nicht aus, dass sich in grossen Talausgängen nicht doch recht beträchtliche Industrien anzusiedeln vermochten. Wenn den mannigfaltigen Beschwerden des Landbaus Beachtung geschenkt wird, so will das wiederum nicht heissen, dass sich in den zuweilen weiten Talsolen nicht doch eine blühende Landwirtschaft unter guten Voraussetzungen zu entfalten vermochte. Ebenso will es nicht heissen, dass, wenn von finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinwesen die Rede ist, nicht doch auch gesunde, selbsttragende

Gemeinden existieren. — Es wird also nur um im allgemeinen vorherrschende Tendenzen gehen.

Schon oft war bisher von den Elementarschäden, die für die Wirtschaft ein wirkliches Problem darstellen, die Rede. Lawinen, Steinschlag und reissende Hochwasser sind Schadensmöglichkeiten, die die mittelländische Bevölkerung gar nicht, oder nur in bescheidenem Masse kennt. Am stärksten betroffen wird davon jeweils die Landwirtschaft; aber auch der Anreiz zu industriellen Investitionen wird durch diese Gefahr beeinträchtigt, zumal solche Risiken als standorterschwerende Faktoren gewertet werden müssen. Wohl bestehen umfangreiche Versicherungsmöglichkeiten⁴¹, doch vermag dieser passive Schutz nicht die psychologisch depressive Wirkung bei den Betroffenen zu beheben, noch heisst es, dass nicht doch volkswirtschaftlich ein tatsächlicher Schaden entstanden ist.

Um über die Häufigkeit und den Umfang solcher Vorkommnisse orientiert zu sein, bedarf es nichts weiter als einer aufmerksamen Lektüre der Zeitungen. — So ist beispielsweise das Oberengadin, weit über die Grenzen als Ferien- und Kurort bekannt, ganz besonders durch die Wassernot beeinträchtigt. Eine kleine Gemeinde wie Samedan hatte allein in vier Jahren (1951/55) für Damm- und Aufräumarbeiten nicht weniger als 1 592 000 Franken, zusätzlich Zinsen zu leisten. Dabei handelt es sich, und das rückt diese Belastung in das richtige Licht, nicht um einmalige Ausgaben, denn für 1956 wurden wiederum 750 000 Franken zu diesem Zweck veranschlagt⁴².

Sind diese Schadensfälle an und für sich schon ein grosses Problem für die jeweils Betroffenen, so werden sie es erst recht, wenn an die finanzielle Deckung gedacht werden muss. Nur ein kleiner Teil der Schäden ist versichert, der Rest, sowie in Hinsicht auf die Zukunft, die Bekämpfung der Ursachen, fällt meistens den Gemeinden zu und wird damit zum Problem für die gesamte Bergwirtschaft, die durch Subventionen des Kantons in der Weise belastet wird, dass sie, soweit nicht durch den Finanzausgleich ein Weg gefunden werden konnte, eine Steuererhöhung zu tragen hat.

Damit wurde bereits ein weiteres Problem angeschnitten: Der Finanzhaushalt der Berggemeinden.

41 Vgl. dazu: «Der heutige Stand der Elementarschadenversicherung und des Vergütungswesens», Brugg, 1946.

42 Vgl. «Die Wassernot im Oberengadin» in: NZZ vom 19. I. 57, Morgenausgabe Nr. 163.

Tabelle 7

Finanzhaushalt einer Landwirtschaftsgemeinde im Kanton Graubünden
im Mittel der Jahre 1954/56*

	Einnahmen			Ausgaben		
	absolut	%	je Kopf der Bevölk.	absolut	%	je Kopf der Bevölk.
	Fr.		Fr.	Fr.		Fr.
Allgemeine Verwaltung	24	0,1	0,20	1344	4,1	11,50
Zinsen und Amortisation	2773	15,3	23,70	6476	19,4	55,30
Steuern	4028	22,3	34,40	604	1,8	5,20
Wald	7553	41,8	64,60	1969	5,9	16,80
Landwirtschaft (Alpen und Weide)	2056	11,4	17,60	367	1,1	3,10
Bauwesen	121	0,7	1,00	3517	10,6	30,10
Schulwesen	898	5,0	7,70	3814	11,5	32,60
Soziallasten	315	1,7	2,70	13289	40,1	113,60
Versicherungen	304	1,7	2,60	1842	5,5	15,70
Total	18072	100	154,50	33222	100	283,90

Mittlerer Ausgabenüberschuss: Fr. 15 150.—

Vermögensbilanz Ende 1956: Aktiven Fr. 234 044.—

Passiven Fr. 71 206.—

Reinvermögen Fr. 162 838.—

* Vgl. Sonderheft 66 der «Volkswirtschaft», Tabelle 48, S. 40.

Die Ausgabenseite ist, neben den erwähnten und den üblichen Posten noch durch zusätzliche, über das Normale hinausgehende Armen-, Schul- und Verwaltungskosten belastet. Demgegenüber fehlt es aber der Bevölkerung meist, soweit die Industrie nicht Fuss fassen konnte, an einträglichen Erwerbsmöglichkeiten und damit den Gemeinwesen an Einnahmen. Dass unter solchen Umständen viele Gemeinden in

finanzielle Abhängigkeit vom Kanton geraten, und damit einen Teil ihrer Autonomie preisgeben müssen, kann nicht erstaunen⁴³. Das ist aber gerade eine zentralistische Entwicklung, der, wie später noch zu zeigen sein wird, recht eigentlich entgegengewirkt werden müsste.

Über die Schwierigkeiten und Kosten, die die Erschliessung und Instandhaltung der Verkehrswege verursacht, kann ich weitere Hinweise unterlassen; doch mag noch erwähnt sein, dass bei der Industrialisierung von Bergtälern die dadurch entstehende Behinderung der Mobilität des Faktors Arbeit oft beträchtliche Probleme aufwirft.

Die Betrachtung des Faktors Arbeit weist uns aber noch auf weitere Schwierigkeiten hin. Für die Wirtschaftszweige ausserhalb der Landwirtschaft sind nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden. Ursache und Wirkung zugleich ist der Mangel an ausreichender, dauernder Beschäftigung, sowie das Fehlen von Nebenverdienstmöglichkeiten⁴⁴. Die Gelegenheiten, die sich der Jugend bieten, einen Beruf zu erlernen, sind beschränkt, weil Industrie und Gewerbe im erforderlichen Rahmen fehlen. Wie soll sich aber eine Industrie an einem Ort niederlassen, wo es ihr an ausgebildeten Arbeitskräften gebrähe? Diese Notlage bringt es mit sich, dass die jungen Leute, die nach einem nicht bäuerlichen Beruf streben, in das Mittelland abwandern; dorthin, wo sich ihnen Gelegenheiten bieten und wo sie, nach erfolgreicher Tätigkeit auch meist bleiben; während diejenigen, die sich nicht für eine Abwanderung entscheiden können, wohl in den Bergtälern verbleiben, jedoch ohne die Möglichkeit zu haben, einen Beruf zu erlernen. Wenn es so ist, dass «man in den Bergen nur dort dem Unterland ähnliche Verhältnisse antrifft, wo die nicht landwirtschaftlichen Berufe stark vertreten sind»⁴⁵, so ist damit dasselbe, jedoch mit anderen Worten, noch einmal gesagt. Diese Lage bedingt einen, im Durchschnitt geringen materiellen Wohlstand.

Zu diesen allgemeinen Problemen gesellen sich die spezifischen der einzelnen Wirtschaftszweige.

In erster Linie ist hier die Landwirtschaft zu erwähnen, der, wie wir gesehen haben, in diesen Gebieten bis heute eine Hauptfunktion zukommt. Betrachtet man die Rentabilität der Berglandwirtschaft auf längere Sicht, und zwar im Vergleich zu derjenigen des Unterlandes (Tabelle 8), so fällt in erster Linie der Rückstand der Berg- gegenüber den

43 Vgl. «Vom Finanzhaushalt der bündnerischen Berggemeinden», in: NZZ vom 7. 5. 1958, Morgenausgabe Nr. 1321, und: «Massnahmen zugunsten der Bergbevölkerung», a. a. O., S. 10 ff. (Statistisches über die geringe Finanzkraft der Gemeinden).

44 Vgl. auch: «Massnahmen zu Gunsten der Bergbevölkerung», a. a. O., S. 7.

45 «Massnahmen zu Gunsten der Bergbevölkerung», a. a. O., S. 7.

Tabelle 8

Rentabilität der schweizerischen Landwirtschaft
(Reinertrag in % des Aktiv-Kapitals)*

Jahr	Bergbetriebe	Unterlandbetriebe
1906-13	3,18	3,72
1914-19	6,71	9,42
1920-22	0,54	1,89
1928-30	2,22	3,33
1931-34	0,35	1,30
1935-38	2,42	3,37
1939-45	3,65	5,73
1946-50	2,96	4,12
1953	1,50	3,21

* W. Ryser, Bergbauernproblem, a. a. O., S. 315. (Hier ist der Vorbehalt anzubringen, dass diese Erhebungen von einem Interessenverband gemacht wurden.)

Unterlandbetrieben auf. Ebenso fällt auf, dass dieser Rückstand im Verlauf der Jahre zugenommen hat, und auch weiterhin zunehmen wird. Woran liegt das?

Wenn sich rund ein Drittel der Landwirtschaftsbetriebe der Schweiz im Berggebiet befinden, so sagt das noch nichts über die Verteilung der Gesamtproduktion aus; denn ziehen wir auch die durchschnittliche Betriebsgrösse in Betracht, so wird das Verhältnis grundlegend anders.

Die Tabelle 9 zeigt in eindrucklicher Weise, dass in den Bergtälern der Klein- und Kleinstbetrieb vorherrscht. Er wird fast ausschliesslich von Familienmitgliedern betrieben. Hinzu kommt, dass es sich meist um schwerfällige und mehrgliedrige Betriebseinheiten handelt. (Auf die Ursachen dieser Schwerfälligkeit wurde schon früher hingewiesen, ste. 51). Hält man sich all das vor Augen, so mag es nicht erstaunen, dass die Rendite hinter der der Unterlandbetriebe nachhinkt. Wenn sich dieser Rückstand allmählich noch vergrössert, so hat das seine Ursache darin, dass viele Rationalisierungsmöglichkeiten, die dem Mittellandbetrieb offenstehen, dem Berggebiet versagt bleiben. Nicht nur, dass der Unwegsamkeit wegen viele mechanische Geräte nicht angewendet werden könnten, in den meisten Fällen würde auch dem Kleinbetrieb das Kapital für die notwendigen Investitionen fehlen. Auf diese Weise bleiben die Ernten mühsam, die Erträge mässig.

Tabelle 9

**Ergebnisse der Buchhaltungskontrollbetriebe
(des schweizerischen Bauernsekretariates) vom Jahr 1955***

Betriebsgrössen- klassen	Zahl der Betriebe		Reinertrag in ‰ d. Aktienkapitals	
	Berggebiet	Talgebiet	Berggebiet	Talgebiet
2 — 5 ha	31 (21%)	30 (7%)	0,18	2,04
5 — 10 ha	55 (38%)	113 (26%)	1,81	2,84
10 — 15 ha	34 (23%)	112 (26%)	2,69	3,16
15 — 30 ha	24 (17%)	145 (33%)	1,07	5,09
über 30 ha	2 (1%)	33 (8%)	5,18	4,20
Mittel	146	433	1,60	3,73

* Vgl. Sonderheft 66 der «Volkswirtschaft», Tab. 79, S. 62.

Obwohl sich die Grundstücke unter diesen Voraussetzungen am besten für die Gras- und Viehwirtschaft eignen, werden noch viele andere Landprodukte angebaut. Nicht zuletzt ist daran das hartnäckige Festhalten an möglichst grosser Hauswirtschaft beteiligt. Der Bergbauer bekennt sich nur ungern zu einer Erweiterung der Arbeitsteilung. Aber auch für die Viehhaltung stellen sich zusätzliche Probleme. Die langen Wintermonate bringen es beispielsweise mit sich, dass die Grünfütterzeit in den Bergen wesentlich kürzer ist, dass somit mehr teures Trockenfutter gekauft werden muss. Die Abhängigkeit vom Markt wird bei einseitiger Bewirtschaftung grösser. Gibt der Staat Garantien in Form von Festpreisen, so geht ein wirtschaftlicher Regulator verloren, und das Problem verschiebt sich nur auf eine andere Ebene. Eine kleinere Nachfrage vermag dann nicht mehr ein Abnehmen der Produktion zu bewirken, und die Diskrepanz verschärft sich. Der ehemalige Staatseingriff fordert eine neue staatliche Massnahme, und in solcher Weise geht es weiter. Werden anderseits keine Garantien geboten, so kann die Existenz vieler Betriebe in Frage gestellt werden.

Auf ganz anderen Voraussetzungen fusst der Fremdenverkehr. Er ist ein Wirtschaftszweig, der nicht nur notgedrungen in den Bergtälern auftritt, sondern sie in ihrer Eigenart direkt aufsucht. Die Schönheit dieser Natur, die urtümliche Kraft der Berge wird gerade hier zum ausschlaggebenden Faktor der Standortwahl. Was in der Berglandwirtschaft zu den Härten zählt, wird oft gerade hier zum Vergnügen, so

zum Beispiel das Bergsteigen, die Wanderungen, u. a. m. Aber auch dieser Zweig hat seine, ihm eigenen Probleme. Sie heissen, und damit sind nur die Hauptprobleme genannt, Saisoncharakter und Krisenempfindlichkeit⁴⁶.

Es gibt Kurorte, die nur im Sommer eine ausgesprochene Saison kennen. Seitdem jedoch der Wintersport derart in Mode gekommen ist, gibt es auch viele Orte mit einer ausgesprochenen Wintersaison. Aber selbst dann besteht ein grosser Teil des Jahres aus relativ flauen Zwischenzeiten. Der Unternehmer sieht sich dann nicht selten vor die Tatsache gestellt, in diesen Zwischenräumen sein Etablissement schliessen zu müssen. Dadurch aber liegt nicht nur das Kapital brach, auch der ganze Angestelltenstab muss entlassen und später wieder neu eingestellt werden. Ein grosser Teil der fixen Kosten fällt während dieser Zeit gleichwohl an. In vielen Fällen werden so die befriedigenden finanziellen Ergebnisse einer Hochsaison durch die Vor- und Nachsaison verwässert⁴⁷.

Krisenempfindlich ist der Fremdenverkehr in vielerlei Hinsicht. Das Reise- und Ferienbedürfnis des einzelnen Menschen charakterisiert sich dadurch, dass es einen relativ hohen Grenznutzen hat. Werden Einschränkungen notwendig, so finden sie vielfach zuerst auf diesem Gebiet statt. Das wird vielleicht am besten ersichtlich, wenn wir uns das Beispiel der Entwicklung einer kriegführenden Nation zu Beginn der Friedenszeit vor Augen halten. Zuerst, und solche Beispiele liegen nicht weit zurück, wird der Nachholbedarf an Nahrungsmitteln, gefolgt von demjenigen der Bekleidung und Behausung, gedeckt. Erst wenn man dann noch eine Zeitspanne für die Deckung des Bedarfes an Investitionsgütern einrechnet, zeigt sich eine Möglichkeit zur Befriedigung der Reise- und Ferienbedürfnisse. Dasselbe mag in Krisenzeiten der Fall sein. So hängt die Prosperität auf dem Sektor Fremdenverkehr weitgehend von der konjunkturellen Lage der Wirtschaft des In- und Auslandes ab. — Aber auch die politische Lage übt einen starken Einfluss aus. Die Zeit der letzten Weltkriege zeigt auch heute noch ihre Spuren, die sie auf dem Gebiet der Berghotellerie hinterlassen hat. Nach all den Jahren, während welchen dieser Wirtschaftszweig an seiner Substanz zehrte, schien eine genügende Erneuerung ausgeschlossen. Einer raschen Entwicklung der baulichen Veraltung folgte eine Art Hotelsterben. Viele Betriebe, die das zur Erneuerung notwendige Kapital nicht aufzubringen

46 Vgl. «Massnahmen zu Gunsten der schweizerischen Bergbevölkerung», a. a. O., S. 7.

47 Vgl. E. Scherz, «Die Bergsaisonhotellerie aus der Sicht des Praktikers», in NZZ vom 4. 7. 58, Mittagaussgabe Nr. 1963.

vermochten, sahen sich gezwungen, ihre Pforten zu schliessen. Die Schweiz sah sich nach dem Krieg nicht in der Lage eines Neubeginns, eines Wiederaufbaues. Weder waren die vorhandenen Anlagen zerstört, noch konnte dieser Wirtschaftszweig mit Hilfe von Marshal-Geldern von Grund auf erneuert werden⁴⁷.

Auch Wechselkurse und Liberalisierungsgrad haben einen bedeutenden Einfluss auf den Fremdenverkehr. (Unter diesem Aspekt könnte eine Integration Europas für die Schweiz von Nutzen sein.)

Nicht zuletzt steht das Personalproblem mit der Konjunkturlage in Zusammenhang. Da die Prosperität des Fremdenverkehrs mit derjenigen der Wirtschaft in enger Korrelation steht, besteht zwischen diesen Wirtschaftszweigen eine Art Konkurrenz in Bezug auf das untergeordnete Personal. Dieses verdient in der Industrie durchschnittlich mehr und bleibt so der Hotellerie fern. Besteht demgegenüber Arbeitslosigkeit, so hat auch der Fremdenverkehr einen minimalen Personalbedarf. — Eine weitere Abhängigkeit, jedoch im Gegensatz dazu von einer ausserwirtschaftlichen Tatsache bestimmt, besteht in Bezug auf das Wetter. Dieser Faktor birgt ein bedeutendes Risiko in sich, dem praktisch gar nicht gesteuert werden kann.

Wenn es darum geht, die Probleme des Fremdenverkehrs aufzuzeigen, so kann man nicht umhin, auch einen Blick auf die Zukunft zu werfen, die an sich ein latentes Problem darstellt. Die Art des heutigen Menschen und seine Entwicklungsrichtung lassen einige Bedenken aufkommen. «Obschon das Reisen der Ruhe, Erholung und Entspannung dienen soll, spielt auch hier der Zeitmangel eine immer grössere Rolle. Abweichungen von grossen Verkehrslinien bedeuten also Zeitverlust. Damit werden die eigentlichen Bergkurorte in den zweiten Rang verdrängt»⁴⁸. Ein grosser Teil der jüngeren Leute sucht ausserdem heute, mag das aus Angst vor der Langeweile oder aus anderen Motiven entspringen, nicht mehr die Ruhe eines Bergkurortes, sondern vielmehr den «Betrieb» und die Masse, die ihren Erlebnishunger möglicherweise zu stillen vermögen. — Andererseits ist die Frage berechtigt, ob nicht vielleicht gerade durch die Automation das Bedürfnis nach Ausspannung grösser werde, und dass ihm durch vermehrte Freizeit auch Folge geleistet werden könne. — Die Existenz eines Bundesgesetzes über rechtliche und finanzielle Massnahmen für die Hotellerie unterstreicht die Bedeutung, die diesen Problemen zugemessen wird. —

Obwohl, dank der Entwicklung der Verkehrsverhältnisse und der Technik, bereits eine gewisse Industrialisierung der Bergtäler stattge-

⁴⁸ E. Scherz, a. a. O., [NZZ].

funden hat, bleibt doch, wie das schon mehrfach festgestellt wurde, die Faktorenkonstellation für einen Industriestandort relativ ungünstig. Wenn die Statistik in Tabelle 10 eine eher günstige Perspektive wiedergibt, so muss man sich doch folgendes vor Augen halten:

Tabelle 10
Zunahme des Fabrikpersonals von 1937 bis 1955*

Kanton	Zunahme in %	Fabrikarbeiter pro 100 Berufstätige, 1955
Zürich	58,1	28
Bern	59,8	24
Wallis	62,3	12
Tessin	102,5	21
Graubünden	104,9	10
Uri	95,6	26
Ganze Schweiz	63,3	27

* «Massnahmen zu Gunsten der schweizerischen Bergbevölkerung», a. a. O., Seite 9.

Während in den mittelländischen Kantonen eine schon bestehende, grosse Industrie noch erweitert wurde, handelt es sich in den Bergkantonen vielfach um einen Neubeginn. Der Grad in dem die Prozentzahlen der absoluten Zunahme dadurch relativiert werden, zeigt die Kolonne der «Fabrikarbeiter pro 100 Berufstätige». Ausserdem liegen die Fabrikbetriebe der Bergkantone im allgemeinen nicht in den eigentlichen Bergtälern, sondern vielmehr am Ausgang der grossen Talsolen, die ich zum Teil aus unserem Erkenntnisobjekt ausschloss. Wenn ich früher sagte, dass sich nicht jede Industrie für diesen Standort eigne, so scheint es doch durchaus möglich, dass durch die Automation die Industrie vermehrten Eingang in die Bergtäler finden wird; doch wenn auch dadurch das Problem der mangelnden Arbeitskräfte eine Lösung fände, so blieben doch die langen und kostspieligen Transportwege. —

Die Elektrizitätsindustrie schilderte ich als standortsgünstig; doch, zeichnen sich nicht auch hier, allerdings auf sehr weite Sicht betrachtet, Probleme ab? Wird nicht die Auswertung der Atomenergie die herkömmliche Wasserkraft, wenn nicht ersetzen, so doch entwerten?

Es mag nun, da einzelne Probleme in grossen Zügen aufgezeigt wurden, vielleicht scheinen, als ob diese unabhängig voneinander betrachtet werden könnten. Alle Wirtschaftszweige sind aber gerade in der engen Lebensgemeinschaft der Bergtäler ineinander verflochten, und werfen so in ihrer Gesamtheit ein neues Problem auf. — Landwirtschaft, Fremdenverkehr, Handel und Gewerbe, Industrie und Verkehr sind horizontal integriert. Wenn beispielsweise die Industrie gefördert wird, so hat das seine Rückwirkungen auf die Intensität der Landwirtschaft, und umgekehrt. Wird es möglich sein, im Rahmen einer demokratischen Wirtschaftspolitik, diese Integrität über die einzelnen Gruppeninteressen zu stellen?

Ebenso wesentlich erscheint mir, dass bei der Betrachtung dieser Probleme der Standpunkt innerhalb des Konjunkturzyklus in Betracht gezogen wird. So dürfte sich beispielsweise diese gesamte Problematik, die auf der Betrachtung einer Prosperitätsphase fusst, in einer Depressionszeit mit multiplikativer Wirkung vergrössern und verlagern. —

3. Zusammenfassung

Ich habe versucht, die spezifischen allgemeinen Probleme darzustellen, ihre Ursachen zu untersuchen und ihre Interdependenzen hervorzuheben. In dieser Zusammenfassung sollen gewissermassen die Grundtendenzen hervorgehoben werden, die dann überleiten zu der eigentlichen grossen Problematik, der Problematik, die mich bestimmte, dieses Thema zu wählen.

Der technische und wirtschaftliche Fortschritt, der durch die beiden Weltkriege ausserordentlich gefördert wurde, brachte auch der Schweiz eine zunehmende Industrialisierung. Der Verlauf dieser Entwicklung wurde durch den liberalen Gedanken, durch das irreführende Prinzip einer möglichst freien Marktwirtschaft, gefördert. Wenn die Praxis dieses Prinzip auch heute ausdrücklich lügen straft, so wirkt es doch noch in vielen Köpfen und Gefühlen weiter und trägt so das seine zu einer oft unrealistischen Politik bei.

In diesem Fortschrittsprozess vermute ich die primäre Ursache, die den zu behandelnden Problemen in ihrer heutigen Form zu Grunde liegt. Diese Vermutung hat folgende Gründe: Die Wirtschaft, die ihren Ausdruck in der modernen Industrie findet, wird immer mehr das bestimmende Element der menschlichen Gesellschaft. Industrien werden aber dort errichtet, wo ein möglichst grosser Ertrag erwartet werden

kann. Je freier die private Wirtschaft in ihren Entscheidungen ist, desto mehr fallen die natürlichen Standortsfaktoren in Betracht. Aus diesem Grunde, und die Realität bestätigt es, war es das schweizerische Mittelland, das hauptsächlich an diesem Prozess teil hatte.

Wenn trotzdem, und gerade in den Anfängen, sich auch in den Bergkantonen Industrien zu einer Blüte zu entfalten vermochten, so spricht das nicht gegen, sondern eher für die vertretene Auffassung. — Bevor nämlich rationelle Kraftmaschinen ihre allgemeine Verbreitung fanden, waren die einzelnen Betriebe auf die Wasserkraft angewiesen, die sich an den Flussoberläufen am besten nutzen liess. So hatte die Energiequelle damals als Standortsfaktor noch eine massgebende Bedeutung, die erst dann nach und nach an Gewicht einbüsste, als standortsunabhängige Kraftmaschinen wirtschaftlichen Zwecken verfügbar gemacht wurden. Der Unternehmer sah sich nicht mehr gezwungen, sich in Gegenden niederzulassen, die vom Standortsfaktor Transport aus gesehen als ungeeignet erscheinen mussten. Er konnte sich mehr und mehr nach den vorhandenen Arbeitskräften und nach verkehrspolitischen Gesichtspunkten orientieren. Durch das Aufkommen der Eisenbahnen als Transportmittel, wurde diese Entwicklung verständlicherweise noch begünstigt. Einmal wurden die ersten Eisenbahnen im Mittelland angelegt, und zum andern wurde durch die Erweiterung des Marktes der Standortsfaktor der Verkehrslage aufgewertet. Kurz, alles trug zu einer Verschiebung der Faktorenkonstellation zu Ungunsten der Bergtäler bei. Immer mehr siedelten sich neue Industrien im Mittelland an, und diejenigen, die sich schon in den Bergtälern befanden, begannen zu stagnieren. So erblickt man zuweilen noch heute in verschiedenen Berggegenden an Flussläufen gelegene, alte Fabrikgebäude, die zum Teil brach liegen, zum Teil trotz ihrer Überalterung noch einer bescheidenen Produktion dienen.

Diese Entwicklung führte allmählich zu dem geschilderten Potenzunterschied zwischen Berg und Tal, und damit zu der Gefahr einer Entvölkerung der Bergtäler. — Wenn ich aber annehme, das letzten Endes Zustände erst durch die Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Zuständen zum Problem werden können, so ist gerade in diesem Potenzunterschied und in seinen vielfältigen Ausdrucksweisen die Hauptschwierigkeit zu erblicken, die es zu lösen gälte.

Wie aber, und so lautet die weitere Frage, könnte dieser Unterschied, dessen Herkunft und Ausdrucksweisen nun dargelegt wurden, wenn nicht beseitigt, so doch verringert werden?

Durch diese Fragestellung erst wird die grosse Antinomie ersichtlich, die der ganzen Problematik zu Grunde liegt: Eine Erhaltung der charak-

teristischen Eigenarten der Bergtäler wäre praktisch nur durch den Staat möglich, indem er die Kaufkraft, die sie selber zu erzeugen nicht im Stande sind, in diese Gebiete leiten würde. Die Folge müsste eine gewaltige Zunahme des Staatsinterventionismus sein, die nötig wäre, um ein Museum von solchen Ausmassen zu erhalten. Ein grosser Teil der bestehenden wirtschaftlichen Freiheiten müsste zu Gunsten der Erhaltung von Eigenarten geopfert werden. Das potentiell höher stehende Gebiet müsste gewissermassen herabgemindert werden, um das potentiell tiefer stehende zu heben. — Diese Möglichkeit ist äusserst unrealistisch, doch habe ich sie als Grenzfall angeführt.

Und nun die andere Möglichkeit, die ebenfalls ein Grenzfall und deshalb unrealistisch ist: Der Prozentunterschied wird dadurch aufgehoben, dass das potentiell tiefer stehende Gebiet auf das Niveau des potentiell höher stehenden gebracht wird. Das würde bedeuten, dass die Bergtäler in grossem Stil industrialisiert werden müssten. Sie müssten in die Lage versetzt werden, ihre, dem Mittelland entsprechende Kaufkraft selber aufzubringen. Auch diese Lösung hätte Staatseingriffe — allerdings in weniger grossem Umfang — zur Folge, doch gingen mit dieser Entwicklung gleichzeitig die Eigenarten der Bergtäler verloren. Sie würden auch in Sitten, Kultur und Brauchtum dem Mittelland angeglichen.

Der eigentliche Weg wird zwischen diesen beiden extremen Möglichkeiten liegen, doch haben sie uns gezeigt (und das war ihr Zweck), mit welchen unabwendbaren Folgen gerechnet werden muss. Einerseits werden bedeutende Staatseingriffe nötig sein, und andererseits kann die Tatsache nicht vermieden werden, dass ein grosser Teil der bisher noch bestehenden Eigenart der Bergtäler eingebüsst wird.

Daraus ergeben sich nun zwei grundsätzliche Fragen:

1. Welche Folgen birgt ein zunehmender Staatsinterventionismus in sich, und wo läge gegebenenfalls eine sinnvolle Grenze?
2. Was für Konsequenzen wird eine teilweise Preisgabe der besprochenen Eigenarten nach sich ziehen?

Auf diese Weise gliedern sich die spezifischen Probleme der schweizerischen Bergtäler in die, unserer Zeit überhaupt zu Grunde liegende Problematik ein.

Auf Grund heute bekannter Tatsachen muss angenommen werden, dass eine industrielle Erschliessung des Erkenntnisobjektes (und nur von ihr kann eine merkliche Abschwächung des Potenzunterschiedes erwartet werden) umfassende staatliche Massnahmen nötig macht. Dies umso mehr, wenn man bedenkt, dass die blosser Erhaltung der relativ

standortsgünstigen Landwirtschaft dazu führte, dass die Bauern allmählich zu einem rechtlichen Sonderstand werden. — Der Anteil des Staates an der Wirtschaft kann und darf aber nicht beliebig vergrößert werden, denn irgendwo muss der Punkt liegen, an dem das System in ein totalitäres umschlägt.

Ähnlich verhält es sich mit den Eigenarten der Bergtäler. Ihre Verminderung befördert den Prozess der Nivellierung, der Aufgabe des Individuums zu Gunsten eines Kollektivs.

Im folgenden Kapitel werde ich mich deshalb mit diesen bedeutenden Fragen auseinanderzusetzen haben. — Neben diesen, für das Thema grundlegenden Problemen, müssen die einzelnen Massnahmen, die bis jetzt zu Gunsten der Bergtäler getroffen wurden, und noch getroffen werden sollen, an die zweite Stelle treten. Da eine Analyse dieser Massnahmen auch nicht zum Thema gehört, verweise ich an dieser Stelle auf zwei Sonderhefte der Zeitschrift «Volkswirtschaft», in denen sie in übersichtlicher Weise zusammengefasst sind (siehe Literaturverzeichnis: Sonderhefte 60 + 62).

IV. STAATLICHE GRUNDLAGEN UND PROBLEME

Der Staat, seine Form und seine Äusserungsweise sind Grundlagen der Gesellschaft. Aber auch die zur Frage stehenden Probleme sind solche der Gesellschaft. Sollen sie ursächlich untersucht werden, so kommt man nicht umhin, sich mit dem Staat im weitesten Sinne zu befassen.

Im Abschnitt über Staat und Individuum soll die mehr soziologische Komponente besprochen werden. Ich will darzustellen versuchen, worin der Wert besteht, den ich den Eigenarten der schweizerischen Bergtäler zumesse. Eine Betrachtung des Problems der Freiheit wird dann die Grundlage bilden, die zu einer Stellungnahme zum Staatsinterventionismus, dem mehr wirtschaftlichen Aspekt, notwendig ist.

1. Staat und Individuum

Es ist eine Charakteristik der menschlichen Natur, dass ihr Individualitäts- wie auch Gemeinschaftsinstinkte eingeboren sind¹. Der Einzelne braucht die Gesellschaft als lebenswichtige Existenzgrundlage. Der Selbsterhaltungstrieb nötigt ihn, sich gegen die Natur zu verteidigen, wobei unter Natur auch seine Nachbarn zu verstehen sind, soweit sie mit ihren Egoismen seinen Ansprüchen entgegenstehen. Diesen wechselseitigen Egoismen kann durch eine Verbündung teilweise entgangen werden. Sie dient zugleich auch dazu, gegen die übrige, dem Menschen nicht freundlich gesinnte Natur anzukämpfen. Ausserdem ist die menschliche Psyche so veranlagt, dass sie die Gemeinschaft sucht und braucht, ohne sie aber in der Vereinzelung verkümmern würde. Schon zur Erhaltung der eigenen Art, zur Fortpflanzung, bedarf es eines Partners. Das Kind wiederum, ist in seiner ersten Lebensperiode gänzlich unfähig, sich selbständig am Leben zu erhalten; es bedarf einer Eltern. — So mag der Gedanke der Gemeinschaft, des Staates, im Sinne der Natur selbst liegen, die dessen Urzelle, die Familie, fordert.

Aber nicht nur Gemeinschafts-, nein, auch Individualitätsansprüche liegen der menschlichen Natur zu Grunde, und damit kommt eine gewaltige Tragik, eine unlösbare Antinomie, die schon vielerlei Staatsformen hervorzubringen vermochte und wieder vergehen liess, in die Welt.

¹ Vgl. E. Salin, Geschichte a. a. O., S. 36.

Aus dieser Sicht könnte man die möglichen Staatsformen in Analogie zum Spektrum des Lichtes einordnen. Auf der einen Seite stünde dann der absolute Kommunismus², auf der anderen würde der absolute Individualismus oder Liberalismus — welcher freilich im Extremfall einen Staat verunmöglicht — liegen. Beide haben rein utopischen Charakter, da sie nur diesem oder jenem der aufgezeigten menschlichen Ansprüche gerecht zu werden vermögen.

Unendlich vielfältig wird dieses Bild der Möglichkeiten, wenn wir noch die Begriffe der Legitimität und der Illegitimität einführen. Legitim soll eine, von der Mehrheit eines Volkes gewollte und anerkannte Ordnung heißen, eine Herrschaft, der es sich freiwillig unterordnet, während unter einer illegitimen Ordnung das Gegenteil zu verstehen ist; also eine unfreiwillige Unterordnung unter eine nicht anerkannte Herrschaft. Absolut würden Legitimität und Illegitimität dann, wenn nicht nur eine Mehrheit, sondern das ganze Volk, ohne Ausnahme, sich zu einer Herrschaft bekennt oder nicht bekennt.

Damit gelangen wir zu einem neuen Gegensatzpaar. Absolute Legitimität auf der einen, absolute Illegitimität auf der anderen Seite. Auch sie haben rein utopischen Charakter, da die Wirklichkeit immer zwischen ihnen liegen wird.

Jeder beliebige Zustand innerhalb des ersten Gegensatzpaares, Kommunismus — Individualismus, kann nun irgend eine Herrschaftsform, die zwischen dem zweiten Gegensatzpaar, absolute Legitimität, respektive absolute Illegitimität, liegt, aufweisen.

Zwischen diesen, sich überkreuzenden Extremwerten liegen unzählige Möglichkeiten, und muss auch eine für unseren Zeitgeist und für unser westliches Land optimale Gesellschaftsform zu suchen sein; eine Form, die der gewachsenen Tradition gerecht zu werden vermag, ohne das Neue zu verhindern. — Wo aber ist sie zu plazieren, und welches sind ihre Bestimmungsgründe?

Unterste und erste Grundlage bildet die Weltanschauung. Je uneinheitlicher sie ist, desto mehr wird ein Volksganzes von der absoluten Legitimität abweichen, da die Standpunkte innerhalb des ersten Gegensatzpaares vielfältig sein werden. — Lässt sie sich in unserem Fall auf eine gemeinsame, durch die Zeitalter gewordene, und nicht in Frage gestellte Wurzel zurückführen?

Sinn jeder Religion und jeder Philosophie ist es, mit dem zu rechnen, was jenseits unserer Erkenntnismöglichkeit liegt; nicht leichthin, son-

² Unter Kommunismus ist hier ein utopischer, religiös idealer Kommunismus gemeint, der mit dem heutigen, politischen Sinn des Wortes nichts gemein hat. (Vgl. z. B. Morus' Utopia.)

dern mit Bedacht vor der transzendentalen Wirklichkeit sich zu betragen³. Im Gegensatz dazu steht die Ideologie. Sie verspricht das Glück im Diesseits⁴ und wendet sich an bedürfnisschwangere Massen; denn manch einer sagt sich, dass der Sperling in der Hand besser sei als die Taube auf dem Dach. Das transzendente Bedürfnis bleibt aber trotzdem bestehen und wird zum unbewussten Störungs- und Unruhefaktor. Beide dieser Möglichkeiten haben Anteil an der heutigen Weltanschauung des Westens.

Um den Anspruch an die Gemeinschaft befriedigen zu können, um in den Genuss der Zugehörigkeit zu einem Staatswesen zu gelangen, muss das Individuum auf einen Teil seiner eigenen, ihm angeborenen Ansprüche verzichten, um in anderen, ebenso persönlichen Forderungen von seinen Mitmenschen nicht gestört zu werden. Der Grad der freiwilligen Bereitschaft zu diesem Opfer, der Grad der entsprechenden Einsicht, ist ein mitbestimmender Faktor, wenn von der Höhe der Kultur die Rede ist. Kultur ist aber ein nur dem Menschen spezifisches Gut, und soll deshalb angestrebt und verteidigt werden. Ein weiterer, wichtiger Bestimmungsgrund ist somit die Freiwilligkeit des Verzichts. Der Grad der Freiwilligkeit ist aber nichts anderes als der reziproke Wert der Abweichung von der absoluten Legitimität. Damit hat der Begriff der Legitimität eine Wertung erfahren; er ist als ethisch hochstehend, als erstrebenswert charakterisiert.

Diese Freiwilligkeit ist aber meiner Ansicht nach nichts anderes als die bewusste oder unbewusste Einsicht des Individuums, dass ihm durch entsprechendes Verhalten ein Minimum an Schwierigkeiten und ein Maximum an Befriedigung zuteil wird. Jeder Mensch leistet nur so lange Verzicht, als ihm der Befriedigungsgewinn, der daraus resultiert, im Rahmen seiner Umwelt, seiner Tradition und seines Charakters grösser erscheint als der Befriedigungsverlust, den er dadurch erleidet. — Obwohl unter einer solchen Annahme jedes menschliche Verhalten als egoistisch betrachtet werden muss, schliesst das den Begriff der Ethik nicht aus. Aus der Entwicklungsgeschichte der Lebewesen ganz allgemein und des Menschen im Speziellen, geht hervor, dass eine stete Differenzierung in Bezug auf die Organe und in Bezug auf die Arten stattgefunden hat. Beim Menschen lässt sich ein ständiges Unabhängigerwerden von der Natur, ein Fortschreiten der Erkenntnis feststellen⁵. Diese stete Verfeinerung mag deshalb in der Absicht der Schöpfung selbst liegen. — Als ethisch könnte man deshalb jede Handlung und

³ Vgl. J. Ortega y Gasset, *Römisches Imperium*, a. a. O., S. 21.

⁴ Vgl. auch: Joseph A. Schumpeter, *«Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie»*, Bern, 1950, S. 19.

⁵ Vgl. E. Gagnebin, *«Geschichte der Erde»*, Zürich, 1951, S. 129 ff.

jede Haltung bezeichnen, die dazu angetan ist, die Abhängigkeit des Menschen von der Natur, von seiner Natur zu verkleinern, die den Menschen als dominantes Lebewesen vom Tier zu unterscheiden vermag, ihn in dieser Unterscheidung bestärkt, und die damit das hebt, was Menschenwürde genannt wird.

Unsere weitere Fragestellung muss nun die nach den Bestimmungsgründen der Legitimität sein. — Die Freiwilligkeit des Verzichts beruht auf einer gewachsenen, in der Tradition verankerten Glaubensgewissheit in Bezug auf die Funktion des Befehlens und des Gehorchens. Diese Glaubensgewissheit, d. h. etwas, das weder in Frage gestellt noch diskutiert wird, erwächst aus der noch tieferen Gewissheit der Weltanschauung selbst⁶. Eine in ihren grossen Linien, in ihren Grundzügen übereinstimmende Weltanschauung ist deshalb für ein Staatswesen überhaupt die Grundlage zur Einheit⁷; und damit sind wir wiederum beim ersten Bestimmungsgrund angelangt, allerdings mit dem Erfolg, dass er dadurch konkretisiert wurde.

Wird diese abgeleitete Gewissheit durch die Demokratie als Staatsform verkörpert, so herrscht das Volk selbst, in seiner Gesamtheit. Eine Minderheit unterzieht sich den Beschlüssen der Mehrheit, und zwar ohne Arg, sich bewusst fügend, das Beschlossene hinnehmend. Ist diese Forderung erfüllt, so herrscht Eintracht⁸. Eine legitime Herrschaft liegt im eigentlichen Wesen der Demokratie. Der grundlegende Faktor, der dieses Herrschaftsverhältnis begründet, heisst Vertrauen.

Ein solches ideales Herrschaftsverhältnis birgt jedoch grosse Gefahren in sich. Man muss sich bewusst sein, dass die Herrschaft in der Demokratie recht eigentlich anonym ist. Ihr geht menschlicher Charakter ab. Sie hat damit weder Gewissen noch Verantwortungsgefühl und trägt die stete Tendenz in sich, Selbstzweck zu werden. Es ist äusserst bedeutsam, wer ihre Träger sind, und welches ihre Einstellung ist. Demokratie ist deshalb ein künstliches Gut, das kritisch überwacht und täglich neu erkämpft werden will.

Sehr oft verwandelt sich der Staat in den Augen der Masse «in eine quasi lebendige Persönlichkeit, von der alles erwartet wird. In Wirklichkeit stellt er nur eine Camouflage jener Individuen dar, die ihn zu manipulieren wissen. Damit gleitet die ursprüngliche Konvention des Rechtsstaates in die Situation einer primitiven Gesellschaftsform

6 Vgl. J. Ortega y Gasset, *Römisches Imperium*, a. a. O., S. 15.

7 Dies mag mit ein Grund dafür sein, dass in den Oststaaten die Kirche so vehement bekämpft wird.

8 Vgl. J. Ortega y Gasset, *Römisches Imperium*, a. a. O., S. 12 ff.

ab»⁹. Die Grundlage für das Selbstzweckwerden eines Staatswesens ist damit geschaffen. Machteifersucht und gesteigertes Misstrauen beginnen einen solchen Organismus von innen heraus zu durchdringen. Die Träger sein sollten, werden zu Sklaven⁹ — Wie aber soll sich eine Demokratie konstituieren, damit diese Entartung ausbleibt?

Der leitende Gedanke einer Staatsform ist die Staatsgrundidee, eine gemeinsame Art zu denken, welche den Staat überhaupt erst gewährleistet. Es stellt sich die Frage, ob in ursächlichen Belangen diese gemeinsame Art vorhanden ist. — Daneben, auf einer anderen Ebene, bewegen sich die Spezialideen. Sie entsprechen den Wellen auf einer Wasseroberfläche, durch äussere Umstände entfacht, während die Grundidee der davon unabhängigen Grundströmung entsprechen würde. Wenn sich in dieser Oberschicht politische Kämpfe abspielen, so ist das nicht soziale Pathologie, sondern erst durch sie wird der bessere Staat geschmiedet. So kann politische Flaute trotz dem vorhin Dargelegten, nicht als Gipfel staatlichen «Wohlbefindens» gewertet werden. Gerade das Gegenteil ist dann der Fall¹⁰. Der Staat leidet, das demokratische Prinzip ist im Begriff zu entschwinden, da es nicht verteidigt, sondern als etwas Natürliches und Selbstverständliches hingenommen wird.

In einem solchen Fall werden Privat- und Gruppeninteressen an die Stelle der Spezialideen treten; das sogenannte Allgemeinwohl wird durch Verbände und unmittelbar interessierte Machtgruppen vertreten; der einzelne Bürger fühlt sich übergangen, seine Apathie nimmt zu und beschleunigt ihrerseits diesen verhängnisvollen Prozess¹¹.

Zusammenfassend können wir noch einmal festhalten: Auf Grund der Weltanschauung ergibt sich die Glaubensgewissheit in Bezug auf Befehlen und Gehorchen, sowie der Grad der Freiwilligkeit des Verzichts. All das ist durch die Tradition bedingt, und ergibt zusammen den Begriff der Staatsgrundidee. Was sie betrifft, muss eine beinahe absolute Legitimität vorhanden sein. — Darauf bewegen sich die Staatsspezialideen die, ohne die Grundidee zu tangieren, voneinander abweichen können und auch sollen. Zu ihrer Durchführung muss Legitimität in Form einer demokratischen Mehrheit vorhanden sein.

Damit ist der Grundsatz der Legitimität wiederum als richtig anerkannt, und es wird weiter darum gehen, die Stellung innerhalb des ersten Gegensatzpaares (Individualismus — Kommunismus) zu untersuchen.

⁹ Vgl. C. G. Jung, Gegenwart und Zukunft, a. a. O., S. 11 f.

¹⁰ Vgl. Ortega y Gasset J., «Römisches Imperium», a. a. O., S. 9.

¹¹ Vgl. dazu: G. Gorer, a. a. O., S. 102.

«Glück und Zufriedenheit, seelisches Gleichgewicht und einen Sinn des Lebens kann nur der Einzelne erfahren, nicht aber ein Staat, der ... an sich nichts ist als eine Konvention unter selbständigen Individuen»¹². Ausserhalb ihres Verzichts bleiben sie in ihrer Eigenart bestehen. Der Sinn des Einzelnebens erschöpft sich ja keineswegs im Begriff der öffentlichen Wohlfahrt oder eines höheren Lebensstandards. Eben deshalb darf den Einzelnen nicht ein Gefühl seiner Winzigkeit und Nebensächlichkeit überwältigen, sonst wird er zum Wegbereiter der Staatssklaverei¹³. Wird diese Tatsache übersehen, so ist eine erste Voraussetzung zur Vermassung geschaffen. Es resultiert eine anonyme Unzufriedenheit, die sich im affektiven Bereich auswirkt. Übersteigt die affektive Temperatur einen gewissen Grad, so hört die Wirkungsmöglichkeit der Vernunft auf, und an ihre Stelle tritt der Slogan. «Die Masse erdrückt die beim Einzelnen noch mögliche Einsicht und Überlegung und führt daher zwangsläufig zu doktrinärer und autoritärer Tyrannei, wenn der Rechtsstaat einem Schwächeanfall erliegen sollte»¹⁴.

Es wäre nun aber ein Fehler, nur eine Summe von Individuen als Staatsmaterie zu betrachten. Wollte man das, so würde man an etwas Wesentlichem vorbeisehen; denn wenn die Gemeinschaft den Staat bildet, ihn sich vorstellt, so existiert er bereits als Abstraktum und zeitigt als solches seine Rückwirkungen auf das Individuum. — Die Anonymität Staat wird meines Erachtens dann Selbstzweck, wenn sie in der Lage ist, langfristig einen anderen Staatsgrundgedanken unterzuschieben, als er in der Absicht der Träger lag. Dann nämlich, durch Unachtsamkeit, kann auch der Grundsatz der Demokratie eingeblüht werden. Der gleichgültige Staatsbürger steht plötzlich vor einer unänderlichen Tatsache, der Tatsache einer ihm fremden Herrschaft, wie es noch in allerjüngster Zeit möglich war.

Eine wichtige Ursache, die solch kritikloser Hinnahme öffentlicher Begehren zu Grunde liegt, ist, wie schon erwähnt, in der Vermassung zu suchen. Le Bon sagt, dass das gegenwärtige Zeitalter einen jener historischen Zeitpunkte bilde, in denen das menschliche Dasein im Begriffe sei, sich zu wandeln. Religionen würden durch Ideologien ersetzt. Voraussetzung jeder Kultur sei es aber, dass das Triebhafte zum Vernünftigen, zu den Regeln fester Zucht übergehe, und für diese Bedingung seien die Massen unzugänglich¹⁵. Dieser, eher bedenklichen Aussicht, hält Karl Jaspers eine optimistische Möglichkeit entgegen,

¹² C. G. Jung, *Gegenwart und Zukunft*, a. a. O., S. 55.

¹³ Vgl. C. G. Jung, *Gegenwart und Zukunft*, a. a. O., S. 11.

¹⁴ C. G. Jung, *Gegenwart und Zukunft*, a. a. O., S. 5 ff.

¹⁵ Vgl. Le Bon, «Psychologie der Massen», Stuttgart, 1951, S. 2 ff.

«aber es ist auch möglich, dass in den Massen selber die vernünftig ringende Arbeit, die in schrittweiser Veränderung der Zustände sich vollzieht, die niemand im Ganzen übersieht, in denen aber soviel Vernunft herrscht, dass geordnetes Dasein, freie Arbeit und freies Schaffen unabsehbar möglich werden»¹⁶. Man weiss noch nicht, welcher Weg eingeschlagen wird, doch ist die Masse bis jetzt unberechenbar. Sie wird immer im Stande sein, grosses Unheil zu stiften. Davon abgesehen muss sie ex definitione als ethisch tiefstehend betrachtet werden. Da sie keinen Rahmen, keine Vernunft kennt, wird sie immer bereit sein, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Als Beispiele mögen die Revolutionen der jüngsten Zeit dienen.

Wenn deshalb der unberechenbare Einfluss der Massen irgendwie vermieden werden kann, so soll er vermieden werden, denn die Aussichten auf verheerende Wirkungen sind grösser als diejenigen auf positive Wohltaten. — Wenn eine manifeste Massenwirkung doch nicht zu umgehen ist, so soll sie bewusst und vorsichtig gelenkt werden, denn es ist möglich, dass Einzelne, deren Willen vernünftig und deren Verantwortung gross ist, ihn als solchen der Masse erscheinen lassen können.

Bei der Betrachtung dieser Vielfalt von Beweggründen scheint die wahre Demokratie innerhalb des besagten Spektrums mehr von der Mitte weg, nach der individualistischen Seite zu tendieren. Der Staat, die Gemeinschaft sind nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel, die dazu geeignet sein sollen, jedem zu gestatten, sich im Rahmen der Gesellschaft in seiner spezifischen Eigenart zu entfalten. — Es gibt eine Art Indikator, der diesen Standort in der heutigen Situation mitbestimmen hilft. Zwei Faktoren sind dabei in der Stellung des Staates zum Individuum von Bedeutung; Macht einerseits und Autorität andererseits. Je mehr ein Staatswesen gegenüber seinen Gliedern auf Macht angewiesen ist, desto weniger Autorität besitzt es, und umgekehrt; oder, je mehr Macht angewandt werden muss, umso weniger kann von Demokratie die Rede sein. Sehr aufschlussreich ist es, westliche Staaten und östliche «Volksdemokratien» nach diesen Gesichtspunkten zu untersuchen¹⁷.

Es geht nun darum, das Erkenntnisobjekt auf Grund dieser Darlegungen zu analysieren:

«Das religiöse Ziel, die Erlösung vom Bösen, die Versöhnung mit Gott und die Belohnung im Jenseits», welche das Gefüge der Glaubensgewissheit auf tiefster Ebene bilden könnten, «verwandeln sich in dies-

¹⁶ K. Jaspers, *Geschichte a. a. O.*, S. 127.

¹⁷ Diese Gedanken entnahm ich einem Referat, das Salvador de Maderiaga 1958 in Basel hielt.

seitige Versprechen der Befreiung von der Sorge um das tägliche Brot, der gerechten Verteilung der materiellen Güter, des zukünftigen, allgemeinen Wohlstandes und der Verkürzung der Arbeitszeit»¹⁸. Das ist das Wesen jeder Ideologie. Sie tendiert darauf, die Religion zu ersetzen. — Heute befinden wir uns in der Zeit eines solchen Umbruchs. In dieser Situation bedürfte es irgend einer neuen Offenbarung, wenn sie uns nur als Wirklichkeit, und nicht lediglich als Idee der Wirklichkeit erscheinen würde. Wir müssten mit ihr rechnen können, denn sie wäre das Einzige, was die Mehrzahl der Menschen von innen heraus bände und in Grenzen hielte. Der Hohlraum, den das Fehlen eines solchen Glaubens hinterlässt, füllt sich dann mit dem Gas der Leidenschaftlichkeit. Jeder verkündet, was ihm sein Vorteil eingibt¹⁹. In einer gewissen Art ist diese Wirkweise auch eine der Ursachen, die der Marx'schen Ideologie ihre ursprüngliche Kraft verleihen. «Man beachte, mit welcher vollendeter Kunst es gelang, jene ausserrationalen Sehnsüchte, die die Religion auf ihrem Rückzug wie herrenlos herumlaufende Hunde zurückgelassen hatte, mit den rationalistischen und materialistischen Strömungen der Zeit zu verknüpfen . . . »²⁰.

Bedingt durch die Umwelt, durch den augenfälligen Kontakt mit der Natur, durch eine, dadurch gewordene Bescheidenheit, ist die religiöse Gebundenheit in den Bergtälern noch grösser als es im Mittelland, und vor allem in den Städten der Fall ist. Dadurch, dass die Tradition, wie es sich aus dem historischen Überblick ergeben hat, durch die industrielle Revolution nicht in ebenso abrupter Weise in Frage gestellt wurde, wie im industrialisierten Mittelland, hat die Bergbevölkerung in weit geringerem Masse ihren Halt verloren. Die durch das Fehlen einer solchen Überzeugung entstandene Leere und Spannung ist kleiner, und folglich ist auch einer Ideologie weniger Platz geboten.

Freilich ist diese Annahme relativ. In Wirklichkeit kann auch in den Bergtälern keineswegs von einer einheitlichen, überzeugten Weltanschauung die Rede mehr sein. Hingegen, und das ist immerhin diese Feststellung wert, ist der besagte Zersplitterungsprozess innerhalb des Erkenntnisobjektes noch weit weniger fortgeschritten.

Ebenso tritt der Prozess der Vermassung, der durch die Ideologien, wie mir scheint, gefördert wird, weniger stark zu Tage. Ausserdem ist ihm schon durch die topographischen Verhältnisse eine gewisse Schranke gesetzt. Die relativ geringe Bevölkerungsdichte und die Gliederung in

18 C. G. Jung, *Gegenwart und Zukunft* a. a. O., S. 16.

19 Vgl. J. Ortega y Gasset, «Römisches Imperium», a. a. O., S. 18.

20 J. A. Schumpeter, a. a. O., S. 21. Vgl. dazu auch: C. G. Jung, «Bewusstes und Unbewusstes», Frankfurt und Hamburg, 1957, S. 21 ff.

kleinere und grössere Talschaften verhindert grosse örtliche Konzentrationen und schafft verschiedene Voraussetzungen. Ein starker Individualismus ist traditionell verankert, und es ist noch recht offensichtlich, dass der Staat Solidaritätscharakter hat und Mittel ist²¹.

Diese wenigen Überlegungen mögen verdeutlichen, dass die Bergtäler im allgemeinen noch mehr individualistischen Charakter bewahrt haben als das Mittelland. — Dieselben Argumente lassen auch darauf schliessen, dass heute in den Bergtälern die Legitimität noch bewusster ist als anderswo. Da die weltanschaulichen Differenzen kleiner sind, ist auch die Abweichung von einer absoluten Legitimität noch nicht so weit fortgeschritten; und wenn wir das ganze Gebilde an Hand des Indikators «Macht-Autorität» untersuchen, so müssen wir feststellen, dass der Schwerpunkt, vielleicht gerade wegen der wirtschaftlichen Rückständigkeit, auf der Seite der Autorität liegt.

So dürfte die Staatsgrundidee, deren Wurzeln in das frühe Mittelalter zurückreichen, wohl als krank, als an Ermüdungserscheinungen leidend, bezeichnet werden, doch vermag sie die tief verankerte Idee der Demokratie noch in besserem, in ursprünglicherem Masse zu tragen als die Staatsgrundidee des Mittellandes.

Wenn wir früher das Vorhandensein einer einheitlichen Weltanschauung und einer absoluten Legitimität als positiv werteten, so müssen wir auch die eben besprochene Rückständigkeit in der Entwicklung dieser Idee innerhalb unseres Erkenntnisobjektes begrüssen und als erhaltenswert taxieren.

Wie verhält es sich auf dem Gebiet der Staatsspezialideen? Bei der Analyse dieses Sektors sind vor allem zwei Erscheinungen, obwohl ich auch hier weitgehend auf subjektive Eindrücke angewiesen bin, richtungweisend. Einerseits ist es die Stärke der Stimmbeteiligungen und andererseits der Grad, in dem politische und wirtschaftliche Machtgruppen, nicht zuletzt auf Grund von Massenwirkungen, Einfluss auf die Abstimmungsergebnisse zu nehmen vermögen.

Die relative Kleinheit der Kantone und der Gemeinden, und die dünne Besiedlung lassen dem einzelnen Stimmbürger die Demokratie direkter erscheinen, als dies im Mittelland der Fall ist. Der Ausgang von Abstimmungen trifft ihn unmittelbarer, und so kommt es auch, dass die Stimmbeteiligungen in den Bergtälern relativ gross sind. — Weit schwieriger ist es zu untersuchen, wie weit der Einfluss einzelner Machtgruppen dabei geht.

²¹ Diese Auffassung wird durch die Tatsache gestützt, dass heute in den Bergen noch Landsgemeindekantone existieren.

Im stark industrialisierten Mittelland sind die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, sowie die übrigen wirtschaftlichen Organisationen, die wichtigsten Machtgruppen, die zuweilen unter dem Deckmantel des Altruismus ihre persönlichen Interessen zu wahren versuchen. Der Boden ist denn auch für die Vermassung nicht ungünstig. — Ich schliesse daraus, dass der Grad der Industrialisierung, die Grösse und die Anzahl der einzelnen Wirtschaftseinheiten die Möglichkeit der Machteinflüsse einzelner Gruppen weitgehend bestimmen. — Wenn dem so ist, so kämen die durchschnittlich schwach industrialisierten, grösstenteils von Kleinbetrieben beherrschten Gebirgstäler bei diesem Vergleich günstig weg, zumal auch die modernen Kommunikationsmittel in diesen Gegenden eine schwächere Wirkung auszuüben vermögen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass ein gewisser Individualismus sowie eine möglichst grosse Legitimität in Bezug auf die Staatsgrundidee bedeutende Pfeiler der Demokratie sind. Wenn die Demokratie aber als wünschenswerte Staatsform betrachtet wird, so schliesst das in sich, dass es notwendig ist, die genannten Grundpfeiler in ihrem Bestand zu schützen. — In den Bergtälern sind diese beiden Elemente noch in einer ursprünglicheren, stärkeren Form vorhanden, und dies dank der spezifischen Eigenarten, die sich in einem grossen Masse zu halten vermochten. Diese Eigenarten sind deshalb, vom Standpunkt des demokratischen Staates aus gesehen, zu begrüßen und zu bejahen.

2. Der Freiheitsbegriff

Was ist Freiheit, was ist darunter zu verstehen, und welches sind ihre bleibenden Merkmale? So muss hier die Fragestellung lauten. — Die nun folgenden Überlegungen bilden die notwendige, unerlässliche Grundlage zu jeder Betrachtung über den Interventionismus.

So sehr der Begriff gerade heute, in einer Zeit der Spaltung der Welt in zwei feindliche Lager, in aller Munde ist, so leicht und selbstverständlich er überall Verwendung findet, so muss man doch feststellen, dass er in der breiten Masse nur einen vagen, in seinen grossen Zügen wohl gleichgerichteten, aber unbestimmten Gefühlswert hat. Er ist zum blossen Schlagwort abgesunken, auf den doch etwas zu einfachen Nenner gebracht worden, dass Freiheit mit den westlichen, Unfreiheit mit den östlichen Staatsformen identifiziert wird.

Es versteht sich von selbst, dass sich mit solchen Verallgemeinerungen nicht arbeiten lässt. «Freiheit ist kein Gegenstand. Sie hat kein Dasein, das in der Welt vorkommend erforschbar wäre. ... Daher ist Freiheit nicht in einem definierbaren Begriff vor Augen zu stellen»²². Und doch kann man sich ihr umschreibend nähern, kann ihre Voraussetzungen und Bedingungen untersuchen, so dass sie, wenn auch nicht konkretisiert, so doch einen anschaulichen Umriss erhält.

Beispielsweise im alten Rom, im Rom nach der Kaiserzeit, hatte das Wort «Libertas» eine grundsätzlich andere Bedeutung als unser Wort «Freiheit», zumal der Freiheit, die der europäische Liberalismus verkündet hat und zum Teil noch verkündet²³. So wie sich der Begriff im Wandel der Zeiten selbst langsam gewandelt hat, wird er auch in künftigen Jahrhunderten und Jahrtausenden seinen Inhalt noch vielfach wechseln. — Das zeigt uns, dass zur Konkretisierung dieser Erscheinung eine zeitliche Begrenzung vorgenommen werden muss.

Aber nicht nur in vertikaler, nein, auch in horizontaler Sicht, von Staat zu Staat, von Kultur zu Kultur, sind Unterschiede vorhanden; macht doch beispielsweise der östliche, «volksdemokratische» Staat nicht weniger Anspruch auf das Attribut der Freiheitlichkeit als der Westen es tut. Oder kann nicht bereits das, was im fortgeschrittenen «Welfare-State» noch als frei gilt, in dem am Liberalismus hängen gebliebenen Staat als das Gegenteil verstanden werden? — Um zu einer Arbeitsgrundlage zu gelangen, wird also neben der zeitlichen auch eine örtliche Abgrenzung dringend notwendig.

Diese beiden Schritte können aber noch keineswegs genügen, das Wesen der Freiheit zu erfassen, sondern müssen bei ihrer Verallgemeinerung in einen unerfreulichen und zerstörenden Opportunismus münden. Der menschliche Geist sucht nach einer Freiheit an sich, nach einer Freiheit, die über Zeit und Raum erhaben ist. Er will sich nicht mit Relativem zufrieden geben; sein Streben geht nach Absolutem. Dass es nicht möglich ist, dieses zu erreichen, haben die beiden ersten, einschränkenden Schritte gelehrt. Doch, so glaube ich, können wir in dieser Richtung weiterkommen, wenn wir zwischen innerer und äusserer Freiheit unterscheiden.

Als Massgabe für die innere Freiheit gilt dann die entsprechende Empfindung des Individuums. Als was wird die gesellschaftliche Ordnung vom einzelnen Glied empfunden? Grundsätzlich ist ein solches Freiheitsempfinden in allen Staatsformen möglich. Gemessen an diesem Kriterium könnte eine absolute staatliche Regelung des Einzellebens als

²² K. Jaspers, *Geschichte a. a. O.*, S. 153.

²³ Vgl. J. Orega y Gasset, *römisches Imperium a. a. O.*, S. 35.

frei empfunden werden, jedoch eine individualistische, liberale Gesellschaftsordnung, so fremd uns dieser Gedanke auch sein mag, Gefühle der Unfreiheit hervorrufen.

Was der einzelne Mensch als Freiheit empfindet, hängt weitgehend von seiner Erziehung zur Freiheit ab. Die Empfindung wächst organisch zu dem heran, was sie in einem bestimmten Zeitpunkt ist. Ihre Grundlage ist die Tradition. Wenn wir danach fragen, wodurch diese Tradition bedingt sei, so können wir nicht umhin, dem Staat in der Form der Verfassung, in Form der Gesetze und ihrer Anwendung und in Form der Schulen eine sehr grosse Bedeutung beizumessen. Ist es nicht bezeichnend, wie sich jedes umstürzlerische Regime in erster Linie mit der Jugenderziehung befasst? Man müsste für die Wirklichkeit blind sein, wollte man jetzt noch auf der Meinung bestehen, der Staat sei nichts weiter, als eine Summierung einzelner Individuen. Aber nicht nur der Staat hat als äusserer Faktor an der Bildung innerer Freiheit seinen wesentlichen Anteil, auch andere, ebenso ursächliche Bestimmungsgründe wirken mit.

Die Empfindung von Freiheit fusst auf der Freiheit des Individuums vor sich selbst, ja, hat sie geradezu zur Voraussetzung. Wirkliche Freiheit vor sich selbst, Einsicht in die notwendigen Konzessionen, erstreckt sich aber nur auf die bewusst werdenden Prozesse der menschlichen Psyche. Nur sie sind von uns selbst beeinflussbar und kontrollierbar. Freiheit vor sich selbst, und damit innere Freiheit ist ein maximales Bewusstwerden psychischer Prozesse, ein hohes Bewusstseinsniveau des Einzelmenschen²⁴.

Allerdings, und das scheint mir wesentlich, lässt sich dieses rein psychologische und schwer zu erringende Bewusstsein ersetzen durch eine Glaubensgewissheit, durch ein überzeugtes Wissen (resp. Glauben) um Sinn, Zweck und Ziel unserer Existenz.

Erst dieses Bewusstsein oder diese deshalb so wichtige Glaubensgewissheit machen den Menschen frei vor sich selbst; erst sie bilden also die Grundlage für ein tatsächliches Empfinden von Freiheit auch gegenüber der Gesellschaft.

Es ist keineswegs so (und das zeigt diese Feststellung genügend), dass wirkliche Freiheit dann gegeben ist, wenn jedermann tun und lassen

24 Vielleicht hängt davon, wie weit die Entwürfe und kollektiven Bestimmungen einer Gemeinschaft bewusst sind, auch die Reife, die Kultur eines Volkes ab? (Vgl. L. S. Kubje, «Psychoanalyse ohne Geheimnis», Hamburg 1956, S. 19.) Jedenfalls geht daraus hervor, dass Massenwirkungen einen negativen Einfluss auf jede Art von Freiheit haben, denn die Handlungsweise der Massen ist ohne Vernunft.

kann, was ihm der Augenblick eingibt. «Bin ich frei, so will ich nicht, weil ich so will, sondern weil ich mich vom Rechten überzeugt habe.» Grundlage ist also die Überwindung der eigenen Willkür aus Einsicht. «... Diese Überwindung geschieht durch die Bindung, die wir als Einzelne uns auferlegen»²⁵. Diese Bindung wiederum ergibt sich, und deshalb messe ich ihr so grosses Gewicht bei, aus einer Glaubensgewissheit oder aus dem Existenzbewusstsein.

Es lohnte sich eine Untersuchung, wie weit Kulturen, die von uns aus historischer Sicht mit dem Prädikat «frei» bezeichnet werden, eine solche Glaubensgewissheit zu Grunde gelegen hat.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass innere Freiheit das Produkt einer dreifachen Interdependenz ist, nämlich:

Individuum	←————→	Staat,
Individuum	←————→	Glaubensgewissheit, und
Glaubensgewissheit	←————→	Staat;

wobei — und das wird später noch zur Sprache kommen — die Glaubensgewissheit gegenüber dem Staat als dominant erscheinen muss.

Dem gegenüber steht die äussere Freiheit, die Freiheit der Bürger vom entgegengesetzten Standpunkt, nämlich vom Staat aus gesehen. In Concreto stellt der Staat aber nicht mehr und nicht weniger als eine Konvention unter Individuen dar, ein Abstraktum, das weder Verantwortung noch Pflichten oder Rechte haben kann, eine Fiktion, die nur mit Hilfe von Einzelmenschen in Erscheinung treten kann, die aber doch, wie wir gesehen haben, ihre Rückwirkungen zeitigt und durchaus ernst genommen werden muss. — So wird die innere Freiheit einzelner zur äusseren Freiheit vieler. Mit anderen Worten, die persönlichen Schranken werden zu staatlichen und umgekehrt. Äussere Freiheit ist deshalb vorhanden, wenn die demokratische Mehrheit der Staatsangehörigen die innere Freiheit besitzt, d.h. ihre Gemeinschaft als freiheitlich empfindet. Sie äussert sich rechtlich in den verschiedenen Arten von Grundfreiheiten und Grundrechten, wie sie jeweils in der Verfassung unterschieden werden.

Da eine Glaubensgewissheit Grundlage der inneren Freiheit ist, diese wiederum die äussere Freiheit bedingt, ist sie von unabsehbarer Bedeutung für die Freiheit überhaupt.

Das bisher Gesagte zusammenfassend, können wir folgendes festhalten:

²⁵ K. Jaspers, Geschichte a. a. O., S. 150.

Die örtliche und zeitliche Abgrenzung, wie sie notwendig ist, ist durch das Thema gegeben.

Der Begriff «Freiheit» darf wegen seiner Komplexität nicht dogmatisch, sondern muss dynamisch, seinem Charakter entsprechend, gehandhabt werden.

Will man den Grad von Freiheit untersuchen, so muss man einerseits nach der Empfindung von Freiheit (und damit nach den Ursachen dieses Empfindens), andererseits nach der Legitimität der Herrschaft fragen; denn «die Freiheit des Menschen beginnt mit der Geltung aufgezeichneter Gesetze des Staates, in dem er lebt»²⁶.

Damit ist die Grundlage einer Untersuchung, ob der Staatsinterventionismus freiheitsbeschränkend sei, und wenn nein, wie weit er gehen dürfe, bis er es werde, geschaffen.

3. Der Staatsinterventionismus

A. Die Begründung des Interventionismus

Unter Interventionismus ist eine Gestaltung der Wirtschaftspolitik zu verstehen, die grundsätzlich noch auf dem Boden der marktwirtschaftlichen Ordnung steht, jedoch mit systematischen, den wirtschaftspolitischen Zielen entsprechenden Eingriffen arbeitet²⁷. Über einen be-

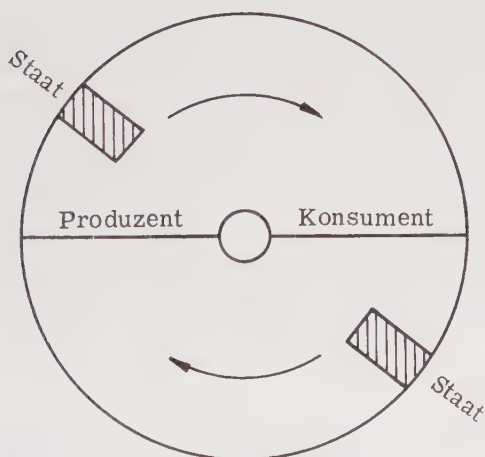


Fig. 3

stimmten Grad des Interventionismus ist damit noch nichts ausgesagt. Sein Spielraum bewegt sich zwischen den beiden Extremwerten des Nichteingreifens und des totalen Eingreifens, soweit dadurch nicht das marktwirtschaftliche Prinzip an sich eingebüsst wird. Dieser Grad lässt sich, allerdings sehr schematisch und verallgemeinernd, an einem Kreislaufschemata der Wirtschaft darstellen (Fig. 3).

²⁶ K. Jaspers, *Geschichte a. a. O.*, S. 153.

²⁷ Vgl. dazu: *Handb. d. schw. V. W.*, II. Bd., a. a. O., S. 580 ff. und Schweizer

Ausser den Produzenten und Konsumenten im wirtschaftlichen Sinn, schaltet sich auch der Staat in den Kreislauf ein. Die schraffierten Balken verkörpern alle möglichen Eingriffe des Staates in ihrer Gesamtheit und können so, allerdings in sehr abstrakter Weise, als Gradmesser der Grösse des Staatsanteiles an der Wirtschaft gelten.

In solcher Gestalt ist der Grad des Interventionismus an Hand der Statistik einigermassen feststellbar. Allerdings werden so, abgesehen von den oft mangelhaften und fragwürdigen Zahlengrundlagen, auch nur die Primärwirkungen, die unmittelbaren Effekte, die vom Staat auf die Wirtschaft ausgehen, erfasst. Ohne Zweifel wird dadurch die Statistik als Arbeitsgrundlage bis zu einem gewissen Grad in Frage gestellt, denn hinzu kämen all die kaum erfassbaren, indirekten Wirkungen, die die Wirtschaftspolitik des Staates in grossem Masse zeitigt.

Durch diese Umschreibung sind aber erst die möglichen Staatseingriffe auf wirtschaftlichem Gebiet festgestellt. Sie kommen jedoch auch in allen übrigen Bereichen des menschlichen Lebens, und den dieses Leben bedingenden Gebieten vor; und nicht zuletzt wirken die wirtschaftlichen Interventionen ihrerseits wieder auf die übrigen Bereiche menschlichen Lebens zurück. — Vorerst interessieren sie mich in ihrer Gesamtheit und in der Summe ihrer Wirkungen. Wenn ich deshalb von «Interventionismus schlechthin» spreche, so meine ich damit jede mittelbare oder unmittelbare, jede gewollte oder ungewollte Einflussnahme des Staates auf das private Leben jedes Einzelnen; allerdings unter der Voraussetzung des Vorhandenseins eines legitimen Herrschaftsverhältnisses. Darin ist selbstverständlich der wirtschaftliche Interventionismus als Sonderfall eingeschlossen.

Der «Interventionismus schlechthin» ist ursächlich durch die Konzessionen, die jeder Einzelne an die Gesellschaft zu leisten hat, bedingt. «Ein gut Teil des Ringens der Menschheit staut sich um die eine Aufgabe, einen zweckmässigen, d. h. beglückenden Ausgleich zwischen individuellen und kulturellen Massenansprüchen zu finden; es ist eines ihrer Schicksalsprobleme, ob dieser Ausgleich durch eine bestimmte Gestaltung der Kultur erreichbar oder ob der Konflikt unversöhnlich ist»²⁸.

Der Mensch ist bis zu einem gewissen Grad gesellig und sozial veranlagt. Man kann und soll das feststellen, aber nur dann, wenn man

Lexikon —, Interventionismus. / Entgegen der oft vertretenen Auffassung, bezeichne ich auch eine systematische Ordnung der Wirtschaftspolitik als Interventionismus. Es handelt sich dabei, nach meiner Ansicht, nur um einen gesteigerten Grad desselben.

28 Sigm. Freud, «Das Unbehagen in der Kultur», Frankfurt und Hamburg 1955, S. 131.

gleichzeitig akzeptiert, dass er auch ungesellig und voller antisozialer Impulse ist. Gesellschaft und Zusammenleben sind deshalb nicht etwas Niedliches, wie das der Liberalismus glaubte, sondern vielmehr eine gewaltige Tragödie, ein ständiger, skrupellos geführter Kampf, von dem die Geschichte als Ganzes ein beredtes Zeugnis ablegt²⁹. — Und wenn man gar in erdgeschichtlichen Intervallen zu denken versucht, so muss man sich ernsthaft die Frage stellen, ob nicht auch die demokratische Staatsform als mögliche Grundlage des Zusammenlebens eine schöne Täuschung über das wirkliche Zusammenleben von Menschen ist. Wohl glauben wir an sie, wohl stellt sie gewissermassen ein Optimum dar, doch, hat man sich nicht auch einmal voller Hoffnung an die Möglichkeit des Liberalismus, der freien Marktwirtschaft geklammert?

Die ursächliche und wichtigste Wurzel des «Interventionismus schlechthin» ist also in den asozialen Impulsen eines jeden Individuums zu suchen. Er ist somit notwendige Grundlage jeder Gemeinschaft. — Die Diskussion kann nur mehr um dessen Grad gehen.

Seit dem «missglückten» Zeitalter des Liberalismus ist ein gewaltiges Anwachsen des «Interventionismus schlechthin» — sei es in Form des wirtschaftlichen Interventionismus, oder aber in Form des Eingreifens des totalen Staates kommunistischer Prägung — das charakteristische Merkmal der Geschichte geworden. — Der weitere Schritt wird nun darin bestehen, die Ursachen dieses Wachstums zu untersuchen.

Durch die Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technik seit und vor dem Zeitalter der industriellen Revolution, ist die Gesamterkenntnis und damit der Horizont der Menschheit um ein Gewaltiges gewachsen. Auf naturwissenschaftlichem Gebiet sind für damalige Verhältnisse verblüffende Gesetzmäßigkeiten aufgedeckt worden und haben Hypothesen verworfen und ersetzt. Das alte Weltbild, zum Teil dogmatisch-religiös begründet, musste weichen. Durch die Technik und durch die modernen Kommunikationsmittel wurde der territoriale Horizont über den ganzen Erdball ausgeweitet. Spezialisierung und Arbeitsteilung wurden immer weiter vorgetrieben, so dass heute ein Wissen der Gesamtheit der Erkenntnis einem einzelnen Menschen unmöglich geworden ist.

Die Transzendenz aber liegt ausserhalb dieser Erkenntnisgrenze und ist damit, vom Einzelmenschen aus gesehen, in weite Ferne gerückt. Sie ist nicht mehr greifbar, und nur noch wenige vermögen, mittels Denkprozessen, an diese Grenze zu gelangen; und auch dann nur, in-

29 Vgl.: J. Ortega y Gasset, Römisches Imperium, a. a. O., S. 24 f.

folge der Spezialisierung innerhalb eines begrenzten Sektors. In Figur 4 habe ich versucht, diese neue Situation der alten, in allerdings sehr schematischer Weise gegenüberzustellen:

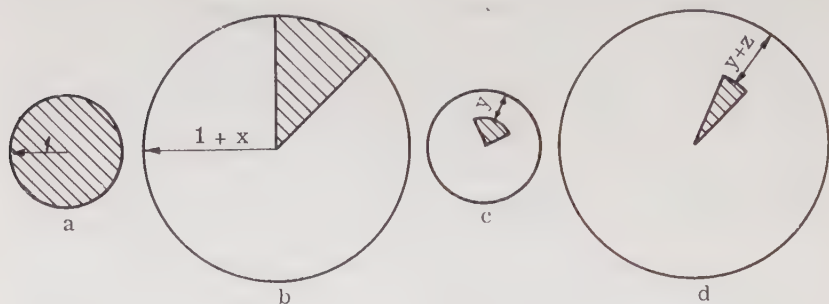


Fig. 4

In Bild a und b werden die Optimalmöglichkeiten eines geistig sehr hochstehenden Menschen dargestellt. Der Radius des Gesamterkenntnis-kreises hat gegenüber früher um ein Wesentliches, um den Wert x zu- genommen. War es Gelehrten früher möglich, an allen Stellen an die Peripherie des Erkenntnis-kreises zu gelangen (a), so gelingt ihnen dies heute, infolge der Ausweitung und der Spezialisierung, nur noch auf einem Sektor. — In Bild c und d ist die gleiche Situation für einen Durchschnittsmenschen dargestellt. War er früher (c) in seinem Sektor nur um y von der Peripherie entfernt, so ist heute (d) nicht nur dieser Sektor enger geworden, sondern auch die Entfernung von der Peripherie hat um den Wert z zugenommen. — Obschon, absolut gesehen, die Summe der Erkenntnis quantitativ in beiden Fällen gestiegen sein mag, hat sie jedoch relativ — für den Einzelmenschen — im Verhältnis zum Ganzen abgenommen.

Obwohl diese Entwicklung Jahrhunderte dauerte, so ist sie doch, gemessen an der Menschheitsgeschichte als Ganzem, von sehr kurzer Dauer, und es scheint, dass sie genügt hat, eine Unsicherheit aufkom- men zu lassen, ein festes Weltbild ins Wanken zu bringen und eine einheitliche, verbindliche Weltanschauung umzustürzen. Das mochte auch Schumpeter meinen, wenn er schreibt: „Glauben in jedem echten Sinn entschwand immer rascher aus allen Klassen der Gesellschaft, und damit erlosch in der Welt des Arbeiters der einzige Lichtblick“³⁰.

³⁰ Jos. Schumpeter, a. a. O., S. 20.

Darin, in der Vergrößerung der Entfernung von der Erkenntnisgrenze, ist wohl die Hauptursache der schon festgestellten, mangelnden Glaubensgewissheit, auf welcher die Staatsgrundidee aufbaut, zu suchen. — Das Bedürfnis nach Transzendenz bleibt wohl bestehen, doch tritt an Stelle der früher daraus resultierenden Bindung eine Unsicherheit, ein Hohlraum. Diese Unsicherheit kann zum Teil durch eine Ideologie scheinbar kompensiert werden; sie kann aber auch in das Bedürfnis nach einer optimalen Sicherung im Diesseits ausmünden. Diese optimale Sicherung wiederum, kann nur von der und durch die Gemeinschaft erwartet werden, was zwangsläufig eine Steigerung des «Interventionismus schlechthin» nach sich zieht.

Die Wissenschaft, die Technik und das Leben überhaupt, werden dadurch immer mehr zweckgerichtet. Das sinngerichtete, humanitäre Geistesgut erfährt durch diese fragwürdige Wertgrundlage einen empfindlichen Schlag³¹. — Der Boden, auf dem die menschliche Klassen- oder Ständebildung wächst und sich gestaltet, ist die Wertung. Da aber jeder Mensch in sich das Bedürfnis fühlt, innerhalb der sozialen Stufen möglichst hoch hinaufzusteigen, ist er, um demselben gerecht zu werden, gezwungen, sich weitgehend der zweckgerichteten Wertung anzuschließen. — Damit liegt auch in der Wertung als Sekundärwirkung ein kumulativer Prozess in der aufgezeigten Richtung beschlossen.

Durch den Mangel an Bindung an die Transzendenz ist aber auch eine der wichtigsten Grundlagen zur Nivellierung, und damit für den heutigen Massenmenschen geschaffen, welcher ohne wirkliche Prinzipien und ohne Imperativ, d. h. ohne Bindung an das Jenseits oder aus Erkenntnis, jeweils das proklamiert, was ihm die Situation eingibt. — Auch er begünstigt den «Interventionismus schlechthin» mittelbar.

Der Prozess der Vermassung³² ist also in seiner tiefsten Schicht weltanschaulich begründet. Es wäre deshalb Don Quichotterie, der Zukunft vorgreifend, und damit organisch-historisches Wachstum verneinend, gegen diese Ursachen der Entwicklung ankämpfen, sie ausrotten zu wollen. Nun ist es aber doch so, dass noch viele äussere Umstände diesen Prozess befördern. Hier allerdings liessen sich vorbeugende Massnahmen treffen. Hier soll und kann eine Bremswirkung von Nutzen sein.

In der Folge sollen nun einige solcher Faktoren, die bei diesem Prozess Katalysatordienste leisten, hervorgehoben werden.

³¹ Vgl. auch: P. Lersch, «Der Aufbau der Person», München 1956, S. 392 ff.

³² Vgl. dazu ganz allgemein: J. Ortega y Gasset, «Der Aufstand der Massen», Stuttgart 1955.

Die Statistik, und davon war schon einmal die Rede, ist im Stande, sehr Positives zu leisten und sehr fruchtbar auf Wissenschaft und Praxis einzuwirken, sofern sie in dem, ihr zugehörigen Rahmen gehandhabt wird. Heute scheint es aber, dass man von ihr mehr erwartet, als sie zu geben im Stande ist. Dabei treten ihre negativen Seiten zu Tage. Für alles und jedes gibt es statistische Grundlagen und Mittelwerte, die meistens als Kondensat der Wirklichkeit betrachtet werden³³. C. G. Jung spricht sogar vom Vorhandensein eines «statistischen Weltbildes» und mahnt, dass dessen psychologische Wirksamkeit nicht unterschätzt werden dürfe, zumal es das Individuelle zu Gunsten anonymer, nicht unbedingt existenter Einheiten, die sich in Massenprinzipien anhäufen, verdränge³⁴. Die einzelnen Menschen werden gleichgeschaltet. Der Kollektivismus, und damit eine der Grundlagen zum «Interventionismus schlechthin», erhält Auftrieb.

Eine weitere kumulative Wirkung — die sich zum Teil praktisch in den schon erwähnten, relativ schwachen Stimmbeteiligungen äussert — wird durch eine, im Grunde genommen banale Feststellung erklärt. Durch das Wachstum des «Interventionismus schlechthin» im demokratischen System hat sich der Staat mit immer mehr Problemen auseinanderzusetzen und mit ihnen an die Öffentlichkeit zu treten. Die Folge davon stellt sich unweigerlich ein, indem sich das Individuum mit den Einzelheiten nicht mehr in der Masse befassen kann, wie es erforderlich wäre, sei es, dass ihm zeitlich und materiell die Grundlagen fehlen, oder aber, dass vielleicht gerade deshalb auch das Interesse dafür abnimmt. Dem Staat als Sozialstaat wird eine dermassen grosse Zahl von Aufgaben zuteil, dass der einzelne Angehörige, auch wenn er guten Willens ist, die Übersicht einbüssen muss. Ohne Zweifel hat aber gerade das zur Folge, dass der «Interventionismus schlechthin» seinerseits wiederum befördert wird³⁵. — Die Ansicht des einzelnen Staatsangehörigen wird auch dadurch verwässert, dass er in öffentlichen Angelegenheiten jeweils vor eine ultimative Frage gestellt wird. Es bleibt ihm oft nur die Möglichkeit, zu einer fertig ausgearbeiteten Vorlage ja oder nein zu sagen. Aus diesem Grund ist die Fragestellung, die einer Abstimmung zu Grunde liegt, von grosser Bedeutung. Sie kann irreführend sein, und damit gewissen Macht- und Gruppeninteressen Vorschub leisten. —

«Die Welt des Menschen, der Gesamtzustand, in dem er lebt, erwächst der gemeinschaftlichen Arbeit. Dies fordert daher jederzeit Ar-

33 Vgl. C. G. Jung, *Gegenwart und Zukunft*, a. a. O., S. 7 f.

34 Vgl. C. G. Jung, *dto.* S. 10.

35 Vgl. auch: H. Schelsky «Soziologie der Sexualität», Hamburg 1957, S. 59 ff.

beitsteilung und Arbeitsorganisation»³⁶. Nun bestimmt aber die Entwicklung der Technik, der technische Fortschritt weitgehend den Charakter dieser Arbeitsorganisation, den Karl Jaspers in der heutigen Situation folgendermassen charakterisiert: «Infolge der Lebensgestaltung als Maschinenarbeit, verwandelt sich so die Gesellschaft in eine einzige grosse Maschine, in die Organisation des gesamten Lebens. — Alles was noch wirken will, muss nach dem Vorbild der Maschine gestaltet werden, d. h. muss einen exakten, zwangsläufigen, in äussere Regeln gebundenen Charakter gewinnen»³⁷. Dies sind jedoch alles Voraussetzungen, die dem eigentlichen Individuum nicht entsprechen. Es muss sich über das Mass zu Gunsten allgemeiner Prinzipien preisgeben. Dadurch wird es aber sozusagen für den «Interventionismus schlechthin» vorgeformt, den auch ihm ist das Individuelle ein Hemmschuh. Diese Wirkung der Arbeitsorganisation dehnt sich auch auf den Staat aus. Er wird immer mehr Mittel zum Zweck, zum Zweck des technisch-wirtschaftlichen Fortschritts.

Der technische Fortschritt birgt aber noch andere Möglichkeiten des zunehmenden «Interventionismus schlechthin» in sich. Zum Beispiel steigen die Lohnkosten entsprechend der grossindustriellen Produktivitätssteigerung. Dieser Produktivitätszuwachs ist jedoch von Branche, Grösse und Art des Betriebes abhängig und daher unterschiedlich gross. So sind auch die Grundlagen möglicher Lohnsätze sehr verschieden. Die Existenzgrundlage bei Grenzbetrieben schwindet³⁸ wegen dieser Spannung zwischen Produktivitätszuwachs und Lohnsteigerung zusehends; denn, vermögen diese Betriebe nicht der nach unten undynamischen Lohnpolitik der Arbeitnehmerorganisationen gerecht zu werden, so wandern die nötigen Arbeitskräfte ab³⁹. Gleichzeitig ist aber die Erhaltung des Mittelstandes ein Ziel der Wirtschaftspolitik. Der Staat wird also zu Subventionen und Unterstützungszahlungen gezwungen, wodurch sein Einfluss wächst.

Zweifellos ist der Katalog dieser, den «Interventionismus schlechthin» begünstigenden Faktoren bei weitem nicht vollständig, doch glaube ich einige Ursachen und Tendenzen in ihrer Richtung aufgezeigt zu haben.

36 K. Jaspers, Geschichte a. a. O., S. 106.

37 K. Jaspers, Geschichte a. a. O., S. 121. / Als wissenschaftliches Beispiel kann vielleicht hier die Ökonometrie (im makro-ökonomischen Bereich) genannt werden.

38 Es handelt sich z. B. um: Klein- und Mittelbetriebe, Reparaturbetriebe, Theater und kulturelle Institutionen.

39 Diesen Gedanken entnahm ich einem Seminar bei Prof. Dr. G. Bombach, WS 1957/58, Uni. Basel.

Ist es nicht zusammenfassend doch so, dass, wie Karl Jaspers sagt, das Zeitalter die Theorie von dem erfindet, was es tut? «Die Theorie selber aber wird alsbald ein Mittel der Steigerung des Übels, das sie bekämpft»⁴⁰.

Der Liberalismus zog den ursächlichen Fehlschluss, dass er, geblendet von neu entdeckten Naturgesetzlichkeiten, auch eine solche der Gesellschaft gefunden zu haben glaubte. — So ergibt sich eigenartigerweise, dass, wie aus dieser Untersuchung hervorgeht, Liberalismus und Interventionismus zu einem gewissen Teil im gleichen Boden wurzeln, nämlich im Boden der Naturwissenschaften und der Technik.

Endlich ist zu sagen, dass der Liberalismus selbst, gewissermassen als These, seine Antithese, den Interventionismus und im Extremfall sogar den Kommunismus induziert hat. — Das nächste Kapitel wird sich deshalb, wenn man so sagen kann, mit der dazugehörigen Synthese, einem optimalen «Interventionismus schlechthin», zu befassen haben. «Es ist die wichtigste Frage, deren Lösung für die Kultur des Abendlandes entscheidende Bedeutung besitzt, ob dieses Problem eine Gestaltung findet, die in der sozialen Neuordnung der Gemeinschaft, im Umbau von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft doch die persönliche Freiheit wahrt und hebt»⁴¹.

B. Die Grenzen eines sinnvollen Interventionismus

Durch das bisher Gesagte habe ich das Wesen des Staates in seinem Verhältnis zum Individuum dargestellt. Auch die Notwendigkeiten des Interventionismus und seine Ursachen kamen zur Sprache. Es gilt nun, sich mit dem Schwersten und Problematischsten, sozusagen mit der Konsequenz des Gesagten auseinanderzusetzen. — Eine sinnvolle Grenze des Interventionismus soll gesucht werden. Theoretisch wird sie dort liegen, wo die negativen Wirkungen das Positive der Staatseingriffe überwiegen, wobei negativ und positiv der heutigen Situation entsprechen ausgelegt werden. Aber wo liegt diese Grenze in Wirklichkeit, ist sie überhaupt zu finden und wie soll bei einem allfälligen Anlangen an ihr verhindert werden, dass der Interventionismus sie überschreitet?

Absolut ist jede «Intervention schlechthin» eine Freiheitsbeschränkung. In Wirklichkeit verhält es sich jedoch anders. Sämtliche Staats-

⁴⁰ K. Jaspers, *Geschichte a. a. O.*, S. 131.

⁴¹ E. Salin, «Geschichte der Volkswirtschaftslehre», Bern und Tübingen 1951, Seite 125.

eingriffe können auf Grund einer legitimen Herrschaft als vom Volk in demokratischer Meinungsäusserung gewollt erfolgen. In diesem Fall könnte, wie wir gesehen haben, nicht mehr von einer Freiheitsbeschränkung die Rede sein, da die Empfindung von Freiheit gleichwohl erhalten bleibt. -- Damit gelangen wir zu einer ersten Richtlinie:

Solange der «Interventionismus schlechthin» durch das demokratische Prinzip gewollt zustande kam, und auf Grund eines legitimen Herrschaftsverhältnisses angewandt wird, solange kann seine Grenze nicht überschritten sein.

Man könnte nun auf den Gedanken kommen, dass in einem Staatswesen, wie es die Schweiz darstellt, diese Grenze überhaupt nie erreicht werden könne, vorausgesetzt allerdings, dass die demokratische Staatsform erhalten bleibt; dass es somit gar keine Begrenzung gebe.

Soviel diese Auffassung auch für sich haben mag, so unterliegt sie doch dem Vorwurf, opportunistisch zu sein. Der Opportunismus ist heute sehr weit verbreitet, und nur zu oft weckt er die falsche Vorstellung einer wirklichkeitsnahen Auffassung. Gerade durch ihn aber wird die Entwicklung in der Richtung, in der sie schreitet, noch gefördert, unabhängig davon, ob sie zu anerkennen oder zu verwerfen sei. Solche Auffassungen haben es an sich, sehr einleuchtend zu erscheinen. Da hinter ihnen jedoch keine eigene Haltung zu finden ist, bereiten sie etliches Unbehagen.

Der oben getroffene Schluss wäre nur unter der Bedingung zulässig, dass die Demokratie in reiner, unverfälschter Form, gegründet auf hochstehenden und altruistischen Motiven, und ohne Krankheitssymptome vorhanden wäre. Das ist sie aber nicht. Ich habe die Faktoren, welche der «Krankheit» zu Grunde liegen, aufzuzeigen gesucht. Es folgt daraus, dass die Meinungsbildung oft ohne Kenntnis der daraus resultierenden Konsequenzen erfolgt, dass die Masseninstinkte der Objektivität in keiner Weise zuträglich sind, und dass die Motive, die zu einer Forderung führen, oft anfechtbar sind. Dazu kommt, dass Grundsätze wie Gerechtigkeit, Wohlstand und andere Schlagworte in weitem Masse gegenstandslos geworden sind.

Wenn unter Dämonie ein von Menschen Hervorgebrachtes und doch Ungewolltes, das gleichsam Hintenherumgeschehende verstanden wird⁴², so könnte man diesen Prozess wahrlich als dämonisch bezeichnen.

Wenn beispielsweise der Begriff «Gerechtigkeit» als Postulat infolge der Unmenge von Auslegungsmöglichkeiten unhaltbar wird, so kann man daraus nicht schliessen, dass es keine Gerechtigkeit an sich gebe,

42 Vgl. K. Jaspers, Geschichte a. a. O., S. 120 f.

dass sie nicht trotzdem angestrebt werden solle. Es geht vielmehr darum, und der Zustand sollte diese Auffassung noch bestärken, dem Begriff wieder einen erstrebenswerten, objektiven Sinn zu geben.

Würden wir also die Legitimität als Konzession an den Interventionismus betrachten, so hiesse das nichts anderes, als sämtliche Zustände so hinzunehmen wie sie sind, kritiklos und resignierend.

Wohl ist die Legitimität eine bedeutende Voraussetzung, die unbedingt vorhanden sein muss, doch muss eine Korrektur, eine Beeinflussung der Politik bereits innerhalb ihrer Grenzen erfolgen, d. h. auf der Ebene der Spezialideen. Eine allfällige Einsicht könnte sich sonst als zu spät kommend erweisen. Die Legitimität ist sozusagen nur der äusserste Ring der Begrenzung, wobei dessen Überschreitung in abrupter und ahnungsloser Weise zur Illegitimität führen könnte. Es wäre deshalb gefährlich, das Schicksal in dieser Weise gleichsam herauszufordern, insbesondere, wenn man sich die Entwicklung des Interventionismus vor Augen hält.

Nachdem man die Fehler des Liberalismus eingesehen hatte, unternahm man es, sie zu beheben. Es entspricht einer natürlichen Reaktion und Entwicklung, wenn es zuerst in einer symptomatischen Behandlungsweise versucht wurde. Die Eingriffe erfolgten zuerst auf Grund einzelner Notwendigkeiten, voneinander unabhängig und je nach Bedarf. Diese Periode des «Interventionismus» im eigentlichen Sinne des Wortes, wurde bald durch eine andere abgelöst, diejenige der eigentlichen Wirtschaftspolitik. Die Eingriffe erfolgen nun systematisch und prophylaktisch. Ihre Gesamtheit weist eine Struktur auf, die sich an den wirtschaftspolitischen Zielen orientiert. Das Vorgehen ist soweit bereits ein planmässiges⁴³. Diese Entwicklung beweist eine eindeutige Zunahme des Interventionismus, und doch erscheint sie uns als natürlich, beinahe als zwingend, denn wie könnte die symptomatische Behandlung all dieser Übel auch das Richtige sein? Offen bleibt aber die Frage, ob denn die Therapie des vermehrten Staatseingriffes die einzige Möglichkeit überhaupt sei? Führt man nämlich diesen Gedanken in seiner möglichen Richtung weiter, so sieht man, dass es sich um einen kumulativen Prozess handelt. Immer mehr Eingriffe wird er zur Folge haben. Das Individuum wird immer mehr seiner Eigenart der Kollektivität opfern müssen. Die Farbigkeit des Wirtschafts- und Staatsbildes wird verblassen, und irgendwann wird man an den Punkt gelangen, wo die Legitimität solcher Herrschaft aufhört, wo Negatives das Positive überwiegen wird. Die Teilplanung wird immer mehr in eine totale Planung

43 Vgl. Handb. d. schw. V. W., II. Bd., a. a. O., S. 580 ff.

übergehen. — Die Bürokratie, welche Mittel sein sollte, wird zum Selbstzweck. Die Anordnungen werden ständig komplizierter. Die Entmündigung der Bevölkerung wird zugleich diese Bevölkerung zwingen, immer mehr Arbeitskraft für die Durchführung der Anordnungen zur Verfügung zu stellen⁴⁴.

Dass die Entwicklung in dieser Richtung geht, mag auch die Ansicht von Edgar Salin sein, wenn er im Anschluss an Malthus schreibt, er sei «ein erschütternder Beleg, welche religiösen und menschlichen Seelenwerte zu Beginn des Jahrhunderts noch lebendig und tätig waren, bis dann die Verstaatlichung der Sozialpolitik ihre letzten Reste versteinert und verbeamtet hat»⁴⁵.

Andererseits liegt auf der Hand, dass das «laissez-faire» des Liberalismus auch nicht das Richtige sein kann. Die wirtschaftlich Stärkeren würden die Schwächeren skrupellos verdrängen, was so weit ginge, dass die wirtschaftliche Macht zuletzt nur noch in den Händen einiger weniger Monopolisten läge. Da aber wirtschaftliche und politische Macht in unserer Zeit kaum mehr zu trennen sind, so würde das die Diktatur einer Minderheit zur Folge haben⁴⁶.

Auch das kann nicht der Zweck staatlichen Zusammenschlusses sein, da wiederum die Legitimität eingebüsst würde. — Doch «der berechtigte Kampf gegen die Irrtümer liberalistischen Denkens darf nicht zum Kampf gegen die Liberalität selber werden»⁴⁷. Denn das, was uns unter der historischen Situation des Liberalismus bekannt ist, ist nur eine seiner Spielarten. Dass es jedenfalls nicht die richtige war, das hat sich erwiesen.

Gelingt es nicht, den Interventionismus zu begrenzen, so will es scheinen, dass diese beiden Voraussichten ausschliesslichen Charakter annehmen. — Es scheint nun immer deutlicher, dass eine solche Grenze gefunden werden muss.

Die optimale Situation wird demzufolge nicht in einer freien Marktwirtschaft liegen. Es wäre unsinnig zu glauben, man könnte eine Entwicklung ungeschehen machen. Die optimale Situation wird aber auch nicht ganz dirigistischen Charakter haben, sondern der Staat muss den Weg zwischen diesen beiden Grenzsituationen finden. — Welches sind die Kriterien, die für diesen Weg entscheidend sind?

Das wichtigste Kriterium, das allerdings auch in den Grenzsituationen erfüllt sein kann, wurde bereits festgestellt. Es ist die Empfindung von

44 Vgl. K. Jaspers, *Geschichte*, a. a. O., S. 176.

45 E. Salin, *Geschichte*, a. a. O., S. 87.

46 Vgl. dazu: J. Schumpeter, a. a. O., 2. Teil «Kann der Kapitalismus weiterleben?».

47 K. Jaspers, *Geschichte*, a. a. O., S. 171.

Legitimität, von Freiheit auf demokratischer Basis. Es ist gewissermassen die äusserste Grenze, die unter keinen Umständen überschritten werden darf.

Eine praktisch unbegrenzte Zahl von Faktoren bestimmt den Ablauf einer differenzierten, arbeitsteiligen Wirtschaft. Kein Verstand kann sie in ihrer Gesamtheit erfassen. «Wir wissen nie das Ganze überhaupt, sondern nur darin.» Jede Intervention und jede Politik setzt aber ein Wissen um die Zukunft voraus, eine Zukunft, um die schlechterdings nicht gewusst werden kann⁴⁸. Aus diesem Grunde treten bei allem planmässigen Handeln Wirkungen auf, die nicht beabsichtigt sind und nicht vorauszusehen waren. Je mehr eine getroffene Intervention oder ein politischer Eingriff in Gebieten ausserhalb des Rationalen und Mechanischen erfolgt, je mehr er in das Lebendige und geistig Vernünftige übergreift, desto mehr unvorhergesehene Wirkungen können deshalb eintreten. «Allem Planen und Machen ist dort die Grenze gesetzt, wo der Mensch sich frei geben muss in seinen Chancen»⁴⁹. — Damit gelangen wir zu einer weiteren, einschränkenden Bedingung zur Erhellung des gesuchten Optimums:

Interventionen sollen nur in Gebieten getroffen werden, wo die eintretende Wirkung und ihre Nebenwirkungen in vernünftiger Weise vorausgesehen werden können, wo eine gewisse Rationalität im Voraus gegeben ist.

Auf der einen Seite haben wir die drohende Gefahr des Übernehmens des Staates, die einigermassen konkret vorausgesehen werden kann; auf der anderen Seite jedoch steht uns die Chance des freien Zusammenspiels der Kräfte offen. Wohl wohnt ihr ein grosses Risiko inne, doch scheint sie bei gemässer Handhabung einen Weg aufzuzeigen, der vernünftigerweise als der menschenwürdigere erscheint.

Ein weiterer Bestimmungsgrund ist also der, dass dort, wo aus der freien Wahlmöglichkeit des Einzelnen, aus dem freien Zusammenspiel der Kräfte, nicht ausdrücklich schädigende Folgen zu erwarten sind, dass dort Staatseingriffe vermieden werden sollten⁵⁰.

Wenn durch staatliche Anordnungen die individuelle menschliche Vernunft, der gesunde Menschenverstand vermeintlich ersetzt wird, so

48 Vgl. K. Jaspers, *Geschichte a. a. O.*, S. 177 f.

49 Idem S. 179 f.

50 Es wäre durchaus denkbar, dass, wenn gewisse Regungen rundweg unterdrückt werden, auch die Massenpsyche neurotisch werden, oder dass sogar eine Art Schizophrenie eintreten könnte. Vgl. C. G. Jung, *Gegenwart und Zukunft a. a. O.*, S. 38.

ist diese Chance missachtet. Es ist sehr wohl möglich, dass ein Teil eines Volkes solche Massnahmen begrüsst. Es wird dies aber jener Teil sein, der geistige Arbeit ohnehin gering einschätzt. Der wirklich denkende Mensch kann dadurch in seiner Arbeit und in seiner Entwicklung sehr stark behindert werden. Persönliche Stellungnahmen und eigenes Urteil sind Qualitäten, die den Menschen und dessen Würde schlechthin ausmachen, sie sollten deshalb gefördert werden. Nicht selten aber, und darin liegt etwas Bedenkliches, wird auf Grund der Unvernunft weniger die Vernunft vieler durch Gesetze ersetzt. Dadurch wird sie ihrer Anwendungsmöglichkeiten beraubt und zurückgebildet. Der Vermassung wird Vorschub geleistet, und der Weg zur Nivellierung erfährt einen neuen Impuls.

Bei jeder «Intervention schlechthin», die die einzelmenschliche Vernunft einschränkt oder in vorgeschriebene Bahnen lenkt, sollte deshalb vorher abgewogen werden, ob ihre voraussichtliche positive Wirkung diesen schweren Eingriff rechtfertigt.

Aber noch eine andere, die Demokratie gefährdende Folge kann bei Missachtung dieser Wirkung sich einstellen. Der Bereich der Staatspezialideen sinkt zuweilen durch die Vielfalt der Eingriffe auf eine banale, unwürdige Ebene ab. Es wird für den einzelnen Bürger schwierig, die Spreu vom Weizen zu scheiden, und dadurch wird er zur Gleichgültigkeit erzogen. Wie wir gesehen haben, ist aber die Passivität auf der Ebene der Spezialideen eine Krankheitserscheinung, die Demokratie und Freiheit schlechthin gefährdet. Auch dieser Prozess hat kumulativen Charakter und ist durchaus ernst zu nehmen.

«Es liegt auf der Hand, dass von der Art der Arbeit und ihrer Verteilung die Gesellschaftsstruktur und das menschliche Dasein bis in alle Ausläufer bestimmt wird. — Die Steigerung dieses Zusammenhangs zu einer monokausalen Auffassung der menschlichen Geschichte ist sicher falsch»⁵¹. Die heutige Tendenz, induziert durch Technik und Naturwissenschaften, scheint indessen diese Richtung eingeschlagen zu haben. «Alles Seelische und Geglaubte . . . kann nur unter der Bedingung der Nützlichkeit für den Zweck der Maschine zugelassen werden»⁵². Der Mensch wird zum Mittel, wird gleichgeschaltet. «Ein Schleier von Menschlichkeit wird zugelassen, ja gefördert und im Reden zur Hauptsache gemacht, aber die Menschlichkeit wird radikal verletzt, wo der Zweck es fordert»⁵².

Die Politik der Freiheit wird deshalb unrein, wenn sich egoistische oder technizistische Motive unter dem Deckmantel der Humanität in

51 K. Jaspers, *Geschichte*, a. a. O., S. 106.

52 K. Jaspers, *do.* S. 121.

die politischen Geschäfte einschmuggeln, «und die Unreinheit der Politik wird die Quelle der Unfreiheit!»⁵³

Durch diese Überlegungen ist einigermaßen versucht worden, den möglichen Standort einer sinnvollen Begrenzung des Interventionismus grob herauszuschälen, und einige Kriterien, die sich dazu ursächlich verhalten, aufzuzeigen. Es müsste, so scheint es mir, trotz Technik und Nivellierung ein sinnvolles Mass an Menschenwürde und Individualität gewährleistet werden können; und das ohne zu verleugnen, was die Sozialpolitik und was ein notwendiger Grad von «Interventionismus schlechthin» heute fordern.

Der Natur der Sache entsprechend, ist es allerdings nicht möglich, ein Rezept zu geben, doch kann man die Bedingungen untersuchen, die den Prozess befördern, und sie, soweit das im parlamentarischen Apparat möglich ist, in gewissen Schranken halten.

53 K. Jaspers, *Geschichte*, S. 158.

V. BETRACHTUNG DER PROBLEME VON VERSCHIEDENEN STANDPUNKTEN

1. Eine ethische Betrachtung

Wir wissen, dass die wirtschaftliche Bedeutung der schweizerischen Bergtler in dem Masse ab-, ihre Probleme aber in dem Masse zunehmen, wie die Entwicklung von Wirtschaft und Technik unaufhaltsam vorwärts drängt. — Trennt man die gesamte Entwicklung hypothetisch in eine kulturell-ideelle und in eine wirtschaftlich-technische, so zeigt sich am Beispiel der Bergtler deutlich, dass diese beiden Richtungen des Prozesses nicht parallel verlaufen. Die eine Entwicklung hinkt nach, und fast will es scheinen, dass das Kulturelle nur Überbau des Materiellen im Marx'schen Sinn geworden sei. Obschon der Zusammenhang interdependent ist, könnte man glauben, dass die vorausseilende technische Entwicklung ursächlich sei, denn die Wirkung kann der Ursache ja nicht vorangehen. — Ich befasse mich deshalb im folgenden mit dem Problem der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung und versuche, daraus auf das Kulturelle und Ideelle zu schliessen.

«Die Technik hat das tägliche Dasein des Menschen in seiner Umwelt radikal verwandelt, hat Arbeitsweise und Gesellschaft in neue Bahnen gezwungen. . . . Damit geschah und geschieht die Ablösung des Menschen von jedem Boden. Er wird Erdbewohner ohne Heimat. Er verliert die Kontinuität der Tradition. Der Geist reduziert sich auf Lernbarkeit und Abrichtung zu brauchbaren Funktionen»¹. «. . . Der Zusammenhang der einzelnen Art von Arbeit mit der ganzen unendlichen Masse von Bedürfnissen wird ganz unübersehbar und eine blinde Abhängigkeit»². Es scheint, als ob der Entwicklungsprozess sich selbstständig machen würde, indem er zu rasch vor sich geht, als dass die geistige Entwicklung mit ihm Schritt halten könnte. «Der Mensch ist zur Natur und ihrem Leben exzentrisch geworden, er hat die symbiotische Einheit mit der Welt weitgehend verloren. — Dieser Verlust ist es, der die existentielle, die Weltangst bedingt und nur auf der höheren Stufe des religiösen Bewusstseins ausgeglichen werden kann»³. Das Resultat ist ein stationäres Gefühl der Wurzellosigkeit, eine anonyme Angst, die in ihrem Gefolge Unruhe und Nervosität hat. Doch auch «in der Beherrschung der Natur bleibt die Unberechenbarkeit und damit die stndige Bedrohung, und dann das Scheitern im Ganzen: die

1 K. Jaspers, *Geschichte*, a. a. O., S. 97.

2 K. Jaspers, *Geschichte*, a. a. O., S. 109.

3 P. Lersch, *Aufbau der Person*, a. a. O., S. 275.

schwere, mühsame Arbeit, Alter, Krankheit und Tod sind nicht abzuschaffen. Alles Verlässlichwerden beherrschter Natur ist nur ein Besonderes im Rahmen der totalen Unverlässlichkeit»⁴.

Diese Spekulationen lassen uns fragen, ob denn diese Entwicklung nicht auf der anderen Seite zum Wohl des Menschen gereiche, indem sie ihm — eine der alltäglichsten Rechtfertigungen des Prozesses — einen höheren Lebensstandard, Verkürzung der Arbeitszeit und zusätzliche Unabhängigkeit von der Natur bringe?

Tatsächlich mag es scheinen, dass wirtschaftliches Wachstum, das sich in einer Steigerung der Produktivität äussert, den Wohlstand fördert. Trotz gleicher oder kürzerer Arbeitszeit erlaubt sie dem Menschen einen Mehrkonsum an Gütern. Ich habe früher darauf hingewiesen, dass der Wohlstandsbegriff eine tatsächliche Bedeutung erst dadurch erhält, dass ihm auch eine Komponente der Zufriedenheit beigelegt wird, denn was nützt ein steigender Lebensstandard, wenn dabei Unzufriedenheit und Wurzellosigkeit zunehmen?

Wichtig ist deshalb nicht der absolute Grad der Konsummöglichkeiten, sondern vielmehr die Relation, die zwischen den Bedürfnisbefriedigungsgraden einzelner Einkommensklassen bestehen. Die Figur 5 soll das in schematischer Weise darstellen:

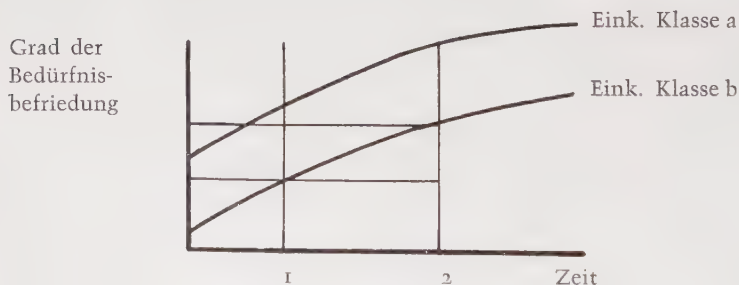


Fig. 5

Obschon sich während der Entwicklung vom Zeitpunkt 1 zum Zeitpunkt 2 der Grad der Bedürfnisbefriedigung der Einkommensklasse b beinahe auf den Stand desjenigen der Einkommensklasse a im Zeitpunkt 1 gehoben hat, bleibt doch der Unterschied im Grad zwischen Einkommensklasse a und b im Zeitpunkt 2 ein ähnlicher wie im Zeitpunkt 1.

⁴ K. Jaspers, Einführung in die Philosophie, a. a. O., S. 22.

Die Zufriedenheit aber mit dem Schicksal, wenn man so sagen will, hängt weitgehend von diesem Unterschied ab. Der Wohlstand, wie ich ihn auffasse, braucht deshalb trotz dieser Entwicklung nicht unbedingt zu steigen. Mehr noch, er könnte sinken, und das aus folgender Überlegung:

Die ständig sich steigernde Produktion bedarf grosser Absatzorganisationen. Die Absatztechniken werden bis in die letzten Feinheiten entwickelt. Dadurch wird jedermann mehr und ausdrücklicher denn je das vor Augen geführt, was er konsumieren könnte, stünde ihm mehr Einkommen zu seiner Verfügung. Hinzu kommt, dass der durch diese Entwicklung bedingte Nivellierungsprozess die Ansprüche ausserhalb des Grenznutzens des Einzelnen immer mehr «scheinbar» legitimiert.

Es scheint, dass es sich bei dem notwendigen wirtschaftlichen Wachstum, bei der anonymen Forderung nach Produktivitätssteigerung um einen Zirkel handelt, über den der Mensch seine Macht verloren hat.

Hier muss sich zwangsläufig die Frage stellen, ob die Wirtschaft Selbstzweck oder lediglich Mittel zum Zweck sei. Wäre sie Selbstzweck, so büssten wir unsere Freiheit ein, der einzelne Mensch wäre nur noch ein Rad in einer grossen Maschine, die ihre Art und ihre Leistung selbst bestimmt. Ist sie aber Mittel, so sind wir es, die bestimmten, geleitet vom Wunsche nach Zufriedenheit und Freiheit.

Immerhin möchte ich dieser eher pessimistischen Deutung auch die optimistische eines Naturwissenschaftlers gegenüberstellen⁵: Wenn wir die, uns bisher bekannte Geschichte der Erde und des Lebens auf der Erde betrachten, so sei aus ihr eine Art Überontogenese abzuleiten, die ziemlich deutlich, so schreibt E. Gagnebin, die Richtung angebe, die der Mensch zu gehen habe. Der Mensch sei in einer zunehmenden Differenzierung begriffen, die sich auf geistiges, organisches und psychisches Leben beziehe. Daraus werde offenbar, was aus der Entwicklungsgeschichte des Lebens überhaupt hervorgehe; dass diese Entwicklung dazu diene, das Lebewesen Mensch von seiner Umgebung immer unabhängiger werden zu lassen. Dies könne aber nur und einzig dadurch geschehen, dass er die ihn beherrschenden Naturgewalten in seine eigene Herrschaft bringe. Man dürfe nicht den Fehler machen, dass man diese Entwicklung am kleinen, zeitlichen Horizont von Jahrhunderten betrachte. Offenbar werde sie erst, wenn vor- und nachgängig unserer Zeit mit Jahrhunderttausenden gerechnet werde. Parallel mit dieser Entwicklung sei eine Art zunehmender Humanisierung feststellbar, da der Mensch sich immer mehr von seinem animalischen

5 Vgl. E. Gagnebin, *Geschichte der Erde*, a. a. O., Schlusskapitel.

Teil zu Gunsten des Geistigen loslöse. Der Endzustand möge in einer optimal guten, solidarischen und gegenseitig verständigen Gesellschaftsordnung liegen. Mehr noch, in der Masse, in der der Mensch die Materie bewältigte, werde er sich von materiellem Reichtum lösen.

Es ist uns nicht gegeben, die weitere Entwicklung vorauszusehen. Sie muss der Geschichte überlassen bleiben, und gerade deshalb, aus Verantwortung, sollte diese Verselbständigung der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung nicht vorurteilslos gefördert werden, denn ihre Folgen sind unabsehbar.

Diese Überlegungen werden realistischer, wenn ihnen noch aktuelle politische Betrachtungen folgen. Man könnte sie einteilen in solche, die den technischen und wirtschaftlichen Begebenheiten der heutigen Zeit mehr, und in solche, die ihnen weniger nachhinken. Aus dieser Annahme ergab sich denn auch die Einteilung in einen eidgenössischen und in einen internationalen Standpunkt (wobei unter dem internationalen Standpunkt vorerst die Aussicht auf ein integriertes Europa zu verstehen ist).

2. Der schweizerische Standpunkt

Artikel 41 der schweizerischen Bundesverfassung, der sich mit dem Finanzausgleich unter den Kantonen befasst, sagt unter anderem, dass bei der Gewährung von Bundesbeiträgen auf die Finanzkraft der Kantone und auf die Berggebiete angemessen Rücksicht zu nehmen sei. In Artikel 2 des Landwirtschaftsgesetzes heisst es, dass bei seiner Durchführung «den erschwerten Produktions- und Lebensbedingungen in den Berggebieten» besonders Rechnung zu tragen sei.

Das sind nur zwei von vielen Beispielen, die davon zeugen, dass nicht nur der Wille zur Hilfe an die Bevölkerung der Bergtäler vorhanden ist, sondern dass auch entsprechende Massnahmen getroffen werden. — Dieser Bereitschaft, einer Minderheit zu helfen, liegen verschiedene Motive zu Grunde:

Aus dem historischen Teil dieser Arbeit ging hervor, dass der Ursprung des Staates in den Bergtälern lag. Wenn sie auch später ihre dominante Stellung einbüssten, so ist doch zu sagen, dass im Schweizervolk das Bewusstsein um diesen Ursprung symbolisch weiterlebt. Es kommt in Festreden und ähnlichen Veranstaltungen deutlich zum Ausdruck und verhindert eine rein rationale Beurteilung der Probleme. Dieser Faktor spielt bei der politischen Meinungsbildung bewusst oder unbewusst mit.

In der demokratischen Staatsform, sowie in der langen christlichen Tradition liegt ein weiteres Motiv, das den Schweizer diese Unterstützung als Pflicht auffassen lässt. Da der Staat eine Konzession an die Gesellschaft bedeutet, hat er nach christlicher Auffassung die Pflicht, einer notleidenden Minderheit zu helfen. Dass diese Auffassung keiner gesetzlichen Notwendigkeit entspringt, mag der Erfolg zeigen, der den vielen privaten Sammlungen beschieden ist, die sich die Hilfe an notleidende Gruppen zum Ziele gesetzt haben.

Neben diesen Faktoren, die gefühlsmässig bei der Willensbildung mitwirken, gibt es aber noch eine stattliche Zahl konkreter Argumente, die eine Unterstützung fördern und die nicht minder wirksam sind. Sie setzen sich aus weitverzweigten Gruppeninteressen und Erfahrungen zusammen. Beide sind nicht dazu angetan, die notwendigen Konzessionen an eine Integration Europas zu machen. Die einzelnen Gruppen fühlen, dass ihnen dadurch ein Schutz, der Schutz der zwischenstaatlichen Zollmauern verloren ginge, dass die dadurch bedingte Strukturwandlung der Wirtschaft ihnen vielleicht schaden könnte. Ausserdem wäre es nach diesen Wandlungen kaum mehr möglich, das Land auf eine weitgehende Selbstversorgung umzustellen, und wohin das führen könnte, so wird argumentiert, haben die beiden letzten Kriege gezeigt. — So unsachlich diese Überlegungen sein mögen, so helfen sie doch deutlich bei der Meinungsbildung mit und beeinflussen durch die Demokratie die politische Haltung.

Diese Haltung lässt sich mit Hilfe der politischen Zielsetzungen charakterisieren. Neben der Neutralität sollen die Landwirtschaft, der Mittelstand und das Wehrwesen erhalten bleiben. Notleidende Wirtschaftszweige sollen, sofern sie für die Volkswirtschaft bedeutend sind, unterstützt werden. — Übertragen auf die Probleme der Bergtäler führt das zu folgender Einstellung:

Die Erfahrungen der beiden Weltkriege haben gezeigt, dass die Landwirtschaft auch in den Zwischenkriegszeiten auf einem leistungsfähigen Stand erhalten werden sollte⁶. Nur so sei eine weitgehende Selbstversorgung auch in Kriegsfällen gewährleistet. Dadurch wird die Landwirtschaft zum volkswirtschaftlich bedeutenden Wirtschaftszweig. Auf die Bergtäler überträgt sich dieser Umstand insofern, als für sie die Landwirtschaft der standortgünstigste Wirtschaftszweig ist. — Bringt man dieses Argument mit den vorhin erwähnten Faktoren der Meinungsbildung zusammen, so ergibt sich daraus, dass zur Erhaltung der Berg-

⁶ Obschon die heutigen Voraussetzungen von den damaligen grundverschieden sind, wird an dieser Einstellung grundsätzlich festgehalten.

landwirtschaft eine ausgebaute Schutzzollpolitik, in Verbindung mit einem starken Interventionismus⁷, durchaus gerechtfertigt sei.

Für die Landesverteidigung spielen die Berge eine sehr grosse Rolle. In ihnen ist der Festungsgürtel untergebracht, der kurz unter dem Begriff «Reduit» zusammengefasst wird. So werden die Bergtäler, vom eidgenössischen Standpunkt aus gesehen, auch für die Erhaltung der Wehrebereitschaft von ausschlaggebender Bedeutung. Es käme einer Schädigung des Verteidigungspotentials gleich, würde man die Wirtschaft dieser Gebiete selbst überlassen. In einem Ausstellungsführer (der die Meinung der Allgemeinheit vielleicht am ehesten zum Ausdruck bringt) steht zu lesen: «In Kriegszeiten kann aber das Bergland seine Aufgabe als Reduit nur dann richtig erfüllen, wenn dieser Raum bewohnt ist, wenn Möglichkeiten für Unterkunft und Nachschub vorhanden sind. — Es ist daher gerade vom wehrpolitischen Standpunkt aus ausserordentlich wichtig, dass in unseren Alpentälern ein gesunder, starker Bergbauernstand Grund und Boden bearbeitet»⁸. Ganz ähnlich lässt sich für die Bedeutung der Industrie in den Bergtälern vom wehrwirtschaftlichen Standpunkt aus argumentieren. Sie ist für das Rüstungspotential von grösster Bedeutung. Ausserdem kann der Entvölkerung, die vor allem die Landwirtschaft betrifft, nur entgegengewirkt werden, indem in diesen Gebieten selbst die Kaufkraft geschaffen wird, die notwendig ist, um den Potenzunterschied zu verringern. Auch aus diesen Gründen ist vom nationalen Standpunkt aus die Industrialisierung zu fördern.

Wenn man sich die Eigenarten der Bergtäler noch einmal vor Augen führt, so zeigt sich, dass sie für die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes gewissermassen eine Quelle sind. Der prozentuale Anteil der selbständig Erwerbenden ist bedeutend grösser als derjenige des Mittelandes. Wird deshalb die Erhaltung des Mittelstandes als politisches Ziel betrachtet, so spricht das wiederum für eine Unterstützung der Bergtäler.

Der Fremdenverkehr hat seine Heimat in den Bergen. In der schweizerischen Volkswirtschaft erfüllt er eine wichtige Aufgabe, zumal er der Zahlungsbilanz einen Aktivposten verschafft, der die Schweiz bis heute vor einer ausdrücklichen Schuldnerstellung im Rahmen der Weltwirtschaft bewahrt hat. Was wäre jedoch der Fremdenverkehr, wäre er in einer Gegend beheimatet, die nicht in der Lage wäre, für ihn die notwendigen, wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen?

7 Z. B.: Landwirtschaftsgesetz, staatliche Preisgarantien, u. a. m.

8 «Gebirgslandschaft in der Schweiz», Führer durch die SLA 1954 in Luzern, Seite 12.

Neben diesen Überlegungen, die die Haltung der Schweiz gegenüber den Problemen der Bergtäler bestimmen, gibt es noch eine grosse Zahl von Begründungen mit lokalem oder gefühlsbetontem Charakter, die sich jedoch bei näherem Zusehen oft, auch vom nationalen Standpunkt aus, als nicht stichhaltig erweisen.

So wird beispielsweise die Auffassung vertreten, dass der Geburtenüberschuss der Bergbevölkerung sich für die ganze Schweiz wie eine Bluterneuerung auswirke⁹. Dabei wird jedoch vergessen, dass man die Abwanderung, die es ja gerade zu beheben gälte, voraussetzt, ja, dass dieser Geburtenüberschuss durch eine erfolgreiche Lösung der Probleme sehr wahrscheinlich abnehmen würde, und dass bei einer Angleichung der Bergbevölkerung an diejenige des Mittellandes nicht mehr von «Blutauffrischung» gesprochen werden könnte.

Neben diesem schweizerischen Standpunkt gibt es aber noch die internationale Sicht, durch die manche Auffassungen, die noch bis heute in der schweizerischen Politik ihre Geltung haben, in grossem Masse relativiert werden.

3. *Die internationale Sicht*

«Die Welt ist europäisch geworden durch Aufnahme europäischer Technik und europäischer nationaler Forderungen, und wendet beides mit Erfolg gegen Europa. Europa ist, als das alte Europa, nicht mehr beherrschender Weltfaktor. Es ist abgetreten, überflügelt durch Amerika und Russland von deren Politik das europäische Schicksal abhängt —, wenn Europa nicht im letzten Augenblick sich zusammenfindet und stark genug wird, sich in Neutralität zu halten, wenn ein neuer Weltkrieg den Planeten in die vernichtenden Stürme bringt»¹⁰. Karl Jaspers zieht diesen Schluss aus seinen weitgreifenden geschichtlichen Betrachtungen. Ich will nicht weiter auf die Notwendigkeit einer Integration Europas hinweisen, denn das dringende Bedürfnis nach Vereinigung wird kaum mehr bestritten. Heute geht es vielmehr darum, einen gangbaren Weg zur Erreichung dieses Zieles zu finden.

Ohne auf die technischen Schwierigkeiten einzutreten, ergibt sich aus dem, was im Kapitel über den Staat in dieser Arbeit geschrieben wurde ein grundsätzliches Problem, das das Finden eines solchen Weges erschwert.

9 W. Ryser, Das Bergbauernproblem, a. a. O., S. 317.

10 K. Jaspers, Geschichte, a. a. O., S. 80.

Ein wirtschaftlicher Sinn der europäischen Integration ist es, einen Markt zu schaffen, der der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung gerecht zu werden vermag; einen Markt, der es Europa ermöglichen wird, mit der amerikanischen und mit der russischen Entwicklung einigermaßen Schritt zu halten. Ein solches Ziel wird letzten Endes nur im Rahmen eines europäischen Staatenbundes zu verwirklichen sein, d. h. die einzelnen Staaten müssen einen Teil ihrer Souveränität opfern. Ausserdem müssen Institutionen geschaffen werden, die die gemeinsamen Grundlagen für einen solchen Markt erst bereitstellen. Es muss also gewissermaßen eine Nivellierung der verschiedenen einzelstaatlichen Wirtschaftsniveaus stattfinden. Dabei wird es, wie die Erfahrung zeigt, nicht zu verhindern sein, dass sich diese Vereinheitlichung früher oder später auch auf andere Gebiete des menschlichen Lebens ausdehnen wird. Gleichzeitig wird, durch die Grösse des Marktes, auch der Zentralismus zunehmen, und das wiederum wird das Wachstum des Interventionismus fördern. All das sind aber Erscheinungen, die sich, wie gezeigt wurde, nicht nur gegen das Individuum, sondern auch gegen die Demokratie richten. Der als dämonisch bezeichnete Prozess der Loslösung des Staates von seinem eigentlichen, ursprünglichen Sinn, wird dadurch gefördert; dem Zirkel der industriellen Revolution werden Hindernisse aus dem Weg geräumt. — Weshalb denn, so könnte man sich fragen, sollen unter diesen Umständen die Integrationsbestrebungen gefördert werden?

Hier gelangt man an den Punkt, wo sich eine politische Betrachtung einschalten muss. — Die westliche Welt ist vom Kommunismus aufs äusserste bedroht. Seine Herrschaft ist imperialistisch und bedeutet Unfreiheit, bedeutet völliges Selbstzweckwerden des Staates und damit Aufgabe des Individuums. Es scheint aber heute, dass der Zirkel der wirtschaftlichen Expansion die einzige Waffe ist, die der Westen dem Kommunismus entgegenzuhalten vermag. Tragisch ist daran, dass dadurch auch die westliche Welt gewissermaßen einen Weg beschreiten muss, der sie für eine Ideologie vorformt, der das Individuum missachtet, und der den Staat sich seinem ursprünglichen Sinn entfremden lässt. Wohl bleibt noch die Hoffnung, dass die Entwicklung einen anderen Weg einschlagen werde.

Aber nicht nur der Druck des Ostens ist es, der zu einer Integration nötigt; auch ohne ihn müsste sie kommen. Will Europa innerhalb der westlichen Welt seine wirtschaftliche Potenz aufrechterhalten, so ist das nur durch Zusammenschluss möglich; nur so vermag sie der Konkurrenz des amerikanischen Wirtschaftsraumes standzuhalten, denn Vergleiche sind es, die der Entwicklung als Motor dienen.

Und doch möchte ich die Notwendigkeit einer europäischen Integration nicht so formulieren, dass durch sie Positives durch Negatives ersetzt würde, sondern vielmehr so, dass Europa sich gezwungen sieht, von zwei Übeln das kleinere zu wählen.

Es stellt sich heraus, dass die tiefe Grundproblematik, die ich in dieser Arbeit, vom Speziellen auf das Allgemeine schliessend, hervorzuheben suchte, auch in einer internationalen Sicht die gleiche bleibt. Verändert wird nur ihre Intensität. Dadurch, dass die Probleme in den weit grösseren Rahmen hineingestellt werden, wird ihre Lösung zusätzliche Schwierigkeiten bereiten. Man kann den zu lösenden Fragen nicht mehr die jetzige Struktur der schweizerischen Wirtschaft zu Grunde legen, denn sie selbst wird durch die Integration verändert. Es treten neue Faktoren und Bestimmungsgründe auf, die vom eidgenössischen Standpunkt bis jetzt unberücksichtigt blieben. Eine Integration wird die wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Richtung fördern. Die Bedeutung der industriellen Standorte wird sich wesentlich verschieben, und was im nationalen Rahmen noch als relativ günstiger Standort galt, wird es im internationalen Raum nicht mehr unbedingt sein. Dadurch wird sich eine Industrialisierung der Bergtäler bedeutend erschweren. Eine Lösung könnte möglicherweise darin gefunden werden, dass man schon jetzt nur die in Zukunft standortgünstigen Wirtschaftszweige förderte. Für eine Unterstützung der Landwirtschaft könnte nicht mehr aus einer möglichst autonomen Kriegsvorsorge plaidiert werden, und die Bedeutung des Reduits würde im Rahmen einer gesamteuropäischen Verteidigung einiges an Bedeutung einbüssen.

Die spezifischen Probleme der schweizerischen Bergtäler werden durch die Integration keine Lösung erfahren; sie werden im Gegenteil noch grösser werden. Ihre Lösung wird nach wie vor ein schweizerisches Anliegen bleiben.

*

Ich habe versucht, dieses Thema in einem sehr weiten Rahmen zu behandeln. Dadurch konnten viele Einzelheiten nur erwähnt, oder mussten völlig übergangen werden. Andererseits tauchten dabei sehr viele neue und bedeutende Probleme auf, deren Wesen ich darzustellen versuchte.

Nur wenn, so glaube ich, wieder erkannt wird, dass weder Staat noch Wirtschaft, weder Technik noch Fortschritt ein eigenständiges Wesen haben, nur wenn man einsieht, dass allem und jedem der Mensch mit seinen Bedürfnissen nach Selbsterhaltung, der Mensch in seiner unberechenbaren Art zu Grunde liegt, nur dann wird sich eine Möglichkeit zeigen, aus diesem Zirkel, in dem wir uns heute bewegen, herauszufinden.

«Jede Gefahr trägt dadurch, dass sie gewusst wird, in sich ein Moment der Überwindbarkeit»¹¹.

11 K. Jaspers, *Geschichte*, a. a. O., S. 198.

LITERATURVERZEICHNIS

- Ammann H.*, «Ist die Entvölkerung der tessinischen Gebirgsgegenden eine Ausnahmerscheinung?», Zürich 1927.
- Baumberger*, «Bericht des Bundesrates zur Motion Baumberger», vom 14. Nov. 1930.
- Bernhard H.*, «Beitrag zur Wirtschafts- und Siedlungsgeographie einer Verkehrsstadt, Chur», Chur 1937.
- Bernhard H.*, *Koller A.*, *Caflisch Ch.*, «Ergebnisse einer Bevölkerungsenquête in ausgewählten Gemeinden der schweizer Alpen.» Bern 1928.
- «Studien zur Gebirgsentvölkerung», Bern 1928.
- Bickel W.*, «Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik der Schweiz.» Zürich 1947.
- Böhler E.*, «An den Grenzen des Rationalen in der Wirtschaft.» in: NZZ vom 4. 9. 1958, Abendausgabe Nr. 2515.
- Bonorand J. St.*, «Verschiebung der bergbäuerlichen, wirtschaftlichen Existenzgrundlage in der Zwischenkriegszeit 1920–1939.» Rapperswil 1949.
- Briefs G.*, «Wohlfahrtsstaat und wirtschaftliche Verantwortung.» (Vortrag) in: NZZ vom 28. 6. 1958, Morgenausgabe Nr. 1902.
- Brugger H.*, «Die schweizerische Landwirtschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.» Frauenfeld 1956.
- «Die wirtschaftliche und soziale Lage der Schweizerischen Bergbevölkerung» (Ergebnisse einer Untersuchung der Abteilung für Landwirtschaft im EVD), Sonderheft 66 der Zs. «Volkswirtschaft».
- Ermatinger E.*, «Das Schicksal der Schweiz», in: «Münchner neueste Nachrichten» vom 21./22. August 1928.
- Freud Sigm.*, «Das Unbehagen in der Kultur.» Frankfurt und Hamburg 1955.
- Gagnebin E.*, «Geschichte der Erde», Zürich 1951.
- Gasser-Stäger W.*, «Not in den Bergen, einige Gedanken zum Bergbauernproblem.» Bern 1943.
- Geyer H.*, «Über die Dummheit.» Göttingen, Berlin und Frankfurt 1955.
- Gorer G.*, «Die Amerikaner.» Hamburg 1956.

- Günther A., «Die alpenländische Gesellschaft als sozialer, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Lebenskreis.» Jena 1930.
- Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, herausgegeben von: Schw. Ges. f. Stat. und V. W., 2 Bde., Bern 1955.
- Hüberli G., «Voraussetzungen zur erfolgreichen bergbäuerlichen Selbsthilfe.» Brugg 1955.
- Huber H., «Die Fragwürdigkeit der Gesetzesinitiative in unserer Zeit.» in: NZZ vom 20. 2. 1959, Abendausgabe Nr. 503.
- Imboden A., «Die Produktions- und Lebensverhältnisse der Walliser Hochgebirgsgemeinde Embd.» Brugg 1956.
- Jaspers K., «Einführung in die Philosophie», Zürich 1953.
- «Vom Ursprung und Ziel der Geschichte.» Frankfurt u. Hamburg 1956.
- Jöhr W. A., «Vorlesung über theoretische Volkswirtschaftslehre.» 3. Ausgabe, St. Gallen HHS, WS 1956/57.
- Jost Ch., «Der Einfluss des Fremdenverkehrs auf Wirtschaft und Bevölkerung in Davos.» Davos 1951.
- Jung C. G., «Gegenwart und Zukunft.» Zürich und Stuttgart 1957.
- «Bewusstes und Unbewusstes.» Frankfurt und Hamburg 1957.
- Keller T., «Automation und Industriestandort.» in: NZZ vom 5. 10. 1958, Abendausgabe Nr. 2525.
- Kubie L. S., «Psychoanalyse ohne Geheimnis.» Hamburg 1956.
- Küng E., «Das Bergbauernproblem.» in: National-Zeitung Nr. 517/1952.
- «Über Wirkungen und Grenzen staatlicher Interventionen.» Bern 1939.
- «Die Landflucht.» in: NZZ vom 16. 10. 1956, Morgenausgabe Nr. 2891 und Mittagsausgabe Nr. 2895.
- Krapf K., «Hilfe an die Bergbevölkerung durch Ansiedlung von Industriebetrieben.» Sonderheft 60 der Zs. «Volkswirtschaft», Bern 1955.
- «Volkswirtschaftliche Betrachtungen über den schweizerischen Fremdenverkehr.» in: NZZ vom 11. 7. 1958, Mittagsausgabe Nr. 2036.
- Laur E., «Die Landwirtschaft der schweizer Bauern.» Brugg 1948.
- «Der schweizer Bauer, seine Heimat und sein Werk.» Brugg 1939.
- Le Bon, «Psychologie der Massen.» Stuttgart 1951.
- Lersch P., «Aufbau der Person.» München 1956.
- Löwith Karl «Nietzsche» (Fischer-Bücherei) Frankfurt und Hamburg 1956.
- «Massnahmen des Bundes zugunsten der Bergbevölkerung.» Sonderheft 62 der Zs. «Volkswirtschaft», Bern 1956.

More Th., «Utopia.» Basel 1957.

Moser A., «Das Rätsel des Wohlstandes.» in: «Agrarpolitische Revue», 5. Jg. Nr. 39.

Odermatt A., «Die Wirtschaft des Kantons Nidwalden und Engelbergs.» Luzern 1950.

Ortega y Gasset J., «Der Aufstand der Massen», Stuttgart 1955.

— «Über das römische Imperium.» Stuttgart 1942.

Ryser W., «Das Bergbauernproblem in der Schweiz.» in: Zs. Reformatio, Nr. 6/Juni 1955.

Ryser W., Imboden A., «Die Bevölkerungsentwicklung im schweizerischen Berggebiet seit hundert Jahren.» in: Schw. Zs. f. V. W. und Stat., Heft 6/Dez. 1953.

Salin E., «Geschichte der Volkswirtschaftslehre.» Bern und Tübingen 1951.

— «Wirtschaft und Staat.» Berlin 1932.

Schär, Gutachten zum Postulat Schär: «Massnahmen zur Bekämpfung der Entvölkerung der Berg- und Landgemeinden.» Brugg 1919.

Schelsky H., «Soziologie der Sexualität.» Hamburg 1957.

Schib K., «Schweizergeschichte», Zürich 1944.

Schmidt G. C. L., «Der Schweizerbauer im Zeitalter des Frühkapitalismus.» Bern 1932.

Schumpeter J. A., «Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie.» Bern 1950.

Schütz Ed., «Der luzernische Fremdenverkehr in den letzten 100 Jahren.» Luzern 1952.

Tavel R. von, «Die wichtigsten Änderungen in der Lebenshaltung der schweizerischen Hochgebirgsbewohner im Laufe des 19. Jahrhunderts.» Diss. Bern 1891.

Tönduri G., «Studie zur Volkswirtschaft Graubündens und zukünftiger Ausbau der Bündner Wasserkräfte.» Samedan 1946.

Vital N., «Kann der Bergbauer sich selber helfen?» in: Schriften der schw. Vereinigung für Innenkolonisation und industrielle Landwirtschaft, Nr. 75.

Wahlen F. T., «Hochkonjunktur und Menschenwürde», (Vortrag) in: NZZ vom 24. 10. 1956, Morgenausgabe 1902.

Weber M., «Grundriss der Sozialökonomik», Tübingen 1922, 3. Abteilung, «Wirtschaft und Gesellschaft».

Werner J., «Wohlstand, Freiheit und Gerechtigkeit.» Zürich und St. Gallen 1951.

Winterberger G., «Die Entvölkerung der Bergtäler und die Bergbauernfrage.»
in: NZZ vom 25./27. 3. 1956, Sonntagsausgabe Nr. 860 und Morgenaus-
gabe Nr. 879.

Zopfi H., «Das Bauerntum in der Schweizergeschichte.» Zürich 1947.

Lebenslauf

Am 25. Oktober 1931 wurde ich, Bruno Werner Gisi, als Sohn des Jean Karl Gisi, Messerschmiedmeister in Olten, und seiner Ehefrau Lydia, in Olten geboren. Meine Heimorte sind Olten und Niedergögen.

In meinem Geburtsort besuchte ich die Primar-, die Bezirks- und die kantonale Handelsschule, welche ich mit dem Handelsdiplom abschloss. Auf die Handelsmaturität, welche ich in St. Gallen erwarb, bereitete ich mich am Institut Minerva in Basel vor.

1952 immatrikulierte ich mich an der Handels-Hochschule St. Gallen, wo ich 1955 das Licentiat der Wirtschaftswissenschaften (Richtung Industrie) erwarb. Das Studium erstreckte sich über die folgenden Fächer: Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsrecht, Technologie, Wirtschaftsgeographie und Sprachen. Im Herbst 1955 setzte ich meine Studien an der Universität Basel fort, wo ich 1959 in den Fächern: Theoretische und praktische Volkswirtschaftslehre, Staats- und Verwaltungsrecht, Obligationenrecht und Psychologie das Doktorexamen der Staatswissenschaften bestand. – Während meiner Studienzeit besuchte ich die Vorlesungen und Übungen der folgenden Professoren:

HHS St. Gallen:

Prof. Dr. Otto Anghern
Prof. Dr. Hans Bachmann
Prof. Dr. Gustav Bally
Prof. Dr. Pierre Beausire
Prof. Dr. Ernst Bossard
Prof. Dr. Wolfhart F. Bürgi
Prof. Dr. Robert Debes
Prof. Dr. Alfons Engeler
Prof. Dr. Walter Fischer
Prof. Dr. Charles Flury
Prof. Dr. Christian Gasser
Prof. Dr. Willy Geiger
Prof. Dr. Emil Gsell
Prof. Dr. Alfred Gutersohn
Prof. Dr. Paul Haas
Prof. Dr. Walter Hug
Prof. Dr. Walter Hunziker
Prof. Dr. Walter Adolf Jöhr
Prof. Dr. Otto K. Kaufmann
Prof. Dr. Theo Keller
Prof. Dr. Werner Kopp
Prof. Dr. Emil Küng
Prof. Dr. Hans Mötteli
Prof. Dr. Eduard Nägeli
Prof. Dr. Hans Nawiasly

Prof. Dr. Willy Rigolet
Prof. Dr. Rudolf Stamm
Prof. Dr. Georg Thürer
Prof. Dr. Hans Ulrich
Prof. Dr. Gottlieb Vetsch
Prof. Dr. Willy Wacker
Prof. Dr. Werner Weber
Prof. Dr. Othmar Widmer
Prof. Dr. Ernst Winkler

Universität Basel:

Prof. Dr. Erwin von Beckerath
Prof. Dr. Gaetano Benedetti
Prof. Dr. Gottfried Bombach
Prof. Dr. Oskar Adolf Germann
Prof. Dr. Karl Jaspers
Prof. Dr. Max Imboden
Prof. Dr. Hans Kunz
Prof. Dr. Hans Möller
Prof. Dr. Fritz Neumark
Prof. Dr. Jürg Niehans
Prof. Dr. Ernst Probst
Prof. Dr. Edgar Salin
Prof. Dr. Karl Spiro
Prof. Dr. Hans-Peter Tschudi
Prof. Dr. Max Weber

Momentan bin ich Mitarbeiter bei der Zentralstelle für Organisationsfragen der Bundesverwaltung.

